

Themen, Strukturen, Konflikte – Der grüne Marsch durch die deutsche Parteiendemokratie

2

„Wir sind die Alternative zu den herkömmlichen Parteien.“¹
(Erster Satz des Gründungsprogramms der Grünen, 1980)

„Bündnis 90/Die Grünen sind eine Partei wie andere auch.“²
(Grundsatzpapier der „zweiten Generation“, 1999)

Gerade einmal neunzehn Jahre brauchten die Grünen, um ihr einstiges zentrales Gründungsstatement wirkungsvoll zu revidieren. Diese beiden Aussagen, beide an exponierter Stelle geäußert, markieren eindrucksvoll Anfangs- und Endpunkt des Grünen Marsches durch die Institutionen der deutschen Parteiendemokratie. Dieser Marsch ist nicht ohne Konsequenzen geblieben, weder für die grüne Partei, noch für das deutsche Parteiensystem als solches. Spätestens mit der Übernahme der Regierungsverantwortung 1998 haben sich die Grünen den Systemlogiken der deutschen Parteiendemokratie gebeugt, nicht jedoch ohne eben diese nachhaltig beeinflusst zu haben. Der Einzug der grünen Fraktion in den Bundestag 1983 markierte das Ende des eingespielten „Zweieinhalb- Parteiensystems“ aus CDU, SPD und FDP und zwang die etablierten Parteien beim Wettbewerb um WählerInnen und Regierungsmehrheiten neue Wege zu gehen.

Gegenwärtig könnten die Grünen ein zweites Mal Impulsgeber für die Entwicklung des deutschen Parteiensystems werden. In einem „fluiden Fünf-Parteien-System“³, in dem sich die potentiellen Möglichkeiten unterschiedlichster

¹Die Grünen (1980): Das Bundesprogramm. Bonn, S. 4.

²AL-WAZIR, Tarek / (u.a.): (1999): Bündnis 90/ DIE GRÜNEN HABEN eine zweite Chance verdient, S. 1.

³NIEDERMAYER, Oskar (2007): Die Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems. In: DECKER, Frank / NEU, Viola (Hg.): Handbuch der deutschen Parteien. Wiesbaden¹, S. 114–135, 126ff.

Koalitionen ergeben, könnten bestimmte Koalitionsentscheidungen der Grünen einen stark strukturierenden Einfluss auf dessen künftige Gestalt haben. Bereits 1982 hatte das Ausscheiden der FDP aus der sozial-liberalen Koalition zu einer langfristigen Veränderung der parteipolitischen Konstellationen in Deutschland geführt. Dass es vergleichsweise kleinen Parteien zuweilen gelingt, großen Einfluss auf die Entwicklung eines Parteiensystems zu nehmen, liegt in der Natur des Verhältniswahlrechts, das diesen kleinen Parteien oftmals eine Schlüsselrolle für das Zustandekommen regierungsfähiger Koalitionen zuweist. Dieses arithmetische Argument darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Weiterentwicklung des Parteiensystems vor allem sich verändernde Konstellationen gesellschaftlicher, institutioneller Konfliktlinien (Cleavages) zugrunde liegen und sich die inhaltliche Positionierung der deutschen Parteien entlang der Schnittkanten dieser Konflikte permanent verändert. So hat sich auch die Positionierung der Grünen hinsichtlich wichtiger gesellschaftlicher Grundkonflikte über die letzten 30 Jahre stark verändert.

Der Einzug der Grünen in den Bundestag, also das Eindringen einer Anti-System-Partei in das System der Parteien, erzeugte ohne Zweifel einen gewissen Schock, der seine Wirkung auch auf den politikwissenschaftlichen Diskurs nicht verfehlte. So wurde darüber debattiert, ob der Erfolg der Grünen ein Indiz dafür sei, dass traditionelle, das Parteiensystem strukturierende Konfliktlinien, wie der Konflikt zwischen sozialstaatlicher und marktwirtschaftlicher Orientierung, von neueren Konflikten abgelöst oder überdeckt würden. So deutete Jens Alber den Erfolg der Grünen als Begleiterscheinung des ökonomischen Verteilungskonflikts zwischen traditionellen Berufsgruppen und Gruppen des neuen und expandierenden Humandienstleistungsbereichs.⁴ Gerd Mielke hingegen widerspricht der These, der Einzug der Grünen demonstriere die Wirksamkeit eines gänzlich neuen Konflikts. Eingedenk der Tatsache, dass sich die grüne Wählerschaft vorrangig aus „urban-universitätsstädtischem Raum“ rekrutiere, spricht er von einer Weiterentwicklung des Gegensatzes „Traditionalismus vs. Modernisierung“⁵, den

⁴Vgl.: ALBER, Jens (1985): Modernisierung – neue Spannungslinien und die politischen Chancen der Grünen. In: Politische Vierteljahresschrift, Nr. 3/1985, S. 211–226.

⁵MIELKE, Gerd (2001): Gesellschaftliche Konflikte und ihre Repräsentation im deutschen Parteiensystem – Anmerkungen zum Cleavage-Modell von Lipset und Rokkan. In: EITH, Ulrich / MIELKE, Gerd (Hg.): Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme – Länder- und Regionalstudien. Wiesbaden, S. 77–95, 88.

er aus dem „Stadt-Land-Cleavage“ Lipsets und Rokkans⁶ ableitet. Eine große Plausibilität besitzt auch jener Deutungsansatz, der den Einzug der Grünen in die Bundespolitik als Resultat des von Ronald Inglehart formulierten Wertewandels von materialistischen zu postmaterialistischen Werten deutet, wie er beispielsweise von Manfred G. Schmidt vertreten wird.⁷ Diese These soll im weiteren Verlauf dieser Arbeit noch genauer diskutiert werden.⁸

Die hier vorgestellten Erklärungsansätze haben gemein, dass sie auf Grund von Beobachtungen aus der ersten Entwicklungsphase der grünen Partei vom Einzug in das Parlament 1983 bis zur Übernahme der Regierungsgeschäfte 1998 entwickelt wurden. Sie alle gehen bis zu einem gewissen Grad davon aus, dass es sich bei den Grünen um eine Partei neuen Typs handelt, die sowohl hinsichtlich ihrer politischen Schwerpunkte als auch ihres Verständnisses von Parlamentarismus in einer systemischen Opposition zu den etablierten Parteien steht und dass bereits diese Andersartigkeit einen gewissen Wählerstamm sichert. Wilhelm Bürklin beispielsweise formuliert 1984, dass das Element welches die Grünen mit ihrer Wählerschaft verbinde, das „Überhauptphänomen gesellschaftlicher Nicht-Etabliertheit“⁹ sei.

Dieser Gegensatz zu den etablierten Parteien tritt jedoch im Laufe der Jahre immer schwächer zutage. Sowohl in ihrem Selbstverständnis als auch in der Einschätzung der BürgerInnen erscheint die Partei spätestens seit der rot-grünen Regierungszeit als eine Partei „wie andere auch“¹⁰. Lothar Probst bringt es auf den Punkt, wenn er vom Wandel einer „Nischenpartei“ in eine „Mittelpartei“ spricht.¹¹ Die Grünen treten nicht mehr als politischer Arm einer revolutionären Bewegung in Aktion, sondern als etablierte Partei, die die Interessen einer bestimmten Klientel von WählerInnen vertritt, um deren Zustimmung sie mit

⁶LIPSET, Seymour / ROKKAN, Stein (1967): An Introduction. In: Dies.: Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments – Cross National Perspectives. New York/London, S. 1–64.

⁷Vgl.: SCHMIDT, Manfred G. (2011): Das politische System Deutschlands – Institutionen, Willensbildung und Politikfelder. Bonn².

⁸Siehe Kap. 3.2.1.

⁹BÜRKLIN, Wilhelm P. (1984): Grüne Politik – Ideologische Zyklen, Wähler und Parteiensystem, Opladen, S. 11.

¹⁰AL-WAZIR, Tarek / (u.a.): (1999): Bündnis 90/ DIE GRÜNEN HABEN eine zweite Chance verdient, S. 1.

¹¹PROBST, Lothar (2011): Die Grünen – Eine Volkspartei ante portas? S. 30.

anderen Parteien konkurrieren muss. Daher ist auch die Politikwissenschaft dazu übergegangen, die Grünen nicht mehr als Sonderfall oder exogenen Schock wahrzunehmen, sondern als gleichwertigen Akteur innerhalb des deutschen Parteiensystems, für den die gleichen Regeln des politischen Wettbewerbs gelten. In dieser Entwicklungsphase, vor allem während der Zeit der rot-grünen Koalition, hat eine Sichtweise an Bedeutung gewonnen, die sich an politischen Streit- und Sachfragen orientiert. Dabei traten die Analyse der inhaltlichen Einzelforderungen und der Vergleich mit denen der konkurrierenden Parteien in den Vordergrund. Es wurde danach gefragt, was die Grünen jenseits ihrer Andersartigkeit zum politischen Parteienwettbewerb beizutragen haben. Wie bereits eingangs erwähnt, ist das Ergebnis dieser Analysen größtenteils niederschmetternd. Die vielfach attestierte „Krise der Grünen“¹² wird demnach von zwei Faktoren beeinflusst. Erstens: Die radikale Abkehr von fundamentaloppositionellen Einstellungen im Zuge der Regierungsverantwortung und die damit verbundene Revidierung einstiger zentraler Forderungen, was zum Verlust von Teilen der alten Wählerklientel führt. Und Zweitens: Die Unfähigkeit, innerhalb wichtiger Konfliktlinien inhaltlich über die Forderungen der Konkurrenten hinauszugehen und sich so zu profilieren, was die Chancen, neue WählerInnen anzusprechen vermindert. Nach der Einschätzung vieler AutorInnen sind die Grünen mit ihrer Positionierung innerhalb wichtiger Policy-Felder, die für die Wahlen entscheidend sind, gewissermaßen zwischen den beiden Volksparteien gefangen und müssen sich, so Christoph Egle, die Frage stellen, „ob sie im bundesdeutschen Parteiensystem in Zukunft überhaupt noch ‚gebraucht‘ werden.“¹³

Doch wie kommen diese negativen Einschätzungen der Chancen der Grünen im politischen Wettbewerb zustande? Das liegt vor allem daran, dass in Bezug auf die Wahl der Grünen andere Theorien des Wahlverhaltens angewandt werden als früher. In der Forschungsliteratur über die Grünen ist ein deutlicher Perspektivwechsel von soziologischen zu ökonomisch/rationalen Erklärungsfaktoren zu erkennen.¹⁴ In den achtziger Jahren wurde die Wahl der Grünen in erster Linie

¹²Vgl.: RASCHKE, Joachim (1991): Krise der Grünen – Bilanz und Neubeginn.

Ebenso: FALTER, Jürgen W. / KLEIN, Markus (2003): Der lange Weg der Grünen – Eine Partei zwischen Protest und Regierung, S. 213–222.

¹³EGLE, Christoph (2007): In der Regierung erstarrt? S. 119.

¹⁴Eine Typologie der verschiedenen Ansätze zur Erklärung von Wahlverhalten entwerfen Eith und Mielke. Sie benennen vier unterschiedliche Erklärungsansätze: Den „soziologischen Erklärungsansatz“, den „individualpsychologischen Erklärungsansatz“, das „Modell des rationalen Wählers“ und die Verbindung aus „Wählerverhalten und Lebensstil“. EITH,

einem gruppensoziologischen Phänomen zugeschrieben. Die AnhängerInnen der neuen sozialen Bewegung wurden als Grünen-WählerInnen pauschalisiert, weil sie als junge Menschen grundsätzlich anders politisch sozialisiert worden waren als ihre Elterngeneration. Bedenkt man die Intensität, mit der die Mitglieder dieser Gruppe sich von der Mehrheitsgesellschaft abzugrenzen versuchte, in Form von alternativen Lebensentwürfen, politischen Äußerungen und ganz allgemein ihrem Erscheinungsbild, wird plausibel, dass dieser selbstreferenzielle Bezugsrahmen lange Zeit ausreichte, um ein ziemlich exaktes Bild der Grünen-WählerInnen von seiner Umwelt abzugrenzen. Die Grünen und ihre WählerInnen erschienen als ein intaktes sozio-moralisches Milieu: Was für die KirchgängerInnen die CDU war, waren für die demonstrierenden Studierenden die Grünen. Dieser eindeutige Bezugsrahmen ist jedoch aus zweierlei Gründen brüchig geworden. Zum einen, weil die Grünen heute nicht mehr in dem Maße als einheitliche soziale Bewegung gesehen werden können, wie dies früher möglich war und sie sich, wie noch gezeigt werden wird, viel gleichmäßiger auf die Gesellschaft verteilen als früher, zum anderen, weil die Politikwissenschaft in den letzten Jahrzehnten ihren Fokus stärker in Richtung eines situativen Wettbewerbs um Wählerstimmen und eines Kampfes um aktuelle Themen („Issue-Voting“) verändert hat.¹⁵ Wenn danach gefragt wird, was die Grünen zum politischen Wettbewerb beizutragen hätten, was ihr Angebot an die WählerInnen sei, so geschieht das im Rahmen einer theoretischen Neuausrichtung, die weniger auf Gruppenzugehörigkeit, als auf individuelle Entscheidungsfindung abzielt. Hinter dieser

Fußnote 14 (Fortsetzung)

Ulrich / MIELKE, Gerd (2009): Wahlforschung – Zur Bedeutung und Methodik empirischer Sozialforschung in der Politikwissenschaft. In: LAUTH, Hans-Joachim (Hg.): Politikwissenschaft – Eine Einführung. Paderborn, München, Wien, Zürich⁶, S. 315–344, 322–338.

¹⁵Mehrere AutorInnen sprechen vor allem ab der zweiten Hälfte der 90er Jahre von einem Paradigmenwechsel zu Gunsten des Rational-Choice-Ansatzes in der politikwissenschaftlichen Wahlforschung. Vgl.: FUCHS, Dieter / KÜHNEL, Steffen (1994): Wählen als rationales Handeln – Anmerkungen zum Nutzen des Rational-Choice-Ansatzes in der empirischen Wahlforschung. In: KAASE, Max / KLINGEMANN, Hans-Dieter (Hg.): Wahlen und Wähler – Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1990. Opladen, S. 305–364, 305–307.

ROTH, Dieter (2008): Empirische Wahlforschung – Ursprung, Theorien, Instrumente und Methoden. Wiesbaden² S. 162.

SHAHLA, Hossein (2001): Der sachlich abwägende Wähler – Zum Stellenwert sachlich-rationaler Motive der Wahlentscheidung im Rahmen des Rational-Choice-Ansatzes. In: KLINGEMANN, Hans-Dieter (Hg.): Wahlen und Wähler – Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998. Wiesbaden, S. 647–694.

Interpretation des Stimmenwettbewerbs als Marktsituation steckt immer implizit das Modell rationaler WählerInnen. „Demnach fungieren die Parteien mit ihren Programmen als Anbieter auf dem politischen Markt. Der Wähler als rationaler Käufer orientiert sich in seiner Entscheidung an dem maximal für ihn zu erzielenden politischen Nutzen.“¹⁶ Das Bild von den Grünen als Partei in der Krise ergibt sich also daraus, dass die Parteienforschung zwei Prämissen vorweg schickt, anhand derer die Erfolgchancen einer Partei ausgelotet werden können:

- ▶ Erstens: Politik ist ein Wettbewerb, in dem die Grünen den gleichen Bedingungen unterworfen sind, wie ihre politischen Konkurrenten.
- ▶ Zweitens: Die Grünen müssen ihre WählerInnen durch rational nachvollziehbare Argumente überzeugen, für sie zu stimmen und nicht für eine andere Partei.

Für den ersten Teil dieser Arbeit sollen diese beiden Prämissen zunächst einmal übernommen werden. Durch eine Analyse der politischen Positionen der Grünen und deren Veränderung in den letzten Jahrzehnten soll im Detail überprüft werden, ob sich das Bild einer im modernen Parteienwettbewerb verlorenen Partei nachvollziehen lässt.

Was so oft als grüner Marsch durch die Institutionen bezeichnet wird, ist aus Sicht der Policy-Forschung zuallererst ein Marsch durch das System gesellschaftlicher Konfliktlinien in Deutschland. Das Ziel der hier vorgetragenen Policy-Analyse ist es, die Grüne Partei anhand ihrer inhaltlichen Aussagen innerhalb dieses Systems zu verorten und ihren Marsch nachzuvollziehen. Dabei erstreckt sich der Analysezeitraum über die Zeit der rot-grünen Regierung hinaus, bis zur Bundestagswahl 2013. Es soll untersucht werden, ob die inhaltliche Krise der Grünen, die noch während der Zeit der Regierung unisono attestiert wurde, heute ebenso existiert oder ob der neuerliche Erfolg der Partei damit zu erklären ist, dass sie entlang entscheidender Cleavages eine neue Nische gefunden hat und diese mit Erfolg besetzt hält. Die Bedingungen für ein erfolgreiches Besetzen eines Politikfelds hat Achim Hurrelmann bereits in seiner Policy-Studie von 2001 sehr zutreffend formuliert:

„Zumindest kurz- und mittelfristig können Profilierungsversuche nur in Politikfeldern erfolgreich sein, in denen zwei Bedingungen erfüllt sind. Erstens müssen spezifische, grüne Positionen’ zu identifizieren sein, die sich von denen der

¹⁶EITZ, Ulrich (1997): Wählerverhalten in Sachsen-Anhalt – Zur Bedeutung sozialstruktureller Einflußfaktoren auf die Wahlentscheidungen 1990 und 1994. Berlin, S. 40.

politischen Konkurrenz erkennbar unterscheiden. Zweitens müssen die Wähler den Grünen in dem betreffenden Politikfeld eine besondere Kompetenz zubilligen.“¹⁷

Die Studie von Achim Hurrelmann konzentriert sich auf spezifische grüne Politikfelder, die sich die Partei explizit auf die Regierungsagenda geschrieben hatte: Umweltpolitik, Atomausstieg, neue Energiepolitik, Ökosteuer und Verkehrspolitik.¹⁸ Es handelt sich dabei jedoch nicht um solche gesellschaftlichen Grundkonflikte, die für die Wahl entscheidend sind, sondern um Derivate des grundsätzlicheren Konflikts um die ökologische Ausrichtung der Gesellschaft. Um die Zukunftschancen der Grünen auszuloten sollten die ausgewählten Politikfelder aber einerseits groß genug gefasst sein, dass sie die gesellschaftlichen Konflikte, die wahlentscheidend sind, abbilden können, andererseits sollten sie so gewählt sein, dass sie über den Untersuchungszeitraum hinweg den politischen Zielsetzungen der Grünen Rechnung tragen und als Analysemuster die inhaltlichen Positionierung der Partei sinnvoll strukturieren.

Zu diesem Zweck bietet es sich an, für die Analyse jene Einteilung zu übernehmen, mit der die Grünen selbst in ihrem Gründungsprogramm von 1980 ihre politischen Forderungen strukturieren. In der Präambel ist zu lesen: „Unsere Politik wird von langfristigen Zukunftsaspekten geleitet und orientiert sich an vier Grundsätzen: sie ist ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei.“¹⁹ Diese vier Begriffe bilden bis heute den Wertekern der grünen Partei und dienen – wenn auch in sich verändernder Reihung und Gewichtung – als normatives Reservoir ihrer Politik. Jedem dieser Begriffe lässt sich ein gesellschaftlicher Grundkonflikt zuordnen. Diese werden für diese Arbeit definiert als: Nachhaltigkeit vs. Wirtschaftliches Wachstum, Marktliberalismus vs. Sozialstaatlichkeit, politische Repräsentation vs. Politische Partizipation und Mittelpazifismus vs. Zweckpazifismus.²⁰ Von dieser Gliederung des Gründungsprogramms ausgehend lässt sich untersuchen, wie sich die Positionierung der Grünen innerhalb der von ihr selbst als zentral benannten Konfliktfelder im Laufe der Zeit und in Relation zu den konkurrierenden Parteien verändert hat.

¹⁷RASCHKE, Joachim / HURRELMANN, Achim (2001): Die Zukunft der Grünen – so kann man nicht regieren, S. 143.

¹⁸Ebda.: S. 143–249.

¹⁹Die Grünen (1980): Das Bundesprogramm, S. 4.

²⁰Die genaue Definition der Konflikte und deren Herleitung geschieht jeweils in den Kap. 2.2–2.5.

Dabei soll jedoch keineswegs behauptet werden, dass diese vier Konflikte den politischen Wettbewerbsraum in Deutschland zur Gänze abdecken, ebenso wenig, dass sich die Gestalt des deutschen Parteiensystems oder gar ein allgemeines Modell der Wahlentscheidung daraus ableiten lasse. Die vier Konflikte dienen zunächst nur als Ordnungsrahmen einer Analyse grüner Politikinhalte und dazu, abzuschätzen, ob die Grünen ihrem selbst formulierten Anspruch gerecht werden, innerhalb dieser vier Felder substantielle Wahlalternativen bereitzustellen, die sie klar von den andern Parteien abgrenzen.

Jedoch ist die Profilierung einer Partei innerhalb eines bestimmten Politikfeldes – auch verbunden mit einer großen Problemlösungskompetenz – noch keine hinreichende Bedingung für den Wahlerfolg. Entscheidend ist ebenso, ob WählerInnen dem jeweiligen Politikfeld ausreichend Bedeutung beimessen, um die Wahlentscheidung danach zu richten. Die Grünen selbst liefern dafür das wohl beste Beispiel: Zur Bundestagswahl 1990 waren sie mit dem Slogan: „Alle reden von Deutschland, wir reden vom Wetter“²¹ angetreten. Mit ihrem „Primat der Ökologie“²² wollten sie sich bewusst vom dominierenden Thema der deutschen Wiedervereinigung absetzen, um sich auf ihren ureigenen Kompetenzbereich zu konzentrieren. Obwohl die Grünen das Politikfeld der Ökologie 1990 praktisch exklusiv bearbeiten konnten, scheiterten sie mit ihrer Taktik in Westdeutschland an der Fünf-Prozent-Hürde, weil in jenem Politikfeld, das 1990 alle andern überlagerte – der deutschen Einheit – keine „spezifischen grünen Positionen“ auszumachen waren. Da der hier vorgetragene Ansatz aber explizit nach den Gründen des Wahlerfolgs der Grünen fragt, soll den beiden von Hurrelmann formulierten Bedingungen eine dritte hinzugefügt werden:

Die Chancen einer Partei im politischen Wettbewerb sind umso größer, je deutlicher sie sich innerhalb jener gesellschaftlicher Konflikte positionieren kann, die bei den WählerInnen die höchste Dringlichkeit besitzen oder zumindest noch für so wichtig gehalten werden, dass sie in der Lage sind, die Wahlentscheidung zu beeinflussen.

Um dem Rechenschaft zu tragen, soll parallel zur Untersuchung der inhaltlichen Positionierung der Grünen innerhalb bestimmter Konfliktlinien auch die Veränderung deren jeweiliger Bedeutung für den Ausgang der Wahlen berücksichtigt werden. Zu diesem Zweck wird auf die Datenbasis des *Politbarometers* der *Forschungsgruppe Wahlen* zurückgegriffen, die die inhaltlichen Präferenzen

²¹Zitiert nach: VOLMER, Ludger (2009): Die Grünen – Von der Protestbewegung zur etablierten Partei, S. 298.

²²Ebda.

der deutschen WählerInnen seit den achtziger Jahren dokumentiert. Untersucht wird dabei, ob die Nennungen wahlentscheidender Themen durch die Befragten auf die Wirksamkeit eines der vier Konflikte hindeuten.²³ Auf diese Weise wird sowohl die inhaltliche Festlegung der Grünen innerhalb ihrer zentralen Policy-Felder überprüft, als auch die Relevanz dieser Felder für die Wahlentscheidung.

Um die These, die Grünen befänden sich in einer identitären und inhaltlichen Krise, zu entkräften, müsste sich also mindestens ein substantielles Alleinstellungsmerkmal der Grünen im politischen Wettbewerb finden lassen, das zum einen so aus dem Angebot der übrigen Parteien heraussticht, dass es die Grünen in diesem Punkt als Meinungsträger im politischen Diskurs unverzichtbar macht und zum andern von ausreichender Relevanz ist, um eine Wahlentscheidung zumindest zu beeinflussen.

2.1 Die Cleavage Theorie als heuristisches Analyseinstrument

Bevor die inhaltlichen Positionierungen der Grünen im Detail analysiert werden, wird zunächst die der Analyse als methodische Basis zugrundeliegende Cleavage-Theorie in ihren Grundlagen vorgestellt und auf ihre Anwendung auf die Grünen diskutiert. Es ist in Anbetracht des Forschungsvorhabens eine trennscharfe Differenzierung der Cleavage-Theorie einerseits als historische Modernisierungstheorie zur Erklärung der Entstehung von Parteiensystemen in Westeuropa im Sinne der ursprünglichen Theorie nach Lipset und Rokkan von 1967²⁴ und andererseits als heuristisches Analyseinstrument zur Erklärung gegenwärtiger Entwicklungstendenzen im Parteiensystem und zum Verhältnis von gesellschaftlichen Konflikten und Wähler-Partei-Bindung in Anlehnung an Überlegungen von Ulrich Eith und Gert Mielke vorzunehmen.²⁵ Wie sich im Folgenden zeigen lässt, ist es möglich, das Cleavage-Modell als abstraktes Analysemodell zu verstehen. Eine solche Herangehensweise ermöglicht es, die Grünen innerhalb des historisch gewachsenen Parteiensystems zu verorten und zusätzlich mögliche neue Konfliktlinien in

²³Siehe Kap. 2.6.

²⁴Vgl.: LIPSET, Seymour / ROKKAN, Stein (1967): An Introduction.

²⁵Vgl.: MIELKE, Gerd (2001): Gesellschaftliche Konflikte und ihre Repräsentation im deutschen Parteiensystem – Anmerkungen zum Cleavage-Modell von Lipset und Rokkan. In: EITH, Ulrich / MIELKE, Gerd (Hg.): Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme – Länder- und Regionalstudien. Wiesbaden, S. 77–95.

den Blick zu nehmen, die sich gerade am Beispiel des grünen Phänomens aufzeigen lassen. Dabei können die Grünen als endoskopische Sonde im gesellschaftlichen Konfliktraum dienen, da sich die Partei, wie gezeigt werden wird, in ihrer nunmehr dreißigjährigen Geschichte als politisch-institutioneller Kristallisationspunkt für gleich mehrere neue Konflikte erwiesen hat. Wie groß der Einfluss neuer Konflikte auf die Gestalt des Parteiensystems ist oder zumindest welcher Konflikt das Potential besitzt, die Parteienlandschaft in Deutschland zu verändern, gilt es im Folgenden zu testen.

Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der These des gesellschaftlichen Wertewandels. Sie besagt, dass der klassische, von Lipset und Rokkan formulierte ökonomische Verteilungskonflikt sukzessive von einem neuen Konflikt um die lebensweltliche Einstellungen und konkurrierende Lebensentwürfe verdrängt wird, sei es im Rahmen eines „postmaterialistischen“²⁶ (Inglehart), eines „anthropozentrischen“²⁷ (Bürklin u.a.) oder „libertären“²⁸ (Kitschelt) Wertewandels. So kann die Untersuchung der grünen Partei und ihrer Verankerung in der Bevölkerung auch als Indikator dafür dienen, ob eine Modernisierung des Cleavage-Modells hinsichtlich dieser neuen Konfliktstellungen sinnvoll ist.

Ziel der Studie „Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments“ von Seymour Lipset und Stein Rokkan in den fünfziger und sechziger Jahren war es, ein historisches Entwicklungsmodell der europäischen Parteiensysteme zu erarbeiten. Dabei analysieren sie in einer vergleichend angelegten makrosoziologischen Studie die Staatenbildung in Europa und die Entstehung vornehmlich westeuropäischer Parteiensysteme. Als Ergebnis formulieren sie

Fußnote 25 (Fortsetzung)

Erth, Ulrich (2001): Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme – Möglichkeiten und Grenzen eines überregionalen Vergleichs. In: Erth, Ulrich / Mielke, Gerd (Hg.): Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme – Länder- und Regionalstudien. Wiesbaden, S. 322–335.

²⁶Vgl.: Inglehart, Ronald (1977): The silent revolution – Changing values and political styles among Western publics. Princeton/N.J.

Für eine ausführliche Auflistung der Literatur Ingelharths, siehe Anm. 100, Kapitel 3.

²⁷Bürklin (u.a.) schlagen in Abgrenzung zum Materialismus Ingelharths den Begriff des „anthropozentrischen“ Wertewandels vor.

Vgl.: Bürklin, Wilhelm P. / Klein, Markus / Russ, Achim (1996): Postmaterieller oder anthropozentrischer Wertewandel? – Eine Erwiderung auf Ronald Inglehart und Hans-Dieter Klingemann. In: Politische Vierteljahresschrift, Nr. 3/1996, S. 517–536.

²⁸Kitschelt, Herbert (1994): The Transformation of European Social Democracy. Cambridge, New York, S. 8–39.

eine einprägsame Definition von Partei als einem „agent of conflicts and instrument of integration“²⁹. Parteien sind demnach Ausdruck historisch spezifischer sozialstruktureller Konfliktlagen um politische Inhalte und Werte innerhalb eines politischen Gemeinwesens. Dabei werden für die spezifische Entwicklung der europäischen Parteiensysteme vier zentrale sozioökonomische und sozio-kulturelle Konflikte (Cleavages) von Lipset und Rokkan identifiziert, die in allen westeuropäischen Nationalstaaten – zwar nicht überall gleichermaßen stark, aber jeweils klar ersichtlich – im Zuge der Nationalstaatsbildung und industriellen Revolutionen im 19. Jahrhunderts für den europäischen Demokratisierungsprozess prägend waren:³⁰

Der Konflikt um die Zentralisierung von Staatsgewalt zwischen verwaltungspolitischem Zentrum und lokalen traditionellen Eliten (Zentrum vs. Peripherie), der Konflikt zwischen säkularer und kirchlicher Gewalt (Nationalstaat vs. Kirche), der Konflikt zwischen den Interessen ländlich-agrarischer Räume und der städtischen Industrieproduktion (Stadt vs. Land) und der Konflikt zwischen den ArbeiterInnen und den Industriellen um den Besitz der Produktionsmittel und die Verteilung des ökonomischen Mehrwerts (Arbeit vs. Kapital).

Die Annahme lautet, dass zum einen die Parteienbildung entlang dieser Konfliktlinien erfolgte, indem Teile der politischen Elite die in der Gesellschaft vorhandenen Konflikte aufnahmen und in institutionalisierte parteipolitische Organisationen umwandelten, und zum anderen hierdurch langfristige „alignments“ zwischen den politischen Eliten und spezifischen sozialen Bevölkerungsgruppen bzw. politisch relevanten Milieus entstanden. Zusammenfassend lassen sich die von Lipset und Rokkan identifizierten „Cleavages“ als dauerhafte politische Konflikte definieren, die in der Sozialstruktur verankert sind und im Parteiensystem durch eine stabile Koalition von Politischen Eliten mit einer konkreten sozialen Gruppe Ausdruck finden.³¹

Solche „politischen Aktionszusammenschlüsse sozialmoralischer Milieus“³² erfüllten zwei Aufgaben: sie trugen zu einer dauerhaften institutionalisierten Interessenvertretung entsprechender Bevölkerungsgruppen bei sowie zur Ausprägung

²⁹LIPSET, Seymour / ROKKAN, Stein (1967): An Introduction, S. 3.

³⁰Vgl. Ebda.: S. 47.

³¹Vgl. Ebda.: S. 3–9

³²Vgl.: LEPSIUS, Mario Reiner (1966): Parteiensystem und Sozialstruktur – zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft. In: ABEL, Wilhelm / u.a. (Hg.): Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Stuttgart, S. 371–393.

politischer Identitäten und Parteiloyalitäten. In ihrer historisch-strukturellen Untersuchung kommen Lipset und Rokkan zum Schluss, dass zu Beginn des 20. Jh. dieser Parteienbildungs- und Wählerbindungsprozess zu einem vorläufigen Abschluss gelangt sei und formulieren ihre bekannte These vom „frozen party system“: „The party systems of the 1960`s reflect, with few but significant exceptions, the cleavage structure of the 1920`s“³³ Diese Beobachtung verweist darauf, dass sich bis zu diesem Zeitpunkt kaum neuen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen so institutionalisieren konnten, dass sie die vorhandenen Konfliktlinien überlagerten.³⁴ Die tradierten Cleavages, die sich aus dem historischen Kontext herleiten lassen, haben demnach eine dauerhaft stabilisierende Funktion in Hinblick auch auf das gegenwärtige Parteiensystem. Allerdings kann bereits Juan Linz, der im Hauptwerk Lipsets und Rokkans eine Untersuchung des westdeutschen Parteiensystems beisteuert, aufzeigen, dass dort nur zwei der vier Cleavages dauerhafte Wirkung entfalten: Der Cleavage zwischen Kirche und Staat und in deutlich größerem Ausmaß der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital.³⁵ Obwohl auch dieser Befund im Zuge des Abschmelzens traditioneller politischer Milieus seit den siebziger Jahren teilweise zurückgenommen werden muss, können neuere Studien doch zumindest einen gewissen andauernden und strukturierenden Effekt auf die Konfiguration des Parteiensystems und das Wahlverhalten aufzeigen.³⁶ Trotz seines betuchten Alters kann das Cleavage-Modell bis heute, was die Untersuchung langfristiger stabiler Wählerbindungen an eine Partei über soziostrukturelle Variablen angeht, zu den einflussreichsten Theorien in der empirischen

³³LIPSET, Seymour / ROKKAN, Stein (1967): An Introduction, S. 50.

³⁴Vgl.: EITH, Ulrich (2001): Zur Ausprägung des politischen Wettbewerbs in entwickelten Demokratien – Zwischen gesellschaftlichen Konflikten und dem Handeln politischer Eliten. In: EITH, Ulrich / MIELKE, Gerd (Hg.): Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme – Länder- und Regionalstudien. Wiesbaden, S. 17–33, 20.

³⁵Vgl.: LINZ, Juan J. (1967): Cleavage and Consensus in West German Politics. In: LIPSET, Seymour / ROKKAN, Stein (Hg.): Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments – Cross National Perspectives. New York/London, S. 283–321.

³⁶Vgl.: MIELKE, Gerd (2001): Gesellschaftliche Konflikte und ihre Repräsentation im deutschen Parteiensystem, S. 80–92.

ARZHEIMER, Kai / SCHOEN, Harald (2007): Mehr als Erinnerungen an das 19. Jahrhundert? – Das sozioökonomische und das religiös-konfessionelle Cleavage und Wahlverhalten 1994–2005. In: RATTINGER, Hans / GABRIEL, Oscar W. / FALTER, Jürgen W. (Hg.): Der gesamtdeutsche Wähler – Stabilität und Wandel des Wählerverhaltens im wiedervereinigten Deutschland. Baden-Baden, S. 89–112.

Parteien- und Wahlforschung gezählt werden.³⁷ Zusätzlich kann innerhalb einer methodischen Aktualisierung des Cleavage-Modells die Frage gestellt werden, ob ein „dealignment“ klassischer Partei-Wähler-Bindungen nicht mit einem „realignment“ neuer politischer Allianzen einhergeht, die bislang unentdeckt geblieben sind oder sich auf einer anderen Ebene abspielen, die sich dem makro-soziologischen Blick des klassischen Cleavage-Modells entzieht. Diese Frage wird im Zentrum des dritten Kapitels dieser Arbeit stehen.

Einer flexiblen Anwendung des Cleavage-Modells auf aktuelle Phänomene parteipolitischen Wandels steht jedoch die historisch-deterministische Ausrichtung der Theorie im Wege. Dem ursprünglichen Ansatz nach Lipset und Rokkan kann eher der Charakter einer dem modernisierungstheoretischen Denken verpflichteten Entwicklungsgeschichte des europäischen Parteiensystems, denn der einer umfassenden Theorie zugesprochen werden. Mielke und Eith betonen daher die Notwendigkeit, für Untersuchungen neuerer Entwicklungstendenzen von Parteiensystemen das Cleavage-Modell „allgemeiner und abstrakter“ zu formulieren und eine „Enthistorisierung“ vorzunehmen.³⁸ Es stellt sich konzeptionell die Frage, ob sich die Cleavages, die von Lipset und Rokkan in einer Analyse spezifischer historischer Entwicklungslinien beschrieben wurden, nicht so abstrahieren lassen, dass sie als Grundmuster in neuem Gewand in Konflikten moderner Gesellschaften zu finden sind.

Mit dieser Abkehr vom ursprünglich modernisierungstheoretisch und historisch angelegten Modell Lipsets und Rokkan ist eine wesentliche theoretische Weiterentwicklung des Cleavage-Modells benannt, mit der es möglich wird, neuere Entwicklungstendenzen in Parteiensystemen zu erfassen und zugleich sozialen Wandel und veränderte soziokulturelle Bedingungen zu berücksichtigen. Löst man die Theorie so aus ihrer historischen und modernisierungstheoretischen Verankerung, besitzt das Modell signifikantes Erklärungspotential, um die Frage nach dem gegenwärtigen Verhältnis von gesellschaftlichen Konflikten und dem Parteiensystem zu stellen.

Ferner liegt ein entscheidender Vorteil des aktualisierten Cleavage-Modells für die Analyse der Grünen darin, dass neben dem strukturellen ökonomischen

³⁷Vgl.: BROSCHEK, Jörg / SCHULTZE, Rainer-Olaf (2006): Wahlverhalten: Wer wählte wen? – Theoretische Erklärungsmodelle und empirische Befunde. In: HOECKER, Beate (Hg.): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest – Eine studienorientierte Einführung. Opladen, S. 23–53, 26.

³⁸MIELKE, Gerd (2001): Gesellschaftliche Konflikte und ihre Repräsentation im deutschen Parteiensystem, S. 79f.

Konflikt auch kulturellen Konflikten eine genuine Bedeutung gewiesen wird. Sartori hebt die Stärke dieses Blickwinkels hervor: „The first advantage of this approach is that it gives equal attention to any kind of conflict and cleavage.

Race and ethnicity, region and locality, culture and tradition, religion and ideology [...].“³⁹ Damit ist das Modell flexibel genug, um eine Vielzahl von Konfliktkonstellationen auf ihre Wirksamkeit in Bezug auf die Grünen und ihren politischen Aufstieg zu testen, seien es die vier im Gründungsprogramm angesprochenen Konflikte (Kapitel 2) oder allgemeiner ein Konflikt um die Gestaltung des Lebens, die Bewertung politischer Prozesse und das Verhältnis zwischen Individuum und (politischer) Gemeinschaft (Kap. 3).

Entsprechend dieser Überlegungen wird im folgenden Kapitel dieser Arbeit untersucht, ob die im grünen Gründungsprogramm angesprochenen Konflikte tatsächlich die Qualität besitzen, um langfristig einen strukturierenden Einfluss auf das deutsche Parteiensystem ausüben zu können. Dabei ist jedoch Vorsicht geboten. Mielke hält gerade mit Bezug auf die Grünen fest, dass man durch die Überinterpretation neuer politischer Konfliktstellungen Gefahr laufe, „geringe soziokulturelle Oszillationen“ bereits als „epochale Zeitenwende“ fehlzudeuten.⁴⁰ Diesem Einwand wird innerhalb dieses Kapitels mit zwei Maßnahmen Rechnung getragen: Zum einen wird bei jedem der untersuchten Konflikte explizit nach Konvergenzen mit den vier „klassischen“ Konfliktlinien nach Lipset und Rokkan gefragt, also danach, ob es sich wirklich um neue Konflikte, oder nicht vielmehr um Derivate und Umformulierungen traditionellerer Konflikte handelt. Zum anderen wird innerhalb einer quantitativen Auswertung die relative Wichtigkeit der benannten Konflikte auf eine Wahlentscheidung untersucht. Zwar sind alle vier untersuchten Konflikte empirisch nachweisbar und für die Entwicklung der grünen Partei fraglos von entscheidender Bedeutung, jedoch handelt es sich bei ihnen dadurch nicht zwangsläufig um Cleavages im klassischen Sinne, die Wahlentscheidungen und Wählerbindungen in relevantem Ausmaß erklären können.

Ulrich Eith betont darüber hinaus, dass ein abstrakteres Verständnis des Cleavage-Modells eine Verbindung von Struktur- und Akteursperspektive ermöglicht: Die Ausbildung dauerhafter Konfliktlinien erfolgt nur dann, wenn politische Eliten diese aufgreifen und abhängig von institutionellen Rahmenbedingungen

³⁹SARTORI, Giovanni (1968): The Sociology of Parties – A Critical Review. In: STAMMER, Otto (Hg.): Party Systems, Party Organizations, and the Politics of New Masses. Berlin, S. 1–25, 18f.

⁴⁰MIELKE, Gerd (2001): Gesellschaftliche Konflikte und ihre Repräsentation im deutschen Parteiensystem, S. 89.

parteipolitisch umsetzen und bestehende Bindungen gepflegt werden. Die Ausprägung und Entwicklungen von Parteiensystemen hängen also ebenso mit den institutionellen Rahmenbedingungen und dem strategischen Handeln der politischen Elite zusammen.⁴¹ Auch diese Perspektive soll in die vorliegende Arbeit einfließen. Dabei ist zu beachten, dass nicht nur das bewusste Handeln grüner Parteieliten die Entwicklung der Partei und ihre Positionierung entlang gesellschaftlicher Konfliktlinien beeinflusst hat, sondern auch das Handeln der anderen Parteien, insbesondere der SPD, einen Aktionsrahmen geschaffen hat, innerhalb dessen sich die Grünen entwickeln konnten, der aber auch ihrer Entwicklungsmöglichkeiten zu einer Regierungspartei begrenzt. Ebenso sind die konstitutionellen, rechtlichen Rahmenbedingungen, traditionelle historische Funktionslogiken des parlamentarischen Systems und die spezifische Regelung des personifizierten Verhältniswahlrechts entscheidende Faktoren, die bei einer Standortbestimmung der Grünen innerhalb des Cleavage-Modells berücksichtigt werden müssen. Diese äußeren Bedingungen für die Etablierung der Grünen im deutschen Parteiensystem sind in Kap. 4 dieser Arbeit Gegenstand der Untersuchung.

2.2 Nachhaltigkeit, Wachstum oder beides? – Die Grünen und der ökologische Konflikt

Um zu ergründen, ob ein ökologischer Konflikt im deutschen Parteiensystem seine Wirksamkeit entfaltet, erscheint es zunächst sinnvoll, eine politikwissenschaftliche Definition des Begriffs Ökologie zu finden. Von naturwissenschaftlicher Seite wird zurecht bemängelt, die Politik bediene sich dieses Disziplinbegriffs aus der Biologie zu arglos. In der Tat wird der Begriff der Ökologie oft als Oberbegriff oder Synonym für einzelne Politikfelder wie Umwelt- und Klimaschutz verwendet. Dabei geht es meist um eine affektive Maßnahmenpolitik, die die systemtheoretische Ausrichtung der naturwissenschaftlichen Definition verkennt. Die Aneignung des Ökologiebegriffs durch die Politik hat Hannes Berghaller detailliert untersucht:

„Aus rhetorischer Perspektive könnte man die Aneignung des Begriffes “Ökologie” durch die moderne Umweltbewegung und den damit verknüpften Bedeutungswandel als eine Form der Katachrese beschreiben: er wurde aus dem Diskursfeld der Naturwissenschaften übernommen, um ein neues Phänomen zu benennen und eine

⁴¹Vgl.: ERH, Ulrich (2001): Zur Ausprägung des politischen Wettbewerbs in entwickelten Demokratien, S. 26.

semantische Lücke zu füllen – so, wie etwa das Wort “Sattel” im 19. Jahrhundert aus dem Gebiet der Reitkunst entlehnt wurde, um den Sitz eines Fahrrads zu bezeichnen. Auf vergleichbare Weise wurde der Name der wissenschaftlichen Disziplin zur Metapher für das Denken der neuen Umweltbewegung, deren Glaubenssätze eine gewisse “Ähnlichkeit” mit den Hypothesen der Ersteren besitzen.“⁴²

Dies ist eine deutliche Kritik an der „modernen Umweltbewegung“, der hier der missbräuchliche Gebrauch eines Disziplinbegriffs vorgeworfen wird. Diese Kritik erkennt jedoch die politische Natur jener Umweltbewegung. Schließlich geht es der Umweltbewegung nicht darum, biologische Forschung zu betreiben, sondern darum, Regeln für das Verhalten der Menschen innerhalb bestimmter Handlungsabläufe festzulegen, die zum Untersuchungsgegenstand der biologischen Ökologie gehören. In gleicher Weise geht es beispielsweise bei Atompolitik nicht um Atome oder Kernphysik, sondern um Regelungen, ob und wie Kernreaktoren durch die Gemeinschaft genutzt werden sollen. Dabei zeigt die politische Debatte zuweilen, jedoch nicht zwangsläufig, Unkenntnis von der fachwissenschaftlichen Forschung innerhalb des von ihr zu regelnden Bereichs. Am Beispiel der deutschen Grünen lässt sich ablesen, dass Ökologie nicht nur „Metapher für das Denken der neuen Umweltbewegung“⁴³ ist, sondern der Formulierung der politischen Forderungen auch Erkenntnisse aus dem Bereich der Naturwissenschaft zugrunde liegen.

Eine politikwissenschaftliche Definition des Begriffs Ökologie ist möglich und sinnvoll. Eine naheliegende Definition ergibt sich bereits aus der Verknüpfung der beiden weitestgehenden Definitionen von Ökologie und Politik von Ernst Haeckel und Werner J. Patzelt.

- Erstens: „Unter Oecologie verstehen wir die gesamte Wissenschaft von den Beziehungen des Organismus zur umgebenden Aussenwelt [...]“⁴⁴

⁴²BERGTHALLER, Hannes (2004): Ökologie zwischen Wissenschaft und Weltanschauung. Untersuchungen zur Literatur der modernen amerikanischen Umweltbewegung: Aldo Leopold, Rachel Carson, Gary Snyder und Edward Abbey. <http://hss.ulb.uni-bonn.de/2004/0440/0440.pdf>, (Zugriff am 31.07.2012), S. 55.

⁴³Ebda.

⁴⁴Diese Definition stammt von dem Biologen Ernst Haeckel, der als Begründer der Teildisziplin der Ökologie im 19. Jahrhundert gilt: HAECKEL, Ernst (1866): Generelle Morphologie der Organismen – Allgemeine Grundzüge der organischen Formen-Wissenschaft, mechanisch begründet durch die von Charles Darwin reformierte Descendenz-Theorie. Berlin, S. 286.

- Zweitens: „Politik ist jenes menschliche Handeln, das auf die Herstellung und Durchsetzung allgemein verbindlicher Regelungen und Entscheidungen [...] in und zwischen Gruppen von Menschen abzielt.“⁴⁵

Gemeinsam ergibt sich eine einprägsame Definition von politischer Ökologie, als jenes menschliche Handeln, das die Beziehungen zwischen Menschen und Gruppen von Menschen zur der sie umgebenden, nicht menschlichen Außenwelt verbindlich zu regeln versucht.

Bereits in dieser sehr einfachen Definition klingt ein Konflikt an, und zwar um die Frage, ob der menschliche Stoffwechsel im weitesten Sinne überhaupt zum Gegenstand staatlicher Regelung werden soll, oder ob er zur Sphäre des Vorpolitischen, Privaten zu zählen ist. In der Tat könnte man argumentieren, dass ökologische Gesetzgebung eine Kompetenz ist, die der Staat im klassischen Verständnis gar nicht besitzt. Schließlich handelt es sich bei dem Gesellschaftsvertrag, der ihn begründet – sei es bei Hobbes⁴⁶ oder Locke⁴⁷ – um einen Vertrag zwischen Menschen, die ihre Autonomie im Handeln zueinander in die Hände einer Instanz legen. Ein Vertrag zwischen dem Menschen und der nicht-menschlichen Außenwelt existiert hingegen nicht. Folglich handelt es sich bei ökologischer Politik um eine nicht ganz unerhebliche Ausdehnung klassischer staatlicher Kompetenzen. Dieser Gedanke steckt implizit auch hinter dem derzeit häufig strapazierten Begriff der „Ökodiktatur“. Hier wird den Regierenden Machtanmaßung vorgeworfen, wenn sie den BürgerInnen Vorschriften über deren Konsumgewohnheiten machen wollen, sie zwingen, einen bestimmten Kraftstoff zu tanken oder auf Flugreisen zu verzichten. Dabei meint „Diktatur“ in diesem Sinne nicht die illegitime Aneignung von Macht, sondern die illegitime Ausdehnung des politischen Mandats in das Private hinein.

Dem wird von Seiten der ökologischen Bewegung der zentrale Begriff der Nachhaltigkeit entgegengesetzt. Dieser stammt ursprünglich aus der Forstwirtschaft und bezeichnet ein Bewirtschaften eines ökologischen Systems nach einer bestimmten Regel: Die Wegnahme und Zugabe von Teilen des Systems muss so dosiert sein, dass das System dies durch eigene Mechanismen kompensieren kann. Die Fraktionen des deutschen Bundestages einigten sich in 2002 auf

⁴⁵So lautet die Definition des Politikwissenschaftlers Werner J. Patzelt, die innerhalb der Disziplin weitestgehend auf Konsens stößt: PATZELT, Werner J. (2001): Einführung in die Politikwissenschaft – Grundriß des Faches und studiumbegleitende Orientierung. Passau⁴, S. 23.

⁴⁶Vgl.: HOBBS, Thomas / FETSCHER, Iring (1984): Leviathan, oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates. Frankfurt/Main, S. 131–171.

⁴⁷Vgl.: LOCKE, John (1992): Zwei Abhandlungen über die Regierung – Herausgegeben und eingeleitet von Walter Euchner. Frankfurt/Main⁵, S. 278–301.

folgende Definition: „Das Konzept der Nachhaltigkeit beschreibt die Nutzung eines regenerierbaren Systems in einer Weise, dass dieses System in seinen wesentlichen Eigenschaften erhalten bleibt und sein Bestand auf natürliche Weise regeneriert werden kann.“⁴⁸

Unter Berücksichtigung des Nachhaltigkeitskonzepts fordert die ökologische Bewegung eine staatliche Regelung des menschlichen Stoffwechsels mit seiner Außenwelt. Die nicht-nachhaltige Bewirtschaftung des ökologischen Kreislaufsystems wird als Akt der Gewalt gegenüber künftigen Generationen gewertet, was wiederum den Staat, auch nach klassischer Lesart des Gesellschaftsvertrags, in die Pflicht nimmt, regelnd zu wirken. Der Verweis auf die Verantwortung gegenüber künftigen Generationen ist eine der Kernaussagen der ökologischen Bewegung. „[...] Wirbürden den nachfolgenden Generationen eine unheimliche Erbschaft auf“, heißt es etwa im Gründungsprogramm der Grünen. Viola Neu und Frank Decker benennen jene Konfliktlinie, die sie für das Entstehen der Grünen verantwortlich machen als die zwischen „Ökologie vs. Ökonomie“.⁴⁹

Ökologie ist jedoch nicht der begriffliche Gegenpart zur Ökonomie, sondern die Forderung der normativen Neuausrichtung ökonomischen Denkens. Der Kern des ökologischen Konflikts ist demnach ökonomischer Natur. Das Leitmotiv der Nachhaltigkeit tritt als neue Forderung in die kapitalisierte Wirtschaft ein und kollidiert dort mit dem etablierten Leitmotiv des Wachstums. Als Initiator der neuen Forderung gilt der „Club of Rome“ der basierend auf einer mathematischen Simulation der Weltwirtschaft die These vom zerstörerischen Wachstum postulierte. In der viel zitierten Veröffentlichung von 1972 heißt es:

„If the present growth trends in world population, industrialization, pollution, food production, and resource depletion continue unchanged, the limits to growth on this planet will be reached sometime within the next one hundred years. The most probable result will be a rather sudden and uncontrollable decline in both population and industrial capacity.“⁵⁰

⁴⁸Deutscher Bundestag (2002): 14. Wahlperiode: Schlussbericht der Enquete-Kommission Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten. Drucksache 14/9200, 12. Juni 2002.

⁴⁹DECKER, Frank / NEU, Viola (2007): Bündnis 90/Die Grünen. In: Dies.: Handbuch der deutschen Parteien. Wiesbaden¹, S. 173–188, 186.

⁵⁰MEADOWS, Donella H. (1972): The Limits to growth – A report for the Club of Rome's project on the predicament of Mankind. New York, S. 23.

Daraus resultiert ein zunächst scheinbar nicht lösbarer Zielkonflikt um die Grundmaxime kapitalistischen Wirtschaftens. Der hier beschriebene Cleavage soll daher definiert werden als der Konflikt:

► Nachhaltigkeit vs. wirtschaftliches Wachstum.

Im 21. Jahrhundert wird der Konflikt nur selten mit jener Radikalität und Ausschließlichkeit geführt, wie noch in den siebziger und achtziger Jahren. Dennoch ist er stark präsent. In der aktuellen deutschen Parteiendemokratie manifestiert er sich vornehmlich in der Frage, ob Nachhaltigkeit und Wirtschaftswachstum sich ausschließen, ob und wie sie innerhalb eines wirtschaftlichen Gesamtkonzepts vereinbar sind und welche Rolle die Steigerung der wirtschaftlichen Produktivität bei der Überwindung des Dilemmas spielen kann. Beispielsweise vertritt die deutsche Bundesregierung seit 2010 einen Plan, nach dem, trotz angestrebtem Wirtschaftswachstum, durch Erhöhung der „Energieproduktivität“ von jährlich 2,1 Prozent, eine Reduzierung des Energieverbrauchs von 50 Prozent bis zum Jahr 2050 verwirklicht werden soll.⁵¹ Der „Naturschutzbund Deutschland“ widerspricht dem in seiner Stellungnahme zu einer öffentlichen Anhörung im Bundestagsausschuss für Wirtschaft und Technologie massiv und postuliert: „Eine Erhöhung der Energieproduktivität um 2,1 Prozent jährlich führt nur dann zu Endenergieeinsparungen [...], wenn das Wirtschaftswachstum bei 0,7 Prozent (oder geringeren) Werten liegt.“⁵² Dies ist kein kleinlicher Streit über Zahlen, sondern ein Konflikt um die grundsätzliche Vereinbarkeit zweier wirtschaftspolitischer Leitmotive, die WählerInnen verwirklicht sehen wollen. Große Chancen im politischen Wettbewerb scheinen sich derzeit jene Parteien ausrechnen zu können, denen es gelingt, die Begriffe Nachhaltigkeit und Wachstum am plausibelsten in ein wirtschaftliches Gesamtkonzept zu gießen. Dabei sind es oft nur rhetorische Nuancen, die eine Positionierung im ökologischen Konflikt verraten. Meist wird eine Gewichtung vorgenommen, wobei ein Begriff zum Attribut des

⁵¹Bundesregierung (2010): Energiekonzept – Für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung. http://www.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/_Anlagen/2012/02/energiekonzept-final.pdf?__blob=publicationFile&v=5, (Zugriff am 02.01.2016), S. 5.

⁵²Naturschutzbund Deutschland (NABU) (2012): Stellungnahme zu den Anträgen BT-Drucksache 17/8159, 17/8457 und 17/7462 zum Vorschlag für eine Richtlinie zur Energieeffizienz und zur Aufhebung der Richtlinien 2004/8/EG und 2006/32/EG. https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/abfallpolitik/nabu_stellungnahme_energieeffizienz_anh_rung_wirtschaftsausschuss120305endg.pdf, (Zugriff am 02.01.2016), S. 2.

andern werden kann, im Sinne von: „Wachstum nachhaltig gestalten“ oder eine begriffliche Abhängigkeiten hergestellt wird, wie: „Umweltschutz ist ein globaler Wachstumsmarkt“. Die Frage, in welcher Weise die deutschen Parteien, insbesondere die Grünen, innerhalb dieses Konfliktes Stellung beziehen, wird im Folgenden zu betrachten sein. Zunächst muss jedoch die Einordnung des Cleavages *Nachhaltigkeit vs. wirtschaftliches Wachstum* innerhalb der von Lipset und Rokkan definierten Grundkonflikte vorgenommen werden.

Beim Konflikt um Nachhaltigkeit und Wachstum geht es um eine wirtschaftliche Systemfrage, darum welche Handlungsmaxime staatlicher Wirtschaftspolitik verfolgt wird. Auch innerhalb der vier von Lipset und Rokkan definierten Grundkonflikte gibt es einen, der sich an dieser Streitfrage entzündet. Daher kann die These formuliert werden: Der Konflikt zwischen Nachhaltigkeit vs. Wachstum ist eine Weiterentwicklung des Cleavages *Stadt vs. Land*. Während letzterer als Konflikt „primary vs. secondary economy“⁵³ definiert wird, entfaltet sich der neue Konflikt zwischen dem sekundären und Teilen des tertiären Bereichs der Wirtschaft. Im 19. Jahrhundert stritten die adligen Besitzer ländlich-feudaler Produktionseinheiten mit den Besitzern der aufkommenden städtischen Industrie. Dabei ging es um Schutzzölle und Protektionismus („tariff levels for agricultural products“)⁵⁴ und unternehmerische Freiheiten („control vs. freedom of industrial enterprise“)⁵⁵. Damit teilen sich der Konflikt *Land vs. Stadt* und *Nachhaltigkeit vs. Wachstum* zwei entscheidende Wesenszüge:

- ▶ Erstens: In beiden Fällen ist die Streitfrage („issue“) das Ausmaß staatlichen Eingriffs in den Markt.
- ▶ Zweitens: In beiden Konflikten spielen die Produktionsinteressen der kapitalistischen Wirtschaft eine zentrale Rolle, im 19. Jahrhundert bei der Anfechtung adliger Privilegien, in der heutigen Zeit bei der Verteidigung der mittlerweile eigenen etablierten Privilegien.

Mit aller gebotenen Vorsicht ließe sich hier das von Lipset und Rokkan entworfene Modernisierungskonzept fortspinnen. Es sei an dieser Stelle an die eingangs

⁵³LIPSET, Seymour / ROKKAN, Stein (1967): An Introduction, S. 14.

⁵⁴ROKKAN, Stein (2009): Citizens, elections, parties – Approaches to the comparative study of the processes of development. Colchester, S. 131.

⁵⁵Ebda.

erwähnte These Gerd Mielkes erinnert, der die Entstehung der Grünen einem Konflikt „Traditionalismus vs. Modernisierung“⁵⁶ zuschreibt.

Dabei muss jedoch eine Einschränkung gemacht werden: Die Einteilung in primäre, sekundäre und tertiäre Wirtschaft ist zu statisch. Die ökologische Bewegung umfasst keineswegs den gesamten tertiären Bereich, der immerhin mehr als 70 Prozent der in Deutschland Beschäftigten einschließt. Ein großer Teil der Dienstleistungen wird für den sekundären Sektor erbracht oder ist direkt von ihm abhängig, wie beispielsweise Handel, Finanzdienstleistungen, etc. Diese Wirtschaftsbereiche profitieren vom Wachstum ebenso wie die produzierende Wirtschaft. Die Einteilung der Konfliktparteien ist daher keineswegs so leicht vorzunehmen wie im ursprünglichen Konflikt. Der von Jens Alber in die Debatte eingeführte Begriff des „Humandienstleistungsbereichs“⁵⁷ ist am zutreffendsten, wenn es darum geht, die VerfechterInnen der Nachhaltigkeit sozioökonomisch zu bestimmen.

Der Konflikt Nachhaltigkeit vs. Wachstum besitzt mittlerweile einen hohen Institutionalisierungsgrad. Das beweisen nicht nur ökologische Parteien, die in den meisten europäischen Ländern längst den Weg in die Parlamente gefunden haben. Auch beim alltäglichen Konsum stößt man auf den ökologischen Konflikt. Nachhaltigkeit ist zum Verkaufsargument avanciert. Dies spiegelt sich im Produktdesign wieder. Beinahe jedes Produkt kann als optional auch aus nachhaltiger Produktion erstanden werden. Eine Vielzahl von Institutionen hat sich gegründet, die Produkte aus nachhaltiger Wirtschaft zertifizieren und Informationen bereitstellen. Das erstreckt sich über den staatlichen Rahmen hinaus. Auch das Klimaregime der Vereinten Nationen ist ein Beispiel für den hohen Institutionalisierungsgrad des Konflikts um Nachhaltigkeit.

2.2.1 Peking oder Freiburg? – Zwischen Maoismus und Ordoliberalismus

Die erste Formulierung des ökologischen Gedankens der grünen Bundespartei dokumentiert zugleich den Sieg links-alternativer Kräfte innerhalb der Partei gegenüber den konservativen Ökologen in den Flügelkämpfen der ersten Stunde. Neben einigen richtungsweisenden Personalentscheidungen sieht Jürgen Falter im 1980 verabschiedeten Bundesprogramm der Grünen den Beginn jener Phase dokumentiert, die er als „ökosozialistische Dominanz“⁵⁸ bezeichnet.

⁵⁶MIELKE, Gerd (2001): Gesellschaftliche Konflikte und ihre Repräsentation im deutschen Parteiensystem, S. 88.

⁵⁷ALBER, Jens (1985): Modernisierung – neue Spannungslinien und die politischen Chancen der Grünen, S. 211–226.

⁵⁸FALTER, Jürgen W. / KLEIN, Markus (2003): Der lange Weg der Grünen, S. 67.

Entsprechend deutlich fällt die Formulierung des ökologischen Leitgedankens aus, der die Basis der meisten politischen Einzelforderungen bildet. Der später so zentrale Begriff der Nachhaltigkeit bleibt dabei 1980 noch unbekannt. Dafür treten Ökologie und Wachstum als grundsätzlich dialektische Begriffe auf. Die zentrale Aussage des Club of Rome, dass in begrenzten Systemen kein unbegrenztes Wachstum möglich sei, wird in der Präambel als „Naturgesetz“ formuliert.⁵⁹ Die Positionierung innerhalb des oben genannten Cleavages ist folglich eindeutig. Die Grünen sind „grundsätzlich gegen jegliches quantitatives Wachstum.“⁶⁰ Eine Ausweitung der Produktion sei nur zulässig, wenn sie mit dem gleichen oder einem geringeren Aufwand an Ressourcen verwirklicht werden könne. Ökologisches Bewusstsein bedeutet in erster Linie Kritik an den bestehenden kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Dazu ist zu lesen:

„Die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland werden heute durch die ökologische und ökonomische Krise der Industriegesellschaft bedroht. [...] Die Produktion richtet sich nicht nach den Bedürfnissen der Menschen, sondern nach den Interessen des Großkapitals. [...] In der Folge droht die völlige Verseuchung und Verwüstung der menschlichen Lebensbasis sowie steigende Arbeitslosigkeit und eine wachsende soziale und psychische Verelendung.“⁶¹

Während in dieser Formulierung neben der pauschalen Kapitalismuskritik noch christlich konservative Werte des Lebensschutzes mit anklingen, ist bei der Formulierung der Mittel zur Umsetzung des ökologischen Konzepts die Dominanz der ehemaligen K-Gruppen-Mitglieder deutlich zu erkennen. Neben großer Skepsis gegenüber dem parlamentarischen System der Bundesrepublik wird der Gedanke der sozialen Bewegung stark hervorgehoben. Bereits auf der Gründungsversammlung in Karlsruhe fand der Antrag, die Bundespartei möge in Ihrer Satzung allen „revolutionären Strategien“ abschwören, keine Mehrheit.⁶² Stattdessen konstatiert das Bundesprogramm:

„Um solche Veränderungen gegen die bestehenden Herrschaftsverhältnisse durchzusetzen, bedarf es einer politischen Bewegung, in der menschliche Solidarität und Demokratie untereinander und die Absage an ein von lebensfeindlicher Konkurrenz bestimmtes Leistungs- und Hierarchiedenken grundlegend sind.“⁶³

⁵⁹Die Grünen (1980): Das Bundesprogramm, S. 4.

⁶⁰Ebda.: S. 9.

⁶¹Ebda.

⁶²FALTER, Jürgen W. / KLEIN, Markus (2003): Der lange Weg der Grünen, S. 54.

⁶³Die Grünen (1980): Das Bundesprogramm, S. 8.

Bedenkt man die starke Präsenz der früheren Mitglieder maoistischer K-Gruppen in der jungen Bundespartei, ist es nicht verwunderlich, dass sich deutliche Elemente maoistischer Wirtschaftspolitik in der Formulierung einer ökologischen Wirtschaftsordnung widerspiegeln. Die Überwindung der Kluft zwischen der Produktionsweise der Zentren und der Peripherie und die Etablierung einer dynamischen Kreislaufwirtschaft stammen unverkennbar aus dem Repertoire maoistischer Wirtschaftspolitik, wie sie während des achten Parteikongresses der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) 1957 formuliert wurden.⁶⁴ Dies ist eine Abgrenzung gegenüber der klassischen sozialistischen ArbeiterInnenbewegung, deren Gravitationszentrum traditionell die Metropolen der Schwerindustrie sind. Diese chinesische Lesart der marxistischen Theorie ermöglichte es den Grünen, grundlegende Elemente sozialistischer Wirtschaftsordnung mit konservativer Kritik an der industriellen Moderne zu verbinden. Konzepte der ökonomischen Selbstverwaltung und Forderungen nach einem naturnahen Leben jenseits der industriellen Zentren fügen sich dabei zu einem Komplex. Dazu konstatiert das Bundesprogramm:

„Die GRÜNEN unterstützen alle Bewegungen, die sich für dezentrale und überschaubare Produktionseinheiten, sowie eine demokratisch kontrollierbare veränderte Anwendung der Technik einsetzen. Die Großkonzerne sind in überschaubare Betriebe zu entflechten, die von den dort Arbeitenden demokratisch selbstverwaltet werden. [...] Die betroffene Bevölkerung benötigt die politischen Befugnisse (Wirtschafts- und Sozialräte), um die wirtschaftlichen Aktivitäten der Unternehmungen zu kontrollieren und sie ökologischen Bedingungen und sozialen Verpflichtungen zu unterwerfen.“⁶⁵

Das eindeutige Primat des ökologischen Gedankens über das wirtschaftliche Wachstum kommt auch in den vorgeschlagenen politischen Sofortmaßnahmen zum Ausdruck. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Akte direkter staatlicher Interventionspolitik. Beispiele dafür sind die grundsätzliche Geschwindigkeitsbeschränkung auf 100 Km/h auf allen Straßen, der sofortige Entzug der Betriebserlaubnis für alle Atomanlagen oder ein Verbot von Elektroheizungen.⁶⁶

Angesichts der Reichweite dieser Forderungen wird klar, dass die Grünen sich in dieser Phase ihrer Entwicklung weit außerhalb des politischen Diskurses der

⁶⁴Vgl.: SCHURMANN, Franz (1971): *Ideology and Organization in Communist China*. Berkeley, London², S. 76–85.

⁶⁵Die Grünen (1980): *Das Bundesprogramm*, S. 11.

⁶⁶Ebda.: S. 11.

etablierten Parteien befanden. Der ökologische Gedanke präsentiert sich als Bindeglied einer gesellschaftlichen Utopie, die mit dem von Jürgen Falter eingeführten Begriff des „Öko-Sozialismus“⁶⁷ sehr zutreffend beschrieben ist. Der Umsturz der Produktionsverhältnisse in der Bundesrepublik durch eine „ökosozialistische“ Bewegung erscheint aus heutiger Sicht radikal und wenig praktikabel. Dennoch handelt es sich um das wesentliche Alleinstellungsmerkmal der Grünen. Damit ist, um die These Achim Hurrelmanns aufzugreifen,⁶⁸ innerhalb des Cleavages zwischen Nachhaltigkeit und wirtschaftlichem Wachstum eine spezifisch grüne Positionierung überdeutlich erkennbar.

Es war jedoch eben jener Zweifel an der Praktikierbarkeit der „ökosozialistischen“ Utopie, die die Grünen in der Folgezeit dazu bewegte, ihre frühe ökologische Politik zu revidieren. Die sozialistische Protestbewegung, die die Trägermasse der grünen Partei gebildet hatte, schwächte sich im Laufe der achtziger Jahre merklich ab. Gleichzeitig mehrten sich jene Stimmen innerhalb der Partei, die die Verwirklichung der ökologischen Ziele nicht mehr durch die Überwindung des Ganzen, sondern durch die schrittweise Anpassung der gegebenen Zustände verwirklichen wollten. Es handelt sich um den Beginn der „Fundi-Realo- Kontroverse“⁶⁹, die bis heute die Wahrnehmung der Grünen Partei bestimmt. Dabei gewannen jene PolitikerInnen die Oberhand, die bereit waren, das parlamentarische und marktwirtschaftliche System der Bundesrepublik als Operationswirklichkeit anzuerkennen und dem Sozialismus als politisches Vehikel abzuschwören. 1990 kam es in der Folge zu einer großen Austrittswelle „ökosozialistisch“ eingestellter Mitglieder.⁷⁰

Im Zuge der Vereinigung der westdeutschen Grünen und dem ostdeutschen Bündnis 90 wurde schließlich eine Aktualisierung des Bundesprogramms notwendig, die sich mit dem 1993 verabschiedeten Grundkonsens vollzog. Dabei spielte das Ergebnis der Bundestagswahl eine entscheidende Rolle. Die Entscheidung, die Fusion zur gesamtdeutschen Partei B90/Die Grünen erst nach der Wahl

⁶⁷FALTER, Jürgen W. / KLEIN, Markus (2003): Der lange Weg der Grünen, S. 67.

⁶⁸Vgl.: RASCHKE, Joachim / HURRELMANN, Achim (2001): Die Zukunft der Grünen – so kann man nicht regieren, S. 143.

⁶⁹Zur Geschichte der parteiinternen Auseinandersetzungen bei den Grünen siehe: FALTER, Jürgen W. / KLEIN, Markus (2003): Der lange Weg der Grünen – Eine Partei zwischen Protest und Regierung, S. 52–71.

⁷⁰Die Journalisten Ole Haentzschel und Mathias Stolz haben die Austritte prominenter Grünen-PolitikerInnen aus der Partei in einer Info-Grafik zusammengestellt: HAENTZSCHEL, Ole / STOLZ, Matthias (2011): Infografik – Grüne Parteiaustritte. In: AMEND, Christoph / SCHWARZ, Patrik (Hg.): Die Grünen – Das Buch, Zeit-Magazin. Hamburg, S. 370–371.

zu vollziehen, erwies sich als fatal. Die westdeutschen Grünen scheiterten an der Fünf- Prozent-Hürde. Somit war die neue Partei in der folgenden Legislaturperiode nur durch Abgeordnete des Bündnis 90 im Bundestag vertreten. Diese Tatsache verschaffte dem Bündnis eine starke Verhandlungsposition bei der Festlegung des neuen Grundkonsenses. Dadurch ist zu erklären, dass der zuvor zentrale Aspekt der Ökologie in der Aufzählung der politischen Ziele hinter das Thema der Menschenrechte zurücktritt.⁷¹ Das Primat der ökologischen Umgestaltung der Wirtschaft über das Wachstum bleibt dabei unangetastet. Jedoch wird in der Folge des Zusammenbruchs der staatssozialistischen Regime jeder Hinweis auf eine sozialistische Strategie zur Umsetzung des ökologischen Konzepts getilgt. Zur Kapitalismuskritik gesellt sich die Kritik der Planwirtschaft:

„Zentral gelenkte Planwirtschaften wie auch die ungebremste Geltung privatwirtschaftlicher Interessen haben sich als untauglich erwiesen, ökologisch zu produzieren [...]. Unsere Ablehnung der sozialistischen Mißwirtschaft beinhaltet keine pauschale und automatische Zustimmung zum kapitalistischen Wirtschaftssystem. Wir wollen stattdessen den Wandel zu einer ökologisch-solidarischen Weltwirtschaft, in der Wachstum an sich nicht mehr die entscheidende wirtschaftliche Zielgröße sein darf.“⁷²

So deutlich die Ablehnung sowohl des sozialistischen als auch des kapitalistischen Wirtschaftssystems ausfällt, so abstrakt bleibt die Ausarbeitung einer alternativen wirtschaftspolitischen Strategie. Die Mittel, mit denen eine „ökologisch-solidarische Weltwirtschaft“ verwirklicht werden soll, werden dabei nicht benannt. Ein Hinweis darauf, welches ökonomische Ordnungssystem die Grünen befürworten, ist im Grundkonsens von 1993 nicht zu finden. Ebenso enthält dieser keinen Katalog konkreter politischer Einzelforderungen.

Was die Positionierung der Partei entlang des ökologischen Cleavages angeht, entstand dadurch eine paradoxe Situation. Das Bundesprogramm von 1980 blieb weiterhin das offiziell gültige Parteiprogramm. Die entscheidende Forderung nach einer „ökosozialistischen“ Umgestaltung der Produktionsverhältnisse wird jedoch durch den Grundkonsens von 1993 wirkungsvoll außer Kraft gesetzt. Es bestand daher in der Folge keine offizielle und konsensfähige Positionierung der Bundespartei zur wirtschaftlichen Systemfrage. Eine umfassende Neuformulierung der wirtschaftspolitischen Grundsätze unternahmen die Grünen schließlich in ihrem Grundsatzprogramm von 2002, das das Bundesprogramm von 1980 ablöste.

⁷¹Bündnis 90/Die Grünen (1993): Politische Grundsätze. Bonn, S. 41.

⁷²Bündnis 90/Die Grünen (1993): Politische Grundsätze, S. 14f.

Damit war der programmatische Wandel des ökologischen Gedankens endgültig vollzogen. In diesem Programm wird nicht nur der ökologische Grundgedanke durch den zentralen Begriff der Nachhaltigkeit konkretisiert, Nachhaltigkeit und wirtschaftliches Wachstum werden auch in ein neues Verhältnis zueinander gesetzt. Während zuvor der Wachstumsgedanke als Hemmnis für Nachhaltigkeit gesehen wurde, wird nun der Versuch unternommen, beide Begriffe in einem Gesamtkonzept zu verbinden („Ökologie eröffnet ein wichtiges Wachstumsfeld“⁷³). Die begriffliche Aufspaltung des Wachstums in „Wirtschaftswachstum alten Typs“⁷⁴, als schlichte Mehrproduktion und nachhaltiges Wachstum, das durch „Ressourceneffizienz“⁷⁵ erreicht wird, ist nicht neu. Sie entspricht der Aufteilung in „quantitatives“ und „qualitatives“ Wachstum, die bereits 1980 vorgenommen wird. Doch während das „qualitative“ Wachstum im alten Programm lediglich Duldungsstatus besaß, ist das nachhaltige Wachstum zum politischen Ziel an sich avanciert. Während das frühere Credo zusammengefasst werden kann als: *Nachhaltigkeit durch Verzicht auf Wachstum*, lautet das neue Credo: *Wachstum durch Nachhaltigkeit*. Dabei ergibt sich eine Umkehrung zwischen Ziel und Mittel.

Die Verbindung beider Begriffe gelingt jedoch nur innerhalb der Prämisse, dass Ökologisierung und Effektivierung automatisch zu einer Steigerung der wirtschaftlichen Gesamtleistung führen. Was geschieht jedoch in jenen Fällen, in denen die Anwendung des Nachhaltigkeitsprinzips auf die Wirtschaft zu einer nominellen Verminderung der Wirtschaftsleistung führen würden, wenn also die Produktivitätsgewinne durch effizienteres Ressourcenmanagement geringer sind als die Transaktionskosten, die durch die Umstellung auf nachhaltiges Wirtschaften entstehen? In einem solchen Fall wäre Nachhaltigkeit marktwirtschaftlich unrentabel. Zu dieser Frage, ob das Prinzip der Nachhaltigkeit zur Not auch auf Kosten einer schrumpfenden Wirtschaftsleistung durchgesetzt werden soll, schweigt das aktuelle Grundsatzprogramm. Durch die Aussparung dieses Falles gelingt es, die Begriffe Nachhaltigkeit und Wachstum miteinander zu verbinden, um sie beide als politische Ziele nebeneinander zu stellen, ohne dass es jedoch gelingt, deren Dialektik völlig aufzuheben. Eben dies ist der entscheidende Unterschied zum Programm von 1980. Während die Grünen früher im Cleavage Nachhaltigkeit vs. wirtschaftliches Wachstum eindeutig Stellung

⁷³Bündnis 90/Die Grünen (2002): Die Zukunft ist grün – Grundsatzprogramm von Bündnis 90/Die Grünen. Berlin, S. 45.

⁷⁴Bündnis 90/Die Grünen (2002): Die Zukunft ist grün, S. 27

⁷⁵Ebda.

zugunsten der Nachhaltigkeit bezogen, versuchen die Grünen gegenwärtig, den Cleavage argumentativ zu demontieren, um eine Positionierung zu vermeiden, die sie zwangsläufig in die eine oder andere Ecke stellen würde. Dies ist das spezifische Dilemma der Grünen innerhalb des für sie eigentlich so entscheidenden Politikfelds. Eine klare Positionierung zugunsten der Nachhaltigkeit würde als ein Zurückfallen in alte Muster gedeutet werden, ein Bekenntnis zum Primat des Wachstums als endgültige Anpassung an die etablierten Parteien.

Innerhalb der wirtschaftlichen Systemfrage beenden die Grünen mit dem Grundsatzprogramm von 2002 ihr programmatisches Vakuum. Sie vertreten fortan das Konzept des Ordoliberalismus der Freiburger Schule. Insbesondere den zweiten Grundsatz Walter Euckens, den er 1952 in seiner Schrift „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ formuliert, haben die Grünen bei der Formulierung ihrer Politik verinnerlicht: „Die wirtschaftspolitische Tätigkeit des Staates sollte auf die Gestaltung der Ordnungsformen der Wirtschaft gerichtet sein, nicht auf die Lenkung der Wirtschaftsprozesse.“⁷⁶

Der Ökonom und finanzpolitische Sprecher der grünen Bundestagsfraktion Gerhard Schick, bekennt sich in seiner 2014 erschienen Monografie explizit zu diesem Grundsatz Euckens und skizziert eine grüne Wirtschaftspolitik, die sich an unternehmerischer Dynamik, dezentralen Ordnungssystemen und qualitativem Wachstum orientiert.⁷⁷ Er plädiert dabei dafür, die ursprüngliche Intention Euckens stärker in den Blick zu nehmen: Die Konstruktion einer normativen Ordnung, die zum Wohle der Menschen beitrage und in der sich die wohlfahrtssteigernden Effekte der Marktwirtschaft durch staatliche Regel- und Rahmensetzungen zum Nutzen der Gemeinschaft entfalten könnten.

Die Entscheidung der Grünen, ihre wirtschaftspolitischen Paradigmen auf diese Weise vollständig neu auszurichten, ist eine logische Konsequenz, die sich aus der Geschichte der Partei heraus ergibt. Ebenso wie der Ordoliberalismus als systemischer Kompromiss zwischen liberaler Marktwirtschaft und Planwirtschaft angesehen werden kann, ist die Entscheidung der Grünen ein Kompromiss zwischen den unterschiedlichen Strömungen innerhalb der Partei, die aufgrund ihrer unterschiedlichen Herkunft, aus der außerparlamentarischen Bewegung Westdeutschlands und aus der BürgerInnenbewegung Ostdeutschlands, beide Extreme radikal ablehnen. Die Ökologisierung der Wirtschaft soll sich durch die Setzung

⁷⁶EUCKEN, Walter / EUCKEN, Edith / HENSEL, K. Paul (1990): Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Tübingen⁶, S. 336.

⁷⁷Vgl.: SCHICK, Gerhard (2014): Machtwirtschaft – nein danke! – Für eine Wirtschaft, die uns allen dient. Frankfurt/Main, S. 145–161.

eines gesetzlichen Ordnungsrahmens vollziehen. In diesem Zusammenhang spielt beispielsweise die ökologische Steuerreform eine entscheidende Rolle. Innerhalb dieses Rahmens soll jedoch die Eigenverantwortung gestärkt werden. Ordnungspolitik und Eigenverantwortung stehen konträr zu den einstigen Grundpfeilern grüner Politik: sozialer Bewegungsgedanke und staatliche Interventionspolitik. Dazu bemerkt das Programm:

„Deshalb setzen wir einerseits auf einen demokratisch verantworteten Ordnungsrahmen und andererseits auf ökologische Information und Bildung, auf ökonomische Anreize für umweltfreundliche Techniken und Produkte sowie auf Vereinbarungen mit der Industrie. [...] Innerhalb dieses ökologischen Zielkorridors soll sich die wirtschaftliche Dynamik entfalten können.“⁷⁸

Der Begriff des Ordnungsrahmens nimmt im Programm eine zentrale Stellung ein. Gleichzeitig wird die Eigenverantwortung sowohl von Individuen als auch von Unternehmen stark hervorgehoben. Dabei wird Ökologie nicht nur durch staatliches Handeln erzeugt, sondern in erster Linie durch die Förderung eines ökologischen Lebensstils. Ganz im Gegensatz zur staatlichen Verbotspolitik, die die Grünen in ihrem Programm von 1980 vertraten, ist der Gedanke des Liberalismus stark herausgearbeitet:

„Es geht uns um die Förderung der zivilen Gesellschaft mit Mitteln des Staates bei gleichzeitiger Begrenzung des Staates. Das unterscheidet uns von staatssozialistischen, konservativen wie marktliberalen Politikmodellen.“⁷⁹

Ganz so deutlich wie hier behauptet wird, ist die Abgrenzung gegenüber „konservativen“ Politikmodellen jedoch nicht. Schließlich sind die ordoliberalen Grundsätze, die die Grünen vertreten, auch Grundlage des Prinzips der „sozialen Marktwirtschaft“, das unverkennbar seit den Zeiten Ludwig Erhards zum politischen Repertoire der Union gehört. Diese wiederum hat den ökologischen Gedanken längst in die Formulierung ihrer politischen Ziele mit eingebunden. So lassen sich beispielsweise im Grundsatzprogramm der CDU von 2007 Formulierungen finden, die denen im Programm der Grünen auf verblüffende Weise ähneln:

„Besonders in einer Zeit, in der die Grenzen der ökologischen Belastbarkeit der Erde immer deutlicher werden, gilt: Nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum ist nur

⁷⁸Bündnis 90/Die Grünen (2002): Die Zukunft ist grün, S. 26f.

⁷⁹Bündnis 90/Die Grünen (2002): Die Zukunft ist grün, S. 43.

unter Berücksichtigung des Umwelt- und Klimaschutzes möglich. [...] Aus diesem Grunde setzen wir uns für eine ökologische und soziale Marktwirtschaft ein, die mit verstärkter Forschung und Entwicklung, gezielten Anreizsystemen und Förderprogrammen sowie einem umweltorientierten ordnungspolitischen Rahmen vorgegebene Umweltziele verfolgt.“⁸⁰

Auch wenn natürlich festgehalten werden muss, dass der Gedanke ökologischen Wirtschaftens bei der CDU bei weitem nicht die prominente Stellung einnimmt wie bei den Grünen, bleiben die Aussagen rein qualitativ betrachtet identisch: Ökologie und Nachhaltigkeit sind normative Zielsetzungen, die mit Mitteln einer ordoliberalen Wirtschaftspolitik verwirklicht werden sollen.

2.2.2 „Es gibt keinen Gegensatz“ – Die Symbiose von Nachhaltigkeit und Wachstum

Die Demontage des Konflikts zwischen wirtschaftlichem Wachstum und Nachhaltigkeit schreitet in den beiden Bundestagswahlprogrammen der Grünen von 2009 und 2013 weiter voran. Während das Grundsatzprogramm von 2002 noch konstatiert: „Wir nehmen Abstand von unkritischem Fortschrittsglauben, sei er sozialistischer, sei er kapitalistischer Ausprägung“⁸¹, wird in der Folgezeit der wirtschaftliche Fortschrittsgedanke geradezu zum Gravitationszentrum der politischen Ideologie der Grünen. Er zeigt sich in der immer wiederkehrenden Betonung des Automatismus zwischen Ökologisierung der Gesellschaft und wirtschaftlichem Aufschwung. Ökologie wird somit zum Katalysator einer gesellschaftlichen Modernisierungstheorie. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat indes dazu geführt, dass das ordoliberale Modell mit Akzenten einer keynesianischen Interventionspolitik versetzt wurde. Der 2009 eingeführte Begriff: „Green New Deal“⁸² weckt Assoziationen zur Wirtschaftskrise Ende der zwanziger Jahre und dem damit verbundenen Paradigmenwechsel in der US-Wirtschaftspolitik unter der Regierung F. D. Roosevelts. Dabei soll ein Investitionspaket, das auf ökologische Anreize abzielt, nicht weniger als eine Million

⁸⁰CDU (2007): Freiheit und Sicherheit – Grundsätze für Deutschland. Berlin, S. 75.

⁸¹Bündnis 90/Die Grünen (2002): Die Zukunft ist grün, S. 10.

⁸²Bündnis 90/Die Grünen (2009): Der Grüne neue Gesellschaftsvertrag – Bundestagswahlprogramm 2009. Berlin, S. 24ff.

neuer Arbeitsplätze schaffen.⁸³ Das Bundestagswahlprogramm von 2013 schließlich setzt den historischen Vergleich noch eine Stufe höher an und kündigt „eine dritte – eine grüne – industrielle Revolution“⁸⁴, sowie „ein neues Gründerzeitalter“⁸⁵ an. Anders als diese rhetorischen Superlative es erwarten ließen, stellt der Katalog der politischen Maßnahmen keine Zäsur dar. Das Plädoyer für den Ordoliberalismus fällt deutlicher denn je aus:

„Unternehmen sind Akteure des Wandels. [...] Während ein ökologischer und sozialer Ordnungsrahmen Anreize für eine nachhaltige Entwicklung setzt und öffentliche Investitionen die Infrastrukturen schaffen, wird grüne Industriepolitik den Wandel in den einzelnen Branchen moderieren.“⁸⁶

Die Vorstellung, die Krisen geplagte Marktwirtschaft könne sich an der Öko-Technologie gesundstoßen und eine erneute industrielle Revolution auslösen, an deren Ende Vollbeschäftigung und eine ökologisch nachhaltige Gesellschaft stünden, trägt nicht weniger den Charakter einer gesellschaftlichen Utopie als das einstige Leitbild des „Öko-Sozialismus“. Man könnte also in Umkehrung dieses von Jürgen Falter eingeführten Begriffs von einer Phase des „Öko-Kapitalismus“ sprechen.⁸⁷ Nach der ideologischen Vakanz der Grünen im Zuge der deutschen Wiedervereinigung zwischen 1993 und 2002 verfestigt sich seit nunmehr zehn Jahren erneut ein in sich geschlossenes und theoretisch unterfüttertes Gesamtbild grüner Politik. Dies geschieht jedoch auf Kosten einer vollständigen Negierung des ökologischen Konflikts. Das aktuelle Wahlprogramm macht dies deutlicher als je zuvor, wenn es festhält: „Es gibt keinen Gegensatz zwischen Wertschöpfung und ökologischer und sozialer Verantwortung.“⁸⁸

Was die öffentlichkeitswirksame Darstellung ihrer ökologischen Zielsetzung angeht, sind die Grünen nach wie vor keine Partei der leisen Töne. Die aktuell

⁸³Ebda.: S. 29.

⁸⁴Bündnis 90/Die Grünen (2013): Zeit für den Grünen Wandel – Teilhaben, Einmischen, Zukunft schaffen. Bundestagswahlprogramm 2013. Berlin, S. 22.

⁸⁵Ebda.: S. 49.

⁸⁶Ebda.

⁸⁷Vgl.: ZION, Robert (2007): Ja, uns gibt es tatsächlich – Crossover-Prozess, Bei den Grünen stehen dafür ein Fundus an programmatischen Ideen und bald eine neue Generation bereit. In: Der Freitag/05.10.2007, S. 6.

⁸⁸Bündnis 90/Die Grünen (2013): Zeit für den Grünen Wandel, S. 49.

formulierten ökologischen Ziele sind nicht weniger ambitioniert als in den Anfangsjahren. Die Untersuchung anhand der zu Anfang formulierten Kriterien Hurrelmanns ergibt jedoch ein ambivalentes Bild. Qualitativ betrachtet ist innerhalb des Konflikts um Nachhaltigkeit und wirtschaftlichem Wachstum keine spezifisch grüne Position zu erkennen. Während sie zu Beginn ihrer Parteigeschichte wirtschaftliche Wachstumslogik und ökologisches Bewusstsein als unvereinbare Gegensätze beschrieben und sich klar zu letzterer bekannten, hat der innerparteiliche Evolutionsprozess diese Einstellung ins Gegenteil verkehrt. Wachstum und Nachhaltigkeit werden nicht nur für grundsätzlich vereinbar gehalten, die Symbiose beider Ziele bildet nunmehr den Kern der politischen Ideologie der Grünen im 21. Jahrhundert. Die inhaltliche Differenz zu den anderen Parteien, insbesondere der CDU, ist kaum mehr zu erkennen. Der ökologische Gedanke ist längst kein Alleinstellungsmerkmal der Grünen mehr, da er mittlerweile von den meisten Parteien übernommen wurde. Gleichzeitig übernehmen die Grünen mit dem Ordoliberalismus jenes wirtschaftspolitische Ordnungsprinzip, das die CDU seit Jahrzehnten mit Erfolg für sich beansprucht. Die beiden Parteien haben sich auf halbem Wege getroffen und formulieren ihre ökologische Policy nahezu identisch.

Es fällt jedoch auf, dass es den Grünen gelingt, trotz Fehlen eines grundsätzlich alternativen Konzepts, die Themen Nachhaltigkeit und Ökologie nach wie vor für sich zu beanspruchen. Das liegt zum einen daran, dass sie zurecht als die Urheber des ökologischen Diskurses im deutschen Parteiensystem gelten, also als jene Partei, die den Cleavage wirtschaftliches Wachstum vs. Nachhaltigkeit in die deutschen Parlamente trug.

Zum anderen ist die quantitative Gewichtung des Themas innerhalb des politischen Gesamtkonzepts ausschlaggebend. Während CDU und SPD die Ökologie als eher peripheres Thema behandeln, ist sie im Programm der Grünen der alles bestimmende Leitgedanke. Alle anderen Themen werden vornehmlich hinsichtlich ihrer Schnittmengen mit den ökologischen Wertevorstellungen diskutiert. Ökologie und Nachhaltigkeit stehen auch im Zentrum der Werbekampagnen der Partei, die durch einen hohen Grad an Professionalität geprägt sind. Wie erfolgreich die Grünen das Image der Öko-Partei behaupten, zeigt exemplarisch ein Blick auf die Kompetenzwerte, die den deutschen Parteien beim Thema Energiepolitik zugesprochen werden (siehe Abbildung 2.1): Ihre fehlende inhaltliche Trennschärfe scheint den Grünen zumindest derzeit nicht zum Verhängnis zu werden. Sie bekommt die gleichen Kompetenzwerte zugesprochen wie die Volksparteien. Dabei sind die Kompetenzwerte weit überproportional zur allgemeinen Zustimmung der Befragten. Noch viel deutlicher fallen die Kompetenzwerte zum Thema Umweltpolitik

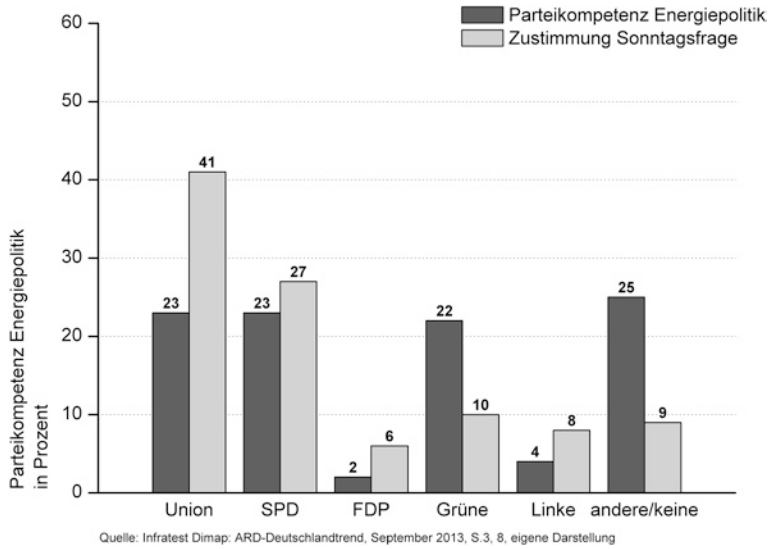


Abbildung 2.1 Parteienkompetenz Energiepolitik (Infratest Dimap 2013)

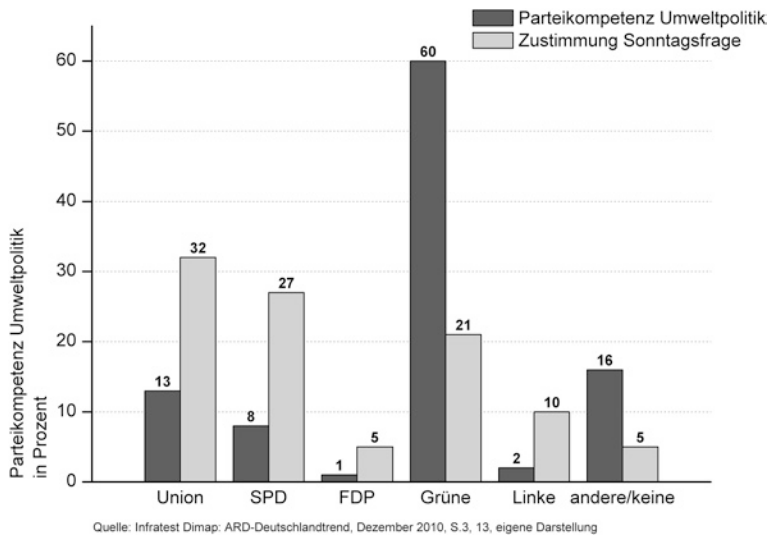
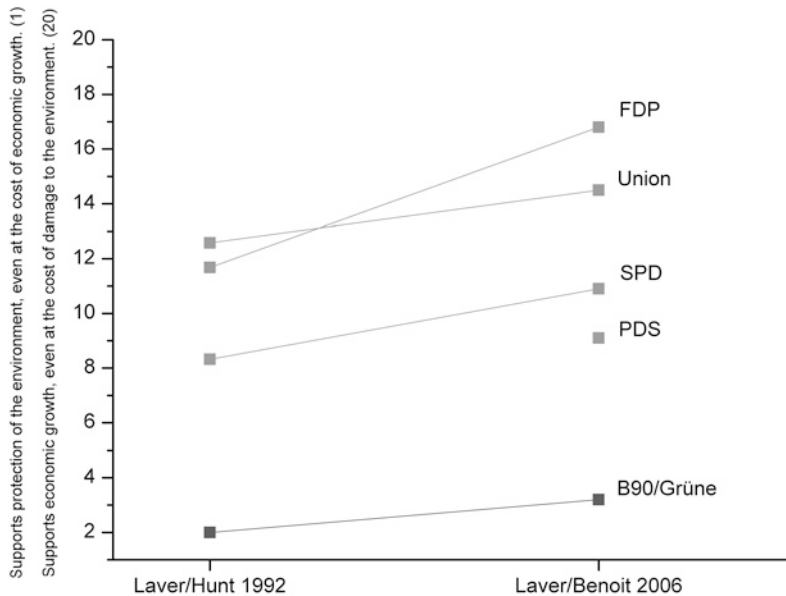


Abbildung 2.2 Parteienkompetenz Umweltpolitik (Infratest Dimap 2010)



Quelle: Laver, Michael / Hunt, W. Ben (1992): Policy and party competition, New York, S. 124.

Benoit, Kenneth / Laver, Michael (2006): Party policy in modern democracies, London/New York, S. 168ff, eigene Darstellung

Abbildung 2.3 Die Einstellung deutscher Parteien zur Ökologie: Ergebnisse zweier Studien von Michael Laver

aus. (siehe Abb. 2.2)⁸⁹ Hier lassen die Grünen alle anderen Parteien klar hinter sich. Diese Kompetenzzuweisung scheint also bei den WählerInnen überparteilicher Konsens zu sein.

Ähnlich deutlich fällt auch das Ergebnis zweier Cleavage-Studien von Michael Laver aus.⁹⁰ 1992 und 2006 wurden der Versuch unternommen, durch

⁸⁹Die Frage nach der Parteikompetenz in der Umweltpolitik wurde im Rahmen der hier zitierten Umfragerreihe zuletzt im Dezember 2010 erhoben und fällt somit mit einem einmaligen Umfragehoch der Grünen zusammen. Das übermäßig gute Abschneiden der Partei beim Thema Umweltpolitik dürfte demnach auch ein Maximum darstellen, das für die spätere Zeit – zumindest in dieser Höhe – nicht unbedingt repräsentativ ist.

⁹⁰LAVER, Michael / HUNT, W. Ben (1992): Policy and party competition. New York, S. 124. BENOIT, Kenneth / LAVER, Michael (2006): Party policy in modern democracies. London, New York, S. 168ff.

ExpertInneninterviews die Policy deutscher Parteien anhand einer Zwanzig-Punkte-Skala darzustellen, deren Extreme im Falle des Cleavages „Environment“ wie folgt definiert sind: [1] „[The party] supports protection of the environment, even at the cost of economic growth.“ [20] „[The party] supports economic growth, even at the cost of damage to the environment.“ Wenngleich ein allgemeiner Trend in Richtung einer stärkeren Wachstumsorientierung zu erkennen ist, deuten die von Laver erhobenen Daten darauf hin, dass die Grünen sich innerhalb des ökologischen Cleavages weit abseits des übrigen Parteienspektrums positionieren (siehe Abbildung 2.3).

Fasst man die Ergebnisse der qualitativen und der quantitativen Analyse zusammen, so lassen sich in Anlehnung an die eingangs definierten Kriterien drei Ergebnisse formulieren, die die ambivalente Stellung der Grünen innerhalb des ökologischen Konflikts zusammenfassen:

- ▶ *Erstens:* Die Policy einer ökologischen Modernisierung der Gesellschaft durch marktwirtschaftlichen Anreiz innerhalb eines ordoliberalen Grundrahmens stellt keine „spezifisch grüne“ Position dar. Aus rein qualitativer Sicht existiert folglich kein Alleinstellungsmerkmal.
- ▶ *Zweitens:* Die Grünen beherrschen jedoch eine äußerst erfolgreiche kommunikative Strategie, die die Aufhebung der Dialektik zwischen den Normen Wachstum und Nachhaltigkeit verspricht und deren Symbiose zum Kerngedanken grüner Politik erhebt. Die besondere Betonung ökologischer Themen im politischen Diskurs stellt zumindest ein quantitatives Alleinstellungsmerkmal der Grünen dar.
- ▶ *Drittens:* In der öffentlichen Rezeption werden die Grünen definitiv als Träger eines exzeptionellen ökologischen Konzepts angesehen, unabhängig davon, dass ihre Policy-Formulierungen dafür wenig Anhaltspunkte geben. Die absolute Mehrheit der deutschen Bevölkerung schreibt ihnen die höchsten Kompetenzen zu, wenn es um die Lösung von Umweltfragen geht.

2.3 Wer zu spät kommt, ...Die Grünen und die soziale Frage

Im Gegensatz zum eben beschriebenen ökologischen Konflikt, der als relativ neuer Konflikt gelten kann, ist der soziale Konflikt in Deutschland ein alter Bekannter. Er wird von Lipset und Rokkan als Konflikt „Owners vs. Worker“ beschrieben und ist das Resultat der sozialen Umwälzungen im Zeitalter der Industrialisierung. Die

Zuordnung der Konfliktparteien erscheint sehr viel einfacher und intuitiver, als beim ökologischen Konflikt. Auf der einen Seite stehen die BesitzerInnen der Produktionsmittel („owners and employers“), auf der anderen Seite diejenigen, die nur ihre Arbeitskraft besitzen und in einem Verhältnis der Abhängigkeit zu ersteren stehen („tenants, laborers, workers“).⁹¹ Dieser Klassenkonflikt ist für die Entstehung fast aller Parteiensysteme Europas prägend. Juan J. Linz, der in Lipsets und Rokkans Hauptwerk eine Untersuchung des westdeutschen Parteiensystems beisteuert, bemerkt 1967: „The main cleavages of West German politics run along class lines [...]“⁹², fügt jedoch sogleich hinzu, dass die Zuordnung der WählerInnen rein nach Klassenzugehörigkeit in Deutschland nicht gelinge. Er spricht von einem gesellschaftlichen Konsens über gewisse Cleavage-Grenzen hinweg und von einem System zentripetalen Konsens: „Industrialization, prosperity, and a competent, universalistic bureaucracy have transformed problems that in other societies are political into administrative ones, with the consequent lowering of political temperature.“⁹³ Dennoch entfaltet der Konflikt bis heute seine Wirkung auf das deutsche Parteiensystem. Er kann in seiner heutigen Ausprägung umschrieben werden als:

► Marktliberalismus vs. Sozialstaatlichkeit.

Dieser Konflikt unterscheidet sich vom ursprünglichen Konflikt „owners vs. workers“ in zwei Punkten. Zum ersten in der Frage des „issue“. Lipset und Rokkan beschrieben diesen aus einem engen Kontext revolutionärer Bestrebungen im frühen 20. Jahrhundert heraus („Integration into national polity vs. commitment to international revolutionary movement“⁹⁴). Davon kann heute nicht die Rede sein. Der Konflikt hat vielmehr die Frage zum Inhalt, ob, wie weit, mit welchen Mitteln und nach welchen Kriterien das wirtschaftliche Produkt der Gesellschaft von staatlicher Seite an die einzelnen Gruppen umverteilt werden soll.⁹⁵ Ausgetragen wird dieser Konflikt innerhalb dreier politischer Komplexe: Erstens in der Frage des strukturellen Designs des Wohlfahrtsstaates, zweitens in der Frage der Finanzierung des Gemeinwesens, also der Struktur der Steuer- und Ausgabenpolitik und drittens in der Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik.

⁹¹LIPSET, Seymour / ROKKAN, Stein (1967): An Introduction, S. 10f.

⁹²LINZ, Juan J. (1967): Cleavage and Consensus in West German Politics, S. 286.

⁹³Ebda.: S. 284.

⁹⁴LIPSET, Seymour / ROKKAN, Stein (1967): An Introduction, S. 47.

⁹⁵Zum Wandel des Ökonomischen Konflikts in modernen siehe: MIELKE, Gerd (2001): Gesellschaftliche Konflikte und ihre Repräsentation in modernen Parteiensystemen, S. 89f.

Vgl. Kap 3.2.2.

Daran schließt sich aktuell die Frage an, ob die Globalisierung dem Staat Sachzwänge auferlegt, die seine Fähigkeit, soziale Umverteilung zu betreiben grundsätzlich beschränken und der Staat auf diese Sachzwänge mit allgemeiner Liberalisierung der Märkte reagieren muss. Diese Überlegungen führten ab der Mitte der neunziger Jahre zu einer Dominanz liberaler Wirtschaftspolitik in Europa. Bezeichnenderweise fällt diese Phase mit einer Phase sozialdemokratischer Dominanz zusammen. Zu Beginn des Jahres 2000 regierten in elf von 15 Mitgliedsstaaten der EU sozialdemokratische Parteien. In zumindest drei Ländern werden sozialdemokratische Regierungen von KritikerInnen der liberalen Politik explizit für massive Einschnitte in den Sozialstaat verantwortlich gemacht: Ab 1997 die Regierung Blairs in Großbritannien, ab 1998 die Regierung Schröders in Deutschland und ab 2004 die Regierung Zapateros in Spanien. Mit einigen Abstrichen gilt dies auch für die Cohabitations-Regierung Jospins in Frankreich ab 1997. Diese Entwicklung dokumentiert den zweiten Unterschied gegenüber dem ursprünglichen Cleavage: Die Eruption der sich einst klar abzeichnenden Trennlinie innerhalb des Konfliktes zwischen Konservatismus und Sozialdemokratie. Der Wandel betrifft vor allem die linke Seite des Parteienspektrums. Ulrich Eith bemerkt: „Während die bürgerlich-konservativen Parteien nach wie vor zumeist wirtschaftsliberale Positionen besetzen, vollzogen die Sozialdemokraten die programmatische Erneuerung – von dem früher bevorzugten umfassenden Wohlfahrtsstaat hin zu stärker marktorientierten Sozialstaatsmodellen – unter teils großen innerparteilichen Auseinandersetzungen.“⁹⁶ Herbert Kitschelt sieht die europäische Sozialdemokratie gar in einem grundsätzlichen Dilemma gefangen, wenn sie versucht ein Politikkonzept zu vermitteln, das Wachstums- und Umverteilungspolitik gleichermaßen verwirklichen will:

„In substantive terms, if social democracy has the fundamental objective of moderating wage earners' exposure to market risks (due to sickness, old age, unemployment) and engineering significant income redistribution toward the less fortunate in society, while promoting economic growth, then the strategic opportunities for such policies have dramatically changed [...].“⁹⁷

Die SPD scheint in eben diesem Dilemma gefangen zu sein. Seit Jahren versucht die Partei, die Forderungen nach sozialer Erneuerung und wachstumsorientierter Politik in einem Gesamtkonzept zu vereinen, was die WählerInnen aber bislang

⁹⁶EITH, Ulrich (2001): Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme, S. 322–335, 325.

⁹⁷KITSCHOLT, Herbert (Hg.) (1999): Continuity and change in contemporary capitalism. Cambridge [etc.], S. 317.

nicht überzeugt hat. Seit 1998 hat die Partei zudem über ein Drittel ihrer Mitglieder verloren.⁹⁸ Gleichzeitig ist mit der Partei Die Linke ein neuer parteipolitischer Akteur entstanden, der sich explizit globalisierungs- und wachstumskritisch gibt und jene klassischen Positionen innerhalb des Cleavages Marktliberalismus vs. Sozialstaatlichkeit einnimmt, die die SPD derzeit nicht besetzt.

Wenngleich sich die Ausrichtung grüner Sozialpolitik im Laufe der Parteigeschichte verändert hat, bleibt eine wichtige Beobachtung langfristig konstant: Die soziale Frage wird in erster Linie in Abhängigkeit der ökologischen Frage diskutiert. Schon im Gründungsprogramm ist vermerkt: „Sozial‘ hat vor allem eine ökologische Komponente.“⁹⁹ Im Gegensatz zum Sozialismus klassischer Prägung ist das Ziel grüner Sozialpolitik nicht die paritätische Verteilung des Wirtschaftserzeugnisses nach Maßgaben der Verteilungsgerechtigkeit, sondern die Ausstattung des Einzelnen mit kulturellen Gütern auf Grundlage der Bedürfnisgerechtigkeit. Bildung und ein gesundes, die Verwirklichung des Individuums förderndes Lebensumfeld stehen dabei im Mittelpunkt. Reiner Berger bemerkt: „Die Grünen berufen sich nicht auf eine sozialistische Tradition, genaugenommen berufen sie sich auf keine der parlamentarisch-politischen Traditionen in Deutschland“.¹⁰⁰

Das führt dazu, dass es den Grünen schwerer fällt, innerhalb des Cleavages um marktwirtschaftliche und sozialstaatliche Ausrichtung eine spezifische Position zu beziehen, als jenen Parteien, die aufgrund ihrer Geschichte Produkte eben dieses Konflikts sind. Auch wenn während der Gründungszeit der Grünen durchaus starke sozialistische Tendenzen zu erkennen waren, reichte es doch nicht zur Formulierung eines in sich geschlossenen sozialpolitischen Gesamtkonzepts. Joachim Raschke macht dafür die Heterogenität der Einzelforderungen der verschiedenen Gruppen verantwortlich: „Der Protest trug ebenfalls die Farbe ‚rot‘. [...] In die Gemengelage des Protests mischten sich also auch marxistische, leninistische, maoistische, trotzkistische, links-sozialistische (z. T. auch SPD-Dissidenten), anarchistische, spontaneistische Strömungen. [...] Was [die Grünen] in der Breite stärkt, schwächt sie in der Tiefe und Verbindlichkeit des internen Diskurses.“¹⁰¹

⁹⁸Vgl.: NIEDERMAYER, Oskar (2013): Parteimitglieder in Deutschland – Version 2012 – Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 20. Berlin.

⁹⁹Die Grünen (1980): Das Bundesprogramm, S. 5.

¹⁰⁰BERGER, Rainer (1995): SPD und Grüne: Eine vergleichende Studie ihrer kommunalen Politik – Sozialstrukturelle Basis, programmatische Ziele, Verhältnis zueinander. Opladen, S. 150.

¹⁰¹RASCHKE, Joachim (1991): Krise der Grünen – Bilanz und Neubeginn, S. 20f.

Das politische Spektrum der Grünen war so breit, dass die Formulierung eines demokratischen Sozialismus von mehreren Seiten verhindert wurde. Die marxistisch-maoistische Linke suchte die Verwirklichung ihrer Ziele in der Revolution und war folglich nicht bereit, Positionen zu beziehen, die den Parlamentarismus und dessen Konfliktkonstellation als Operationswirklichkeit anerkannten. Der konservative Flügel der Partei lehnte den Sozialismus ohnehin zur Gänze ab. Den Sozialismus als „Öko-Sozialismus“ neu zu erfinden stellte somit den gemeinsamen Nenner der jungen Partei dar und ist gleichsam der grüne Fluchtpunkt aus dem programmatischen Dilemma. Die Uneinigkeit der Grünen hinterließ jedoch große programmatische Lücken, die erst langsam und unter großem innerparteilichem Konflikt gefüllt werden konnten.

2.3.1 Steuerpolitik

Im Gründungsprogramm ist unter Kap. 5: „Steuern, Währung, Finanzen“ lediglich vermerkt: „Dieser Programmpunkt wird noch überarbeitet.“¹⁰² Eine Überarbeitung des Programms wurde jedoch bis zur Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms 2002 nicht vorgenommen.¹⁰³ Dies mag als Indiz dafür gelten, dass dieses Thema von Anfang an keine große Priorität besaß.

Betrachtet man den Zeitraum der letzten 15 Jahre fällt auf, dass die steuerpolitischen Forderungen der Grünen mit denen der SPD nahezu deckungsgleich sind. Dies soll hier exemplarisch beim Thema Spitzensteuersatz in der Einkommenssteuer gezeigt werden. Die Frage nach dem Satz, mit dem die Reichsten einer Gesellschaft besteuert werden sollen, ist in den vergangenen Jahren zunehmend in den Mittelpunkt des politischen Diskurses getreten und wird oftmals als Indikator für die soziale Ausrichtung einer Partei angesehen. Umfragen der *Forschungsgruppe Wahlen* ergeben, dass zwei Drittel der Deutschen Bevölkerung (West: 63,6%, Ost: 71,5%) eine Erhöhung dieses Satzes fordern.¹⁰⁴ Abbildung 2.4

¹⁰²Die Grünen (1980): Das Bundesprogramm, S. 9.

¹⁰³Das Archiv der Heinrich-Böll-Stiftung hat dies auf Anfrage bestätigt.

¹⁰⁴Vgl.: BERGER, Manfred / JUNG, Matthias / ROTH, Dieter (2013): Politbarometer West 2011 (Kumulierter Datensatz inkl. Kurzbarometer) – GESIS Datenarchiv, ZA5633 Datenfile Version 1.1.0, doi:10.4232/1.11508. Köln.

BERGER, Manfred / JUNG, Matthias / ROTH, Dieter (2013): Politbarometer Ost 2011 (Kumulierter Datensatz inkl. Kurzbarometer) – GESIS Datenarchiv, ZA5632 Datenfile Version 1.2.0, doi:10.4232/1.11615. Köln.

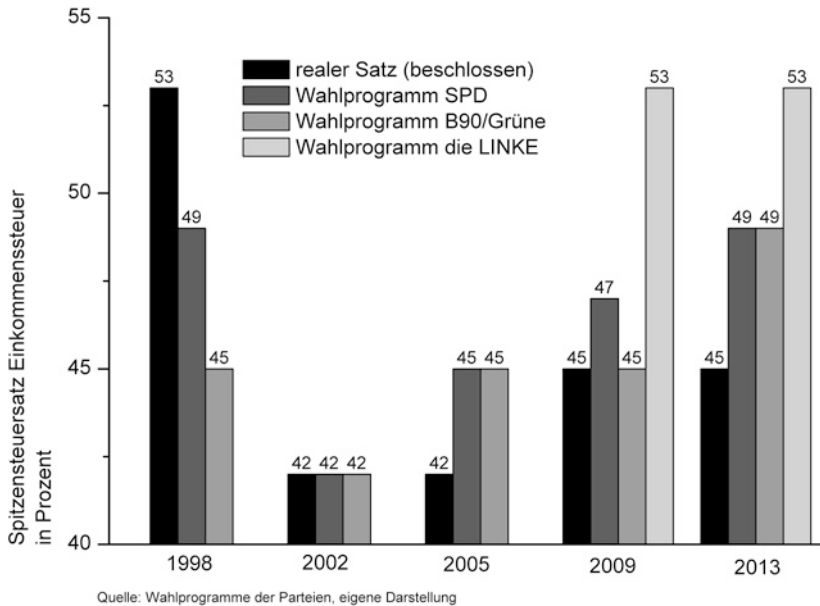


Abbildung 2.4 Spitzensteuersatz in den Wahlprogrammen der Parteien (BTW 1998–2013)

zeigt den jeweils realen Spitzensteuersatz¹⁰⁵ und die Forderungen der Parteien, wie sie dem im jeweiligen Wahljahr verabschiedeten Bundestagswahlprogramm entnommen sind. Dabei zeigt sich, dass die Grünen zumeist den gleichen oder einen geringeren Spitzensteuersatz fordern als die SPD. Der Trend ist dabei derselbe. Im Vorfeld der Bundestagswahl forderten beide Parteien im Rahmen einer umfassenden Steuersenkung auch eine deutliche Senkung des Spitzensteuersatzes von 53 Prozent während der Regierung Kohls auf 49 Prozent (SPD) und 45 Prozent (B90/die Grünen). Im Koalitionsvertrag wurden 45 Prozent vereinbart. Gesenkt wurde der Spitzensteuersatz schließlich nach Einigung im Vermittlungsausschuss auf 42 Prozent. Danach sahen beide Parteien 2002 keine Notwendigkeit, den Spitzensteuersatz weiter zu verändern. 2005 vollzogen SPD und Grüne gemeinsam die Wende und kehrten, wenn auch zaghaft, zu ihrer traditionellen Forderung nach höherer Besteuerung hoher Einkommen zurück. Es wurde eine

¹⁰⁵Jeweils nach Beschlusslage, nicht nach Vollzug der Reform. Die in der Steuerreform von 2000 beschlossenen Senkungen vollzogen sich in drei Stufen bis zum Jahr 2005.

Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 45 Prozent vorgeschlagen.¹⁰⁶ Dieser Vorschlag wurde 2007 von der großen Koalition umgesetzt. Im Wahljahr 2013 trafen sich SPD und Grüne schließlich wieder bei der Forderung nach einen Spitzensteuersatz von 49 Prozent.

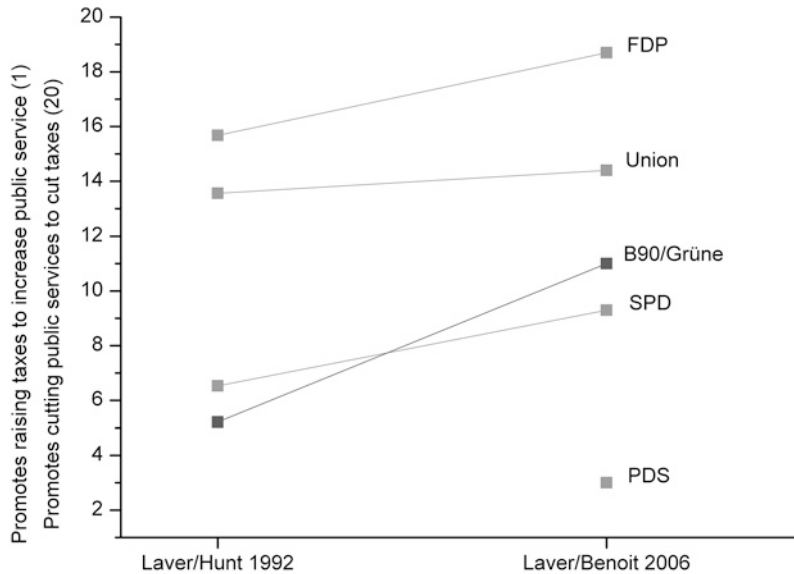
Die sozialliberale Steuerreform der rot-grünen Regierung begrenzt dabei den Handlungsspielraum beider Parteien. Während um die Jahrtausendwende in fast ganz Europa ein überparteilicher Konsens über eine marktwirtschaftlich geprägte Modernisierung der Sozialsysteme bestand, wurde dieser im Zuge der Finanz- und Währungskrisen der letzten Jahre zum Teil aufgekündigt. Der traditionelle Konflikt um marktwirtschaftliche oder soziale Ausrichtung besitzt wieder ein stärkeres Polarisierungspotential. Ohne sich von den eigenen Regierungsentscheidungen zu distanzieren, ist eine Rückbesinnung auf Forderungen nach einem starken, umverteilenden Staat mit hoher Staatsquote aber nur latent und innerhalb des selbst gesetzten Bezugsrahmens möglich. Die Forderungen der letzten Jahre sind als Reform der Reform zu verstehen, nicht als grundsätzliche Neupositionierung innerhalb des sozialen Cleavages. Im linken Parteienspektrum vertritt lediglich die Linke eine vollständige Revision der rot-grünen Steuerreform aus dem Jahr 2000. Sie fordert eine Rückkehr zum Spitzensteuersatz der Kohl-Regierung. Entscheidend ist jedoch, dass die Grünen in Sachen Steuerpolitik kaum spezifische Positionen beziehen, die über die der SPD hinausgehen. Dies bestätigt auch die Untersuchung von Michael Laver, der die Grünen innerhalb des Cleavages „taxes vs. spending“¹⁰⁷ zwischen den beiden Großparteien verortet (Abbildung 2.5).

Betrachtet man die Kompetenzwerte der deutschen Parteien beim Thema Steuerpolitik (Abbildung 2.6), so fällt auf, dass die Grünen als fast kompetenzfrei gelten. Bei zehn Prozent Grünen-WählerInnen in derselben Stichprobe bedeutet dies, dass mehr als die Hälfte der eigenen WählerInnen der Partei nicht die höchste Kompetenz zuschreiben. Dies hat zwei Gründe: Zum einen das Fehlen eines steuerpolitischen Konzepts, das ein spezifisch grünes Alleinstellungsmerkmal gegenüber dem designierten Partner SPD darstellen könnte, zum anderen die fehlende sozialdemokratische Tradition und das damit verbundene soziale Image.

¹⁰⁶Allerdings nicht als Erweiterung der allgemeinen Progression, sondern als zusätzliche Schwelle für SpitzenverdienerInnen ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von € 200.000 (in der Öffentlichkeit als „Reichensteuer“ bezeichnet).

¹⁰⁷Laver, Michael / Hunt, W. Ben (1992): Policy and party competition, S. 124.

Benoit, Kenneth / Laver, Michael (2006): Party policy in modern democracies, S. 168ff.



Quelle: Laver, Michael / Hunt, W. Ben (1992): Policy and party competition, New York, S. 124.

Benoit, Kenneth / Laver, Michael (2006): Party policy in modern democracies, London/New York, S. 168, ff, eigene Darstellung

Abbildung 2.5 Die Einstellung deutscher Parteien zum Thema Steuern und Ausgaben: Ergebnisse zweier Studien von Michael Laver

2.3.2 Arbeitsmarktpolitik

Im Gegensatz zur Steuerpolitik positionieren sich die Grünen beim Thema Arbeitsmarktpolitik von Anfang an. Die Forderungen im Gründungsprogramm sind von klassenkämpferischer Rhetorik getragen. Dabei stellt die schon erwähnte Zerschlagung von „Großkonzernen“ und deren Selbstverwaltung durch „Wirtschafts- und Sozialräte“ sicherlich die weitestgehende Forderung dar.¹⁰⁸ Ebenso fordern die Grünen die Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, die Verkürzung der Lebensarbeitszeit, sowie eine massive Ausdehnung der

¹⁰⁸Die Grünen (1980): Das Bundesprogramm, S. 8.

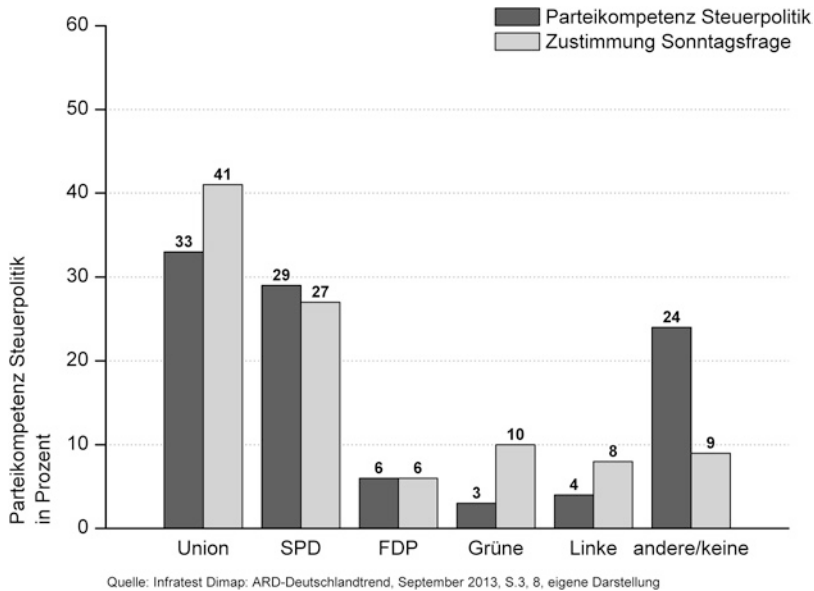


Abbildung 2.6 Parteikompetenz Steuerpolitik (Infratest Dimap 2013)

Befugnisse der ArbeitnehmerInnenvertretungen.¹⁰⁹ Diese Forderungen ließen die Grünen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik deutlich als systemische Alternative zu allen anderen Parteien erscheinen.

Diese überdeutliche Positionierung wird im Zuge der Neuorientierung auf den ordoliberalen Leitgedanken revidiert. Fortan lassen sich drei Prinzipien grüner Arbeitsmarktpolitik ausmachen. Zwei davon gehen mit denen der SPD konform:

Das erste ist das klare Bekenntnis zum System der Tarifautonomie. Angemessene Löhne für Beschäftigte sollen durch die Stärkung der gewerkschaftlichen Basis im Tarifkonflikt erreicht werden.¹¹⁰ Um der zunehmenden Erosion

¹⁰⁹Ebda.

¹¹⁰Vgl. Bündnis 90/Die Grünen (2002): Die Zukunft ist grün, S. 47f.

SPD-Parteivorstand (Hrsg.) (2007): Hamburger Programm – Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Berlin, S. 53ff.

des Tarifsystems zu begegnen, fordern SPD und Grüne seit 2005 zusätzlich einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn.¹¹¹ Konkretisiert wird diese Forderung dadurch, dass 2009 erstmals ein Mindestbetrag von € 7,50/Stunde¹¹² genannt und 2013 auf € 8,50¹¹³ erhöht wurde. Da der gesetzliche Mindestlohn mittlerweile durch die große Koalition 2015 eingeführt wurde, ist diese Forderung hinfällig, ebenso die Chance der Grünen, sich damit arbeitsmarktpolitisch zu profilieren.

Das zweite Prinzip, das die Grünen mit der SPD teilen, ist das der Wachstumspolitik. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch wirtschaftliche Anreize nimmt gegenüber der Neustrukturierung der vorhandenen Arbeit eine hervorgehobene Stellung ein. Während im Nachbarland Frankreich als Reaktion auf die Beschäftigungskrise im Jahr 2000 eine gesetzliche 35-Stundenwoche eingeführt wurde, setzte die Koalition aus SPD und Grünen auf eine Liberalisierung des Arbeitsmarkts, um wirtschaftliche Investitionen zu fördern. Auch im Wahljahr 2013 versprechen die Parteien, Arbeitsplätze in erster Linie durch wirtschaftliche Wachstumsimpulse zu schaffen. Unterschiede bestehen dabei in der Gewichtung des ökologischen Gedankens. Die SPD bekennt sich zwar zur „ökologischen Verantwortung“, betont aber zugleich, Deutschland sei ein „Industrieland“ und verspricht die „Schaffung industriefreundlicher Rahmenbedingungen.“¹¹⁴ Bei den Grünen wird die klassische Industrieproduktion ausgeklammert. Ihr Wachstumsmodell beschränkt sich auf die Bereiche Umwelttechnologie (vor allem ökologische Energieerzeugung), Dienstleistungen, Bildung und Kultur.¹¹⁵ Schlagworte wie „Green New Deal“¹¹⁶ oder „Grüne industrielle Revolution“¹¹⁷ sind die medienwirksame Strategie der Vermittlung des Wachstumsgedankens.

¹¹¹Bündnis 90/Die Grünen (2005): Eines für Alle – Das grüne Wahlprogramm 2005. Berlin, S. 30f.

SPD-Parteivorstand (Hrsg.) (2005): Vertrauen in Deutschland – Das Wahlmanifest der SPD. Berlin, S. 34.

¹¹²Bündnis 90/Die Grünen (2009): Der Grüne neue Gesellschaftsvertrag, S. 36.

SPD-Parteivorstand (Hrsg.) (2005): Vertrauen in Deutschland – Das Wahlmanifest der SPD, S. 32.

¹¹³Bündnis 90/Die Grünen (2013): Zeit für den Grünen Wandel, S. 89f.

SPD-Parteivorstand (Hrsg.) (2013): Das Wir entscheidet – Das Regierungsprogramm 2013–2017. Berlin, S. 19.

¹¹⁴Ebda.: S. 26.

¹¹⁵Bündnis 90/Die Grünen (2013): Zeit für den Grünen Wandel, S. 46–68.

¹¹⁶Bündnis 90/Die Grünen (2009): Der Grüne neue Gesellschaftsvertrag, S. 24ff.

¹¹⁷Bündnis 90/Die Grünen (2013): Zeit für den Grünen Wandel, S. 49.

Das dritte Prinzip grüner Arbeitsmarktpolitik ist die Entkopplung der Begriffe Arbeit und Erwerbstätigkeit. Schon in den achtziger Jahren begannen die Grünen den Begriff der Arbeit neu zu diskutieren und auszuweiten. Wie Ludger Volmer in seiner 2009 erschienen Geschichte der Grünen bestätigt, wurde der Diskurs entscheidend von den Ideen des französischen Sozialphilosophen André Gorz geprägt.¹¹⁸ Dieser definiert in seinem Hauptwerk „Métamorphoses du travail“ (dt.: Kritik der ökonomischen Vernunft) den Begriff der Moderne als „eine kulturelle Ausdifferenzierung der Lebenssphären und eine Entzauberung der diesen Sphären entsprechenden Tätigkeiten [...]“.¹¹⁹ Die politische Forderung, die sich aus einer Neudefinition des Arbeitsbegriffs ergibt, ist die, dass alle individuell erbrachten Leistungen, ob vergütet oder nicht, als Arbeit anzusehen und vom Gesetzgeber gleich zu behandeln seien. Dies umschließt Erziehung, Pflege, Ehrenamt, künstlerische Tätigkeiten, etc.

Der Arbeitsbegriff der Grünen unterscheidet sich deutlich von dem der SPD, die bedingt durch ihre Geschichte als Bewegung von IndustriearbeiterInnen, die Begriffe Arbeit und Erwerbstätigkeit weitgehend synonym verwendet. Dies zeigt sich auch in den aktuellen Policy-Formulierungen der Parteien. Obwohl auch die SPD für eine Flexibilisierung der Arbeits- und Lebenszyklen eintritt, bleibt doch die innerhalb eines Lebens geleistete Erwerbsarbeit die entscheidende Größe bei der Bemessung staatlicher Zuwendungen. In ihrem Wahlprogramm von 2009 vertritt die SPD die Idee eines „Lebensarbeitszeitkontos“. So heißt es: „Wir wollen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Wertguthaben ansparen und im Laufe ihres Berufslebens flexibel entnehmen können – für Weiterbildung, Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen.“¹²⁰ Entscheidend ist, dass Phasen ohne Erwerbstätigkeit mit zuvor geleisteter Erwerbstätigkeit verrechnet werden sollen. Die Grünen hingegen verfolgen ein Alternativkonzept. Im aktuellen Grundsatzprogramm wird unter dem Titel „Brücken in den Arbeitsmarkt“ gefordert, soziale Leistungen von der Erwerbstätigkeit zu entkoppeln. Phasen unterschiedlicher Beschäftigung sollen frei kombinierbar sein. „Der Erwerb von sozialen Ansprüchen auch in der Nicht-Erwerbsarbeit ist dabei wichtige Rahmenbedingung.“¹²¹

¹¹⁸Vgl.: VOLMER, Ludger (2009): Die Grünen – Von der Protestbewegung zur etablierten Partei, S. 243.

¹¹⁹GORZ, André (2010): Kritik der ökonomischen Vernunft – Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft. Zürich, S. 25.

¹²⁰SPD-Parteivorstand (2009): Sozial und Demokratisch – Anpacken für Deutschland, Das Regierungsprogramm der SPD. Berlin, S. 35.

¹²¹Bündnis 90/Die Grünen (2002): Die Zukunft ist grün, S. 69.

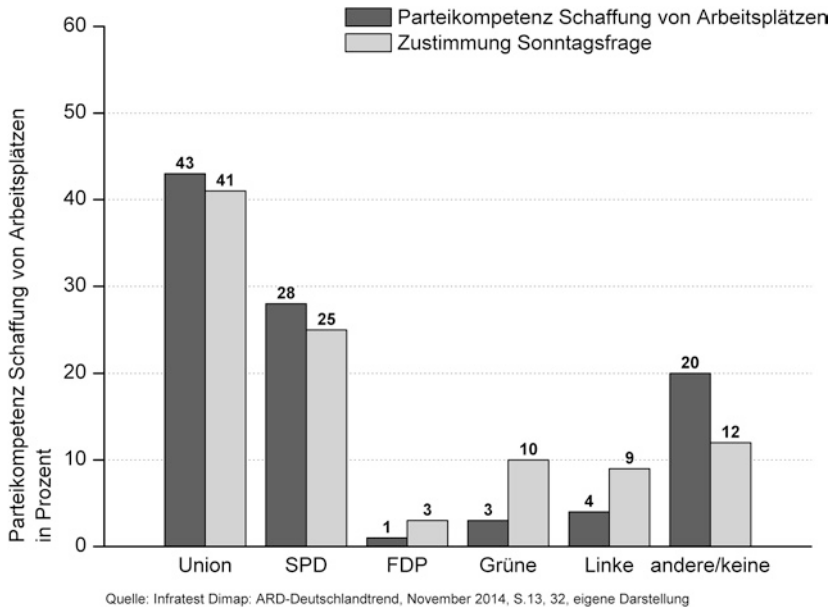


Abbildung 2.7 Parteikompetenz „Schaffung von Arbeitsplätzen“ (Infratest Dimap 2013)

Die Erweiterung des Arbeitsbegriffs über die Erwerbstätigkeit heraus ist das spezifische Alleinstellungsmerkmal der Grünen in der Arbeitsmarktpolitik. Sowohl in der SPD als auch bei der Linken sind es vor allem gewerkschaftlich orientierte Kräfte, die eine Neubewertung des Begriffs verhindern. Die grüne Partei besitzt aufgrund ihres (im Sinne der klassischen Cleavage-Theorie) ahistorischen Charakters und als Spätankömmling im deutschen Parteiensystem keine enge Bindung zur Arbeiterbewegung und kann daher in dieser Frage einen weiter angelegten Diskurs führen.¹²² Allerdings führt dies nicht zu einer Kompetenzzuschreibung der WählerInnen an die Grünen. Auch bei der Frage nach der Parteikompetenz bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und in der Wirtschaftspolitik fallen die Werte der Grünen deutlich unterproportional zur Zahl ihrer AnhängerInnen aus (siehe Abbildung 2.7 und 2.8). Dies deutet darauf hin, dass nur ein Teil der eigenen WählerInnen das grüne Alleinstellungsmerkmal

¹²²Siehe dazu ausführlich: Kap. 2.7.

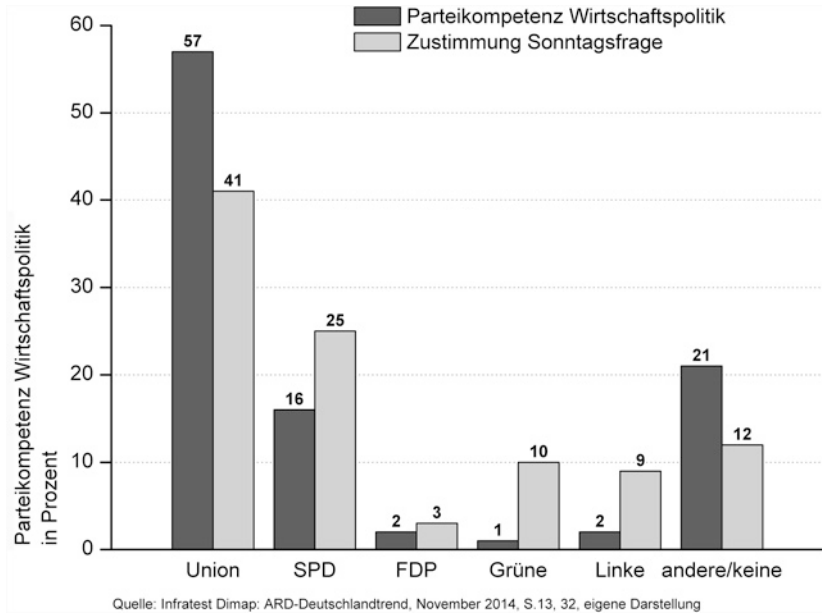


Abbildung 2.8 Parteikompetenz Wirtschaftspolitik (Infratest Dimap 2014)

als solches erkennt und positiv bewertet. Ebenso deutet dies darauf hin, dass das Konzept des „Green New Deal“ und des ökologischen Job-Wunders kritisch betrachtet wird.

2.3.3 Sozialsysteme

Die offiziell vermittelte Positionierung der Grünen hinsichtlich der Strukturierung der sozialen Sicherungssysteme orientiert sich am Status quo. Das Prinzip einer bedarfsorientierten und aus Steuergeldern finanzierten Grundsicherung entspricht dem aktuell praktizierten Modell des Arbeitslosengeldes II (ALG II). Dabei fordern die Grünen eine Erhöhung der Regelsätze sowie die Entschärfung von Zumutbarkeitsregelungen und Sanktionierungen.¹²³ Dabei schrecken die Grünen

¹²³Bündnis 90/Die Grünen (2009): Der Grüne neue Gesellschaftsvertrag, S. 85ff.

im Gegensatz zur SPD nicht vor Selbstkritik zurück. So konstatiert das Wahlprogramm von 2009, die rot-grünen Arbeitsmarktreformen und die Regelungen zum ALG II seien dem Anspruch einer Existenzsicherung in Würde und Selbstbestimmung nicht gerecht geworden.¹²⁴ Gleichzeitig wird jedoch festgehalten: „Die Zahlung einer sozialen Grundsicherung soll weiterhin an die Bereitschaft geknüpft werden, der Gesellschaft etwas zurückzugeben.“¹²⁵

Abgesehen von der grünen Bereitschaft zur Selbstflexion, ist aus den offiziellen Formulierungen kein spezifisch grünes Alleinstellungsmerkmal abzulesen. Dennoch gibt es ein solches. Immer wieder werden die Grünen mit dem Begriff des bedingungslosen Grundeinkommens in Verbindung gebracht. Das liegt daran, dass die Grünen die deutsche Partei sind, die sich der Diskussion um ein solches Modell am weitesten geöffnet hat und es am intensivsten diskutiert. Es existieren etliche verschiedene Modelle eines bedingungslosen Grundeinkommens, die jedoch eines gemeinsam haben: Sie sind ein systemischer Gegenentwurf zum aktuell praktizierten Prinzip der bedarfsorientierten Grundsicherung, denn ein Einkommen soll jedem Menschen ohne vorherige Prüfung des Bedarfs und der Berechtigung ausbezahlt werden. BefürworterInnen versprechen sich davon den Wegfall sämtlicher Überwachungskosten, sowie eine Förderung der persönlichen Würde der LeistungsempfängerInnen. Bereits 1986 formulieren die Grünen in ihrem „Umbauprogramm“ neben dem „Recht auf Arbeit“ ein „Recht auf Einkommen“.¹²⁶ Dies stellt insofern eine Neuausrichtung innerhalb des Cleavages um sozialstaatliche und marktwirtschaftliche Positionierung dar, als die staatliche Zuwendung nicht als Überbrückungszahlung zwischen zwei Phasen der Erwerbstätigkeit verstanden wird, sondern als soziales Grundrecht. Dass Menschen sich um bezahlte Arbeit bemühen, ist zwar nach wie vor erwünscht, es stellt jedoch nicht mehr die notwendige Bedingung für den Bezug von Sozialleistungen dar. Damit wird das Prinzip der Grundsicherung vom Ideal der Vollbeschäftigung und der marktwirtschaftlichen Wertschöpfung entkoppelt.

Dabei sind die Grünen nicht die einzige Partei in Deutschland in der Konzepte eines bedingungslosen Grundeinkommens diskutiert werden, sie sind jedoch die einzige Partei, in der bereits heute eine ernst zu nehmende Fraktion deren direkte politische Umsetzung fordert. So verabschiedete der baden-württembergische

¹²⁴Ebda.: S. 85.

¹²⁵Ebda.: S. 86.

¹²⁶Die Grünen (1986): Umbau der Industriegesellschaft – Schritte zur Überwindung von Erwerbslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung, als Programm verabschiedet von der Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen in Nürnberg, 26–28. September 1986. Bonn.

Landesverband 2007 eine Resolution, die die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens vorsieht.¹²⁷ Dabei soll ein Betrag von € 420 (entsprechend der Höhe des ALG II-Regelsatzes) allen BürgerInnen als „Sockeleinkommen“ zur Verfügung gestellt werden. Weiter heißt es: „Diese Leistung gibt es aber für alle, bedingungslos, ohne Bedürftigkeitsprüfung und individualisiert.“¹²⁸ Ein identisch lautender Antrag wurde auf der Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) in Nürnberg im selben Jahr zwar abgelehnt, erhielt aber über 40 Prozent Zustimmung.¹²⁹ Dies ist umso bemerkenswerter, als der Antrag der Baden-Württemberger gegen den Antrag des Bundesvorstandes stand. Dies belegt die Offenheit der parteiinternen Diskussion. Es ist nicht auszuschließen, dass ein Konzept eines bedingungslosen Grundeinkommens in absehbarer Zeit auch auf Ebene der Bundespartei mehrheitsfähig wird. Im Bundestagswahlprogramm für 2013 einigte man sich auf die Forderung, eine Enquetekommission des deutschen Bundestages einzurichten, die Konzepte eines bedingungslosen Grundeinkommens diskutieren soll.¹³⁰

Es ist somit in der grünen Sozialpolitik zumindest ein latentes Alleinstellungsmerkmal auszumachen. Wenngleich bislang die Mehrheit der Delegierten an der bedarfsorientierten Grundsicherung festhält, sind die Grünen die Partei, mit der grundlegend alternative Konzepte der sozialen Sicherungssysteme am ehesten Realität werden könnten. Betrachtet man die Kompetenzwerte der Grünen beim Thema Sozialpolitik, fällt auf, dass diese dort besser abschneiden, als bei den Themen Steuern und Arbeitsplätze. (siehe Abbildung 2.9) Jedoch fallen auch hier die Kompetenzwerte leicht niedriger aus, als die allgemeine Zustimmung. Dies deutet darauf hin, dass die spezifisch grünen Positionen entweder nicht als solche

¹²⁷Bündnis 90/Die Grünen/Landesdelegiertenkonferenz Baden-Württemberg (2007): Armut bekämpfen, Bildung verbessern, Chancen eröffnen – Der Weg zu einem grünen Grundeinkommen, eine solidarische und freiheitliche Zukunft gestalten, Beschluss der 22. Landesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/Die Grünen Baden-Württemberg. Heilbronn.

¹²⁸Ebda.: S. 4.

¹²⁹Bündnis 90/Die Grünen/Landesdelegiertenkonferenz Baden-Württemberg (2007): Armut bekämpfen, Bildung verbessern, Chancen eröffnen – Der Weg zu einem grünen Grundeinkommen, eine solidarische und freiheitliche Zukunft gestalten, Antrag Z02 der LDK B.-W. auf der BDK 2007 in Nürnberg.

Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg (2007): Über 40 Prozent fürs grüne Grundeinkommen. <http://www.grundsicherung-bw.de/2007/11/25/ueber-40-fuers-gruene-grund-einkommen/>, (Zugriff am 01.05.2013).

¹³⁰Bündnis 90/Die Grünen (2013): Zeit für den Grünen Wandel, S. 121.

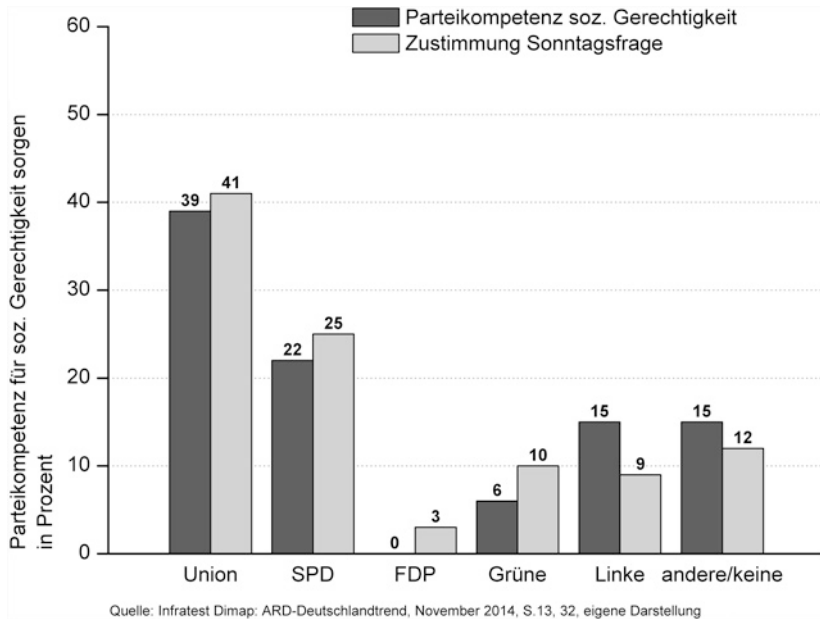


Abbildung 2.9 Parteikompetenz „soziale Gerechtigkeit“ (Infratest Dimap 2014)

erkannt werden oder aber, dass die Öffnung der Partei in Richtung neuer Konzepte in der Sozialpolitik auch von einem Teil der eigenen WählerInnen skeptisch betrachtet wird.

Der hier beschriebene Konflikt zwischen sozialstaatlicher und marktwirtschaftlicher Orientierung ist die entscheidende Triebkraft der Entwicklung des deutschen Parteiensystems. Die klassischen politischen Lager: Sozialisten, Sozialdemokraten, Liberale und christlich-konservative sind zu einem großen Teil historische Produkte eines materiellen Verteilungskonflikts. Auch wenn die Rückbindung an das spezifische Wählermilieu, wie Juan Linz festhält, bereits in den sechziger Jahren abzuschmelzen begann¹³¹, wird das jeweilige Image als Vertreter einer bestimmten sozialen Klasse weiterhin von den Parteien gepflegt. Es verspricht Orientierung im Komplex politischer Sachentscheidungen und dient als integratives Moment, sowohl innerhalb der Partei, als auch bei den WählerInnen.

¹³¹Vgl.: LINZ, Juan J. (1967): Cleavage and Consensus in West German Politics, S. 297.

Die Grünen besitzen ein solches historisches Image nicht. Sie berufen sich, wie Reiner Berger festhält, auf keine politisch-parlamentarische Tradition in Deutschland.¹³² Diese ahistorische Position, die die Grünen innerhalb des sozialen Cleavages innehaben, eröffnet gewisse programmatische Handlungsspielräume. So können der alternative Arbeitsbegriff der Grünen sowie die programmatische Offenheit der Partei hinsichtlich alternativer Vorschläge zur Struktur der sozialen Systeme im Sinne der eingangs aufgestellten Kriterien als spezifisch grüne Alleinstellungsmerkmale angesehen werden. Allerdings reicht dies nicht aus, um innerhalb des sozialen Cleavages deutlich zu punkten. Dazu sind die Gemeinsamkeiten mit der SPD zu groß. Die grundsätzliche Ausrichtung der Sozialpolitik bei der Parteien ist derzeit sehr ähnlich. Sie kann zusammengefasst werden als die soziale Anpassung der selbst gemeinsam verabschiedeten liberalen Reformen. In diesem Klima geringer Polarisierung zwischen Grünen und SPD wird den Grünen ihr fehlendes soziales Image zum Verhängnis. Darauf deutet die Untersuchung der Kompetenzwerte hin. Die Kompetenzen der Grünen fallen bei allen drei Sphären – Steuerpolitik, Schaffung von Arbeitsplätzen und Sozialpolitik – niedriger aus als der Anteil der Grünen-WählerInnen in derselben Stichprobe. Das bedeutet, dass selbst ein großer Teil der eigenen WählerInnen andere Parteien für kompetenter hält. All dies deutet darauf hin, dass die Gründe für den Wahlerfolg der Grünen nicht in ihrer Sozialpolitik zu suchen sind. Vielmehr scheinen die Tage der sozialen Bewegung und der Andersartigkeit innerhalb des sozialen Konfliktes definitiv vorüber zu sein.

2.4 Im Kampf der Systeme – Grüne Basisdemokratie zwischen Partizipation und Repräsentation

„Die Leitung der Parteien neigt von sich aus dazu, eine oligarchische Form anzunehmen. Eine regelrechte Führerschicht bildet sich heraus, eine mehr oder weniger geschlossene Kaste, ein innerer Kreis zu dem der Zugang schwierig ist. [...] Theoretisch müsste die Wahl die Entstehung einer Oligarchie verhindern, in Wirklichkeit scheint sie sie eher zu begünstigen.“¹³³

¹³²Vgl.: BERGER, Rainer (1995): SPD und Grüne: Eine vergleichende Studie ihrer kommunalen Politik – Sozialstrukturelle Basis, programmatische Ziele, Verhältnis zueinander, S. 150.

¹³³DUVERGER, Maurice (1959): Die politischen Parteien – herausgegeben und eingeleitet von Sigfried Landshut. Tübingen (franz. Originalausg. 1951), S. 166.

Dieses Statement stammt nicht etwa aus dem Gründungsprogramm der Grünen (obwohl man es dort durchaus vermuten könnte), sondern von Maurice Duverger, einem der Mitbegründer der europäischen Parteienforschung, aus dem Jahr 1951. Duverger wiederum bezieht sich auf Robert Michels, der bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts in seiner Untersuchung zur Soziologie des demokratischen Parteienwesens eine zwangsläufige Tendenz zur oligarchischen Struktur organisierter Parteien beschreibt.¹³⁴

Es handelt sich also um eine zeitlose Krisendiagnose parlamentarischer Systeme, dass diese dazu neigen, das Mandat demokratischer Herrschaft in den Händen einer kleinen und exklusiven Funktions-Elite zu konzentrieren. Hannah Arendt stellt fest, dass das parlamentarische System Gefahr laufe, in der Unterscheidung zwischen Repräsentierenden und Repräsentierten jenes Verhältnis zwischen Herrschenden und Beherrschten zu reproduzieren, das durch den revolutionären Akt der Demokratisierung eigentlich überwunden werden sollte.¹³⁵ Auch Mediatisierung und Professionalisierung des politischen Geschäfts tragen dazu bei, dass Parteiführung und MandatsträgerInnen sich von der Mitgliederbasis abkoppeln und die Fremdwahrnehmung der Partei dominieren, da nur sie über die Kompetenzen und Mittel verfügen, politische Inhalte kampagnenfähig und medienwirksam zu kommunizieren.¹³⁶ Für Jürgen Habermas ergibt sich in der modernen Mediendemokratie eine Umkehrung des Verhältnisses zwischen Partei und Publikum. Die „Massenpartei der Oberflächenintegration“ habe sich von einem Instrument der Willensaggregation zu einem Instrument der Willensbildung entwickelt, das nicht mehr in den Händen des Publikums, sondern des Parteiapparats liege.¹³⁷ Auch die aktuelle politikwissenschaftliche Debatte befasst sich mit der Krise der repräsentativen Demokratie.¹³⁸ Colin Crouch nimmt in seinem Werk „Postdemokratie“ die Zurückdrängung des diskursiven Charakters

¹³⁴Vgl.: ebda. S. 182.

MICHELS, Robert (1911): Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie – Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens. Leipzig, S. 384.

¹³⁵Vgl.: ARENDT, Hannah (1974): Über die Revolution. München², S. 305.

¹³⁶Vgl.: SARCINELLI, Ulrich (2011): Politische Kommunikation in Deutschland – Medien und Politikvermittlung im demokratischen System. Wiesbaden³, S. 193–212.

¹³⁷Vgl.: HABERMAS, Jürgen (1990): Strukturwandel der Öffentlichkeit – Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Frankfurt/Main, Neuauflage, S. 302f.

¹³⁸Eine gute Übersicht bietet: LINDEN, Markus (2011): Die Rolle des Parlaments in der Krisendiagnose des 20. und 21. Jahrhunderts. In: LINDEN, Markus / THAA, Winfried (Hg.): *Krise und Reform politischer Repräsentation*. Baden-Baden, S. 149–169.

von Demokratie durch Lobbyismus und professionelles, meinungsbildendes PR-Management zum Anlass, das „demokratische Interregnum“ für beendet zu erklären.¹³⁹

Die Lösungsvorschläge für dieses Problem sind vielfältig: Carl Schmitt schlägt beispielsweise vor, die parlamentarische Demokratie durch einen plebiszitären Führerstaat zu ersetzen, in dem Entscheidungen per Akklamation legitimiert werden.¹⁴⁰ Habermas hingegen hält am Parlament fest, verortet die Quelle eines demokratischen Gemeinwesens aber im öffentlichen Diskurs der BürgerInnen, der von Mechanismen der Herrschaft befreit werden müsse.¹⁴¹ Auch nach Crouch bedürfe echte Demokratie eines stärkeren Engagements der BürgerInnen. Er befürwortet eine Stärkung des komparatistischen Elements und erhofft sich dadurch einen besseren Ausgleich der Gruppeninteressen.¹⁴² Einig sind sich die Kritiker des parlamentarischen Status Quo – damals wie heute – darin, dass die direkte politische Partizipation der BürgerInnen gestärkt werden müsse, um Dominanz politischer Eliten beizukommen. Damit ist ein grundsätzlicher Konflikt um die Verfasstheit des demokratischen Gemeinwesens angesprochen, der beinahe so alt ist, wie das Konzept von Staatlichkeit selbst. Er kann beschrieben werden als ein Konflikt:

► Repräsentation vs. Partizipation.

Es handelt sich um eine der bedeutendsten Fragen, die innerhalb der politischen Ideengeschichte erörtert werden.¹⁴³ An dieser Stelle soll es jedoch genügen, die grundsätzlichen Konfliktlinien anhand zweier exponierter Befürworter von Repräsentation und Partizipation zu skizzieren. Jean-Jacques Rousseau vertritt die These, dass der politische Wille eines Menschen Produkt seiner Freiheit als Individuum ist und daher nicht auf einen anderen Menschen übertragen werden kann. Die Bildung dieses Willens müsse demnach in der Sphäre des Individuums verbleiben. Er spricht sich daher gegen jede Form repräsentativer Herrschaft

¹³⁹CROUCH, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt/Main, S. 7–45, Zitat, S. 156f.

¹⁴⁰Vgl.: SCHMITT, Carl (1961): Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus. Berlin³, S. 22f.

¹⁴¹Vgl.: HABERMAS, Jürgen (1998): Faktizität und Geltung – Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt/Main, S. 210f.

¹⁴²Vgl.: CROUCH, Colin (2008): Postdemokratie, S. 133–155.

¹⁴³Vgl.: GORRIAHN, Laura (2014): Partizipation und Repräsentation. In: RIESCHER, Gisela: Spannungsfelder der politischen Theorie. Stuttgart, S. 68–84.

aus: „Die Souveränität kann aus dem gleichen Grund, aus dem sie nicht veräußert werden kann, auch nicht vertreten werden; sie besteht wesentlich im Gemeinwillen, und der Wille kann nicht vertreten werden.“¹⁴⁴ Während dieses Konzept in erster Linie die Wahrung der Souveränität des Einzelnen im Auge hat, sehen die Autoren der Federalist Papers die Aufgabe des Staat vorrangig in der Eindämmung der negativen Auswirkungen der politischen Leidenschaft („passions“). Dies führe zwangsläufig zur Bildung von Parteiungen („factions“), deren durch Eigeninteressen motiviertes Handeln „im Widerspruch zu den Rechten anderer Bürger oder dem permanenten und gemeinsamen Interesse der Gemeinschaft“ stünde.¹⁴⁵ Ziel staatlicher Ordnung müsse es folglich sein, „die Leidenschaften und Interessen unter Kontrolle zu halten, ohne dabei die tieferliegenden Ursachen der Zwietracht, nämlich die Freiheit, in Frage zu stellen.“¹⁴⁶ James Madison vertritt die These, dass nur Repräsentation in der Lage ist, diese Aufgabe zu erfüllen: „From this view of the subject it may be concluded that a pure democracy, by which I mean a society consisting of a small number of citizens, who assemble and administer the government in person, can admit of no cure for the mischiefs of faction. [...] A republic, by which I mean a government in which the scheme of representation takes place, opens a different prospect, and promises the cure for which we are seeking.“¹⁴⁷

Es ist nicht zuletzt dem historischen Erfolg des US-amerikanischen Vertretungsmodells geschuldet, dass sich in fast allen modernen Demokratien das Prinzip der Repräsentation durchgesetzt hat. Dennoch ist der Konflikt nicht verschwunden. Auch das 21. Jahrhundert hindurch formierte sich Widerstand gegen das System der parlamentarischen Repräsentation. Vor allem die Delegation staatlicher Kompetenzen auf inter- und supranationale Entscheidungsebenen hat die Debatte um die Legitimität repräsentativer Entscheidungen erneut angefacht.

Im aktuellen parteipolitischen Diskurs zeigt sich dieser Konflikt selten im Gewand der Systemfrage. Es geht vielmehr darum, ob das parlamentarische System durch Elemente partizipativer Entscheidungsfindung erweitert werden solle,

¹⁴⁴ROUSSEAU, Jean-Jacques / SKWARA, Erich Wolfgang (2000): Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundlagen des politischen Rechts. Frankfurt/Main, Leipzig, S. 129.

¹⁴⁵HAMILTON, Alexander / JAY, John / MADISON, James (2011): The Federalist Papers. Auckland, Art. 10&51, S. 65–74, 380–386.

¹⁴⁶SCHMIDT, Manfred G. (2006): Demokratietheorien – Eine Einführung. Wiesbaden³, S. 117.

¹⁴⁷HAMILTON, Alexander / JAY, John / MADISON, James (2011): The Federalist Papers, S. 71.

beispielsweise durch die Einführung von Referenden, Volksentscheiden und Bürgerbeteiligungsverfahren. Ob und wie die Technologie des Internets bei der Willensbildung helfen kann, wird anhand von Konzepten wie „delegate voting“ oder „liquide democracy“ diskutiert.

Eine Einordnung des Konflikts anhand der Cleavage-Theorie fällt schwerer als bei den zuvor genannten Konflikten. Anknüpfungspunkte ergeben sich durch die räumliche Verortung des Konflikts. Die Forderung nach partizipativeren Entscheidungsmechanismen stammt meist aus den Kreisen des gebildeten Bürgertums innerhalb wirtschaftlicher und kultureller Zentren und in räumlicher Nähe zu den parlamentarischen Entscheidungsarenen. Denn dort sind erstens die Chancen der Institutionalisierung der Forderungen größer, zweitens sind durch die Nähe zu den Entscheidungsträgern die Transaktionskosten geringer. Brunetti und Straubhaar untersuchen am Beispiel der Schweiz, wie wichtig diese Faktoren für das Zustandekommen basisdemokratischer Entscheidungen sind und konstatieren: „Ein bestimmter Organisationsgrad senkt die Eintrittskosten einer Interessengruppierung in den direktdemokratischen Entscheidungsprozeß [...]“. ¹⁴⁸ So ist es kein Zufall, dass die Grünen, die Forderungen nach Basisdemokratie als einen ihrer politischen Grundpfeiler definieren, ihre WählerInnen aus „urban-universitätsstädtischem Raum“ rekrutieren, wie Gerd Mielke bemerkt. ¹⁴⁹ Der Konflikt Repräsentation vs. Partizipation kann daher als Nebenlinie des Cleavages „center vs. periphery“, verstanden werden, der laut Lipset und Rokkan auch um die Frage nach Werten und kultureller Identität kreist. Diese Zuteilung ist jedoch mit Vorsicht zu genießen. Es wäre zumindest in Deutschland kritisch zu diskutieren ob im Zeitalter der fortgeschrittenen Mediatisierung eine kulturelle Dichotomie zwischen „Zentrum“ und „Peripherie“ ein sinnvolles Analyseinstrument darstellt. ¹⁵⁰

Sieht man von der gelegentlich erfolgreichen Einflussnahme von Bürgerinitiativen auf der lokalen und regionalen Ebene einmal ab, muss man feststellen, dass sich das parlamentarische System der Bundesrepublik gegenüber Forderungen basisdemokratischer Beteiligung traditionell recht immun zeigt. Trotz fortlaufender Kritik aus Kreisen von DemokratietheoretikerInnen und Partizipationsansprüchen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen zeichnet es sich durch eine hohe interne Stabilität und ebenfalls hohe Akzeptanzwerte innerhalb der wählenden Bevölkerung aus. Habitus und Führungsanspruch der BerufspolitikerInnen

¹⁴⁸BRUNETTI, Aymo / STRAUBHAAR, Thomas (1996): Direkte Demokratie – "bessere" Demokratie? – Was lehrt und das Beispiel Schweiz? In: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Nr. 1/1996, S. 27–49.

¹⁴⁹MIELKE, Gerd (2001): Gesellschaftliche Konflikte und ihre Repräsentation im deutschen Parteiensystem, S. 88.

¹⁵⁰Vgl. Kap. 3.1.2.

werden gemeinhin akzeptiert, Durchsetzungskraft und dominantes Auftreten gelten bei PolitikerInnen als notwendig und wünschenswert, auch dann, wenn ihr Verhalten das Führen demokratischer Diskurse häufig erschwert. Das Weber'sche Ideal des Berufspolitikers, der seine Daseinsberechtigung zwar aus dem Wahlakt und der legalen bürokratischen Ordnung bezieht, sich aber ansonsten durch charismatische Führtugenden auszeichnet, ist im Bewusstsein der deutschen Wählerschaft fest verankert.¹⁵¹ Dennoch gelang es den GegnerInnen dieses Politikverständnisses ab dem Ende der sechziger Jahre, sich außerhalb des Parlaments zu organisieren und gesellschaftlich zu einer kritischen Masse anzuwachsen, die in der Lage war, als oppositionelle Bewegung auch politischen Einfluss zu erlangen. Die APO und die Neue Soziale Bewegung hielten dem etablierten parlamentarischen Regierungssystem das Konzept einer basisdemokratischen Beteiligungsdemokratie entgegen. Mit den Grünen bildete sich schließlich ein politischer Dachverband basisdemokratischer Forderungen. Die Forderung nach basisdemokratischer Umgestaltung der parlamentarischen Demokratie bildet folglich die dritte ideologische Säule der Grünen. Sie speist sich bewegungsge-schichtlich aus drei unterschiedlichen Quellen:

- a. Die „Graswurzelbewegung“ setzt auf spontane, inklusive und themenspezifische Zusammenschlüsse von BürgerInnen zur gemeinschaftlichen Regelung akuter politischer Fragen.¹⁵² Wichtig ist dabei, dass die politische Initiative aus der Basis der Bevölkerung stammt. Wird in einer bestimmten Frage ein politischer Regelungsbedarf erkannt, bilden die BürgerInnen eigenständig politische Zusammenschlüsse, in denen Entscheidungen auf Basis eines möglichst breiten Konsenses herbeigeführt werden sollen. Die Wahl der Themen und die Form der Organisation bleiben dabei bewusst offen. Es gilt jedoch das Betroffenheitsprinzip, wonach möglichst alle an den sie direkt betreffenden Entscheidungen mitwirken sollen. Ein weiterer Grundsatz der „Graswurzelbewegung“ ist, dass sich die inhaltlichen politischen Forderungen in der Form der Organisation widerspiegeln müssen: So darf zum Beispiel eine Bewegung, die egalitäre politische Forderungen vertritt, keine hierarchischen Strukturen besitzen. Nur so ist

¹⁵¹Vgl.; WEBER, Max (1992): Politik als Beruf. Stuttgart.

¹⁵²Vgl.: HEINRICH, Gudrun (1993): Basisdemokratie – Regelungen und Revision. In: RASCHKE, Joachim / HEINRICH, Gudrun (Hg.): Die Grünen – Wie sie wurden, was sie sind. Köln, S. 488–499, 489ff.

Zur Geschichte der Graswurzelbewegung: BARTSCH, Günther (1975): Die Graswurzel-Revolutionäre – Eine neue Internationale? – Anarchismus und Gewaltfreiheit. In: Studien von Zeitfragen, Nr. 20/1975, S. 2–21.

gewährleistet, dass politische Inhalte und Forderungen nicht durch organisatorischen Überbau verfälscht oder abgemildert werden. Die „Graswurzelbewegung“ versteht sich als Korrektiv des Parlamentarismus, als basisdemokratische Gegenbewegung zum etablierten Entscheidungssystem politischer Eliten.

- b. Während das „Graswurzelprinzip“ eher im links-alternativen Milieu der Friedensbewegung seine AnhängerInnen fand, orientierten sich konservative, christliche und anthroposophische Gruppen innerhalb der Grünen eher am Prinzip der „direkten Demokratie“. Besonders der rechte Flügel der Partei, in dem auch nationalistische, rechtsradikale Gruppierungen wie die „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher“ (AUD) aufgingen, orientierte sich an einem völkisch, identitären Politikbegriff, der sich stark an den Vorstellungen Rousseaus von der Einheit Regierender und Regierten anlehnte. Zwar wurden auch hier politische Kaderbildung und Lobbyismus als demokratieschädlich angesehen. Das Problem sahen die AnhängerInnen der „direkten Demokratie“ bei den Grünen aber nicht in der Architektur des parlamentarischen Systems selbst, sondern eher darin, dass die Parteien ihrer Aufgabe, den Willen des Volkes zu repräsentieren, nicht nachkämen und deshalb durch direktdemokratische Elemente gelegentlich daran erinnert werden müssten. In gemäßigterer Form fand sich diese Vorstellung direkter Demokratie in den Forderungen des christlich-konservativen, öko-liberalen Flügels der Grünen wieder.¹⁵³ Dabei stand nicht die Opposition zum etablierten politischen System im Vordergrund, sondern dessen Reform. Ziel war die schrittweise Öffnung der repräsentativen Demokratie für plebiszitäre Elemente und die Suche nach einem einenden, versöhnenden Konsens.¹⁵⁴ Als derzeit prominentester Vertreter dieser Denkrichtung innerhalb der Grünen kann der baden-württembergische Ministerpräsident Kretschmann gelten. In seinen politischen Grundsätzen, die von Elementen christlicher Sozialethik dominiert sind, hebt er den „Vereinbarungscharakter der Demokratie“ stark hervor. Dabei bezieht er sich auf den Politologen Dolf Sternberger, der den gesellschaftlichen Frieden als höchstes Ziel politischen Handelns definiert.¹⁵⁵ Das Prinzip der „Graswurzelbewegung“, wonach grundsätzlich jedes Thema geeignet ist, zum Inhalt

¹⁵³Zur Geschichte des ökologischen Liberalismus siehe: VOLMER, Ludger (2009): Die Grünen – Von der Protestbewegung zur etablierten Partei, S. 166ff.

¹⁵⁴Vgl.: HEINRICH, Gudrun (1993): Basisdemokratie – Regelungen und Revision, S. 489ff.

¹⁵⁵Vgl.: KRETSCHMANN, Winfried (1994): Über die Bedeutung von Zuständigkeiten in der Demokratie – Überlegungen zu einer grünen Demokratie- und Verwaltungsreform. In: THAA, Winfried / SALOMON, Dieter / GRÄBER, Gerhard (Hg.): Grüne an der Macht – Widerstände und Chancen grün-alternativer Regierungsbeteiligungen. Köln, S. 176–191.

basisdemokratischer Debatten zu werden, hält er für kontraproduktiv. Trotz politischen Engagements der Grünen schaffe die Auflösung klarer Zuständigkeiten in der Politik Verwirrung und Politikverdrossenheit: „Gerade auch Bürgerinitiativen und Grüne sind in bestimmten gesellschaftlichen Angelegenheiten so engagiert, dass sie oft nicht genügend Gespür und Verständnis dafür haben, dass nicht jeder für alles zuständig und verantwortlich ist.“¹⁵⁶

- c. Die dritte einflussreiche Strömung der grünen Basisdemokratie ist die der Rätedemokratie. Sie ist ein Überbleibsel der marxistisch-maoistischen K-Gruppen, die ihren Weg in die grüne Partei fanden. Die AnhängerInnen des Räte Modells befürworteten einen strikt formalen Modus der Delegation politischer Entscheidungen von unten nach oben. Dieses Modell kommunistischer Rätedemokratie verstand sich nicht wie die beiden anderen Strömungen als Korrektiv- bzw. Reformbewegung zur parlamentarischen Demokratie, sondern als alternatives Gesellschaftsprinzip. Dieses zentralistische Vertretungsmodell stand der bunten und chaotischen „Graswurzel“ diametral entgegen. Während deren Basismodell sich durch eine grundsätzliche Aversion gegen feste Strukturen und formalisierte Abläufe auszeichnete, betonten die AnhängerInnen der Rätedemokratie bewusst die Notwendigkeit strenger Parteiorganisation und Delegation.¹⁵⁷ Durch strikte Kontrolle sollten Abgeordnete und TrägerInnen von Parteiämtern dem Willen der Basis unterworfen werden.

Als die Grünen Anfang der achtziger Jahre begannen, sich in Parteiorganen und Fraktionen zu organisieren, sahen sie sich mit der Herausforderung konfrontiert, einerseits effektive und tragfähige Strukturen aufzubauen, die es ermöglichten, die gewonnenen Parlamentsmandate auszuüben, zum anderen aber auch die Prinzipien der Basisdemokratie aufrechtzuerhalten und in der parlamentarischen Arbeit umzusetzen. Dabei griffen sie auf entscheidende Prinzipien der Rätedemokratie zurück. Dies lag auch daran, dass die ehemaligen K-Gruppen-Mitglieder im Gegensatz zu anderen großen Teilen der grünen Bewegung über Erfahrung im Aufbau formaler politischer Institutionen verfügten. Die selbst auferlegte Organisationsform, die sich die Grünen während ihrer ersten parlamentarischen Gehversuche gaben, trägt deutlich die Handschrift der K-Gruppen.¹⁵⁸

¹⁵⁶Ebda.: S. 179.

¹⁵⁷Vgl.: HEINRICH, Gudrun (1993): Basisdemokratie – Regelungen und Revision, S. 489ff. Zum Selbstverständnis und zur Organisation der K-Gruppen siehe auch: VOLMER, Ludger (2009): Die Grünen – Von der Protestbewegung zur etablierten Partei, S. 29–39.

¹⁵⁸Vgl.: VEEN, Hans-Joachim / HOFFMANN, Jürgen (1992): Die Grünen zu Beginn der neunziger Jahre, S. 26.

2.4.1 Wie organisiert man eine „Anti-Parteien-Partei“?

Die „Anti-Parteien-Partei“ ist bereits begrifflich ein Widerspruch. Das Lieblings-Oxymoron der Grünen funktioniert als rhetorische Figur vortrefflich, bringt es doch die Ablehnung des etablierten Partei-Begriffs ebenso zum Ausdruck, wie den Anspruch, die Partei in gewisser Weise neu zu erfinden. Die konkrete institutionelle Ausformung einer „Anti-Parteien-Partei“ bringt jedoch ernsthafte Schwierigkeiten mit sich, umso mehr, bedenkt man das „Graswurzel“-Prinzip, wonach die Ziele einer politischen Vereinigung in deren Organisationsstruktur durchscheinen müssen: Wie konzipiert man eine Partei, die die Ablehnung von Parteipolitik zum Grundsatz hat?

Die Grünen wählten einen funktionalistischen Ansatz: Parteistrukturen wurden innerhalb der Grünen nur so weit geduldet, wie sie zur Verwirklichung der Ziele und zur Ausführung der Mandate nötig waren. Ludger Volmer fasst zusammen: „Wegen der schlechten Erfahrungen mit den etablierten Parteien, wie die Grünen die anderen abfällig nannten, suchten sie eine Organisationsform, die den Erfordernissen des Parteiengesetzes und Wahlrechts entsprach, ansonsten aber möglichst wenig Ähnlichkeiten damit aufweisen sollte. Ihre Fraktion sollte sich als Instrument und verlängerter Arm, als parlamentarischer Ausdruck der vielfältigen Bewegungen verstehen.“¹⁵⁹ Um jeden Preis sollte verhindert werden, dass sich bei den Grünen jene parteipolitische Routine einschlich, die bei den anderen Parteien so vehement kritisiert wurde. Ein System strikter Regulierungen und Kontrollen wurde eingeführt, das MandatsträgerInnen und InhaberInnen von Parteiämtern an die kurze Leine nahm und den Weisungen der Parteibasis unterwarf.

Doch bereits während der ersten Bonner Legislaturperiode mit grüner Beteiligung kamen die tiefen ideologischen Brüche zum Vorschein, die fortan die Diskussion um die geeignete Struktur der Partei bestimmen sollten. Von Anfang an versuchten prominente MandatsträgerInnen sich für ihre parlamentarische Arbeit größere Spielräume zu erkämpfen, als das strenge Prinzip der parteiinternen Kontrolle dies vorsah. Medial dominierten sie die grüne Politik ohnehin. In der Außenwirkung war „die Fraktion die Partei“.¹⁶⁰ Im folgenden Machtkampf zwischen Basis und Parteielite verfügte die Basis zwar nach wie vor über die

¹⁵⁹VOLMER, Ludger (2009): Die Grünen – Von der Protestbewegung zur etablierten Partei, S. 134.

¹⁶⁰SALOMON, Dieter (1994): Politische Ziele oder Bekenntnisse mit Demonstrationscharakter – Über die Orientierung der grünen Basis an symbolischer Politik. In: THAA, Winfried / SALOMON, Dieter / GRÄBER, Gerhard (Hg.): Grüne an der Macht – Widerstände und Chancen grün-alternativer Regierungsbeteiligungen. Köln, S. 49–62, 61.

formelle Entscheidungsmacht, die Elite hingegen über die Meinungsmacht und einen fast exklusiven Zugang zur medialen Arena. In diesem machtpolitischen Clinch verhärteten sich die Fronten. Die MandatsträgerInnen mussten auf der Suche nach politischer Autonomie behutsam vorgehen, denn allzu schnell war die Basis mit dem Vorwurf bei der Hand, die Abgeordneten hätten sich vom Bonner Politikbetrieb korrumpieren lassen, hätten vergessen, wem sie ihre Stellung verdankten, wollten sich der demokratischen Kontrolle entledigen. Die Basis hingegen war aufgrund ihrer informellen und diskursintensiven Strukturen nicht in der Lage mit dem Tempo der parlamentarischen Entscheidungen Schritt zu halten und alle Abgeordneten in jeder Abstimmungssache mit einer konsensfähigen und bindenden Entscheidungsanweisung zu versorgen. Herbert Kitschelt spricht von einer „Kultur des Misstrauens“, die sich bald zwischen den beiden Teilen der Partei breit machte.¹⁶¹ Die Geschichte der grünen Basisdemokratie ist eine Geschichte der Grabenkämpfe, in deren Verlauf die Struktur der Partei immer wieder neu verhandelt wurde. Basisdemokratische Prinzipientreue stand der Funktionalität und Effizienz der parlamentarischen Arbeit entgegen. Während das Einlassen auf bestimmte Funktionslogiken der Parteiendemokratie von einigen als notwendiger Modernisierungs- und Professionalisierungsprozess gedeutet wurde, sahen andere darin eine Domestizierung der Grünen und das Scheitern des Versuchs, anders als die anderen Parteien sein zu wollen:

„Die Grünen sind damit [mit der teilweisen Aufhebung der Trennung von Amt und Mandat] eine autoritäre, dogmatische, hierarchische Partei. Sie sind kein basisdemokratisches Projekt mehr, nicht einmal mehr ein radikaldemokratisches. Emanzipation in Programm und Struktur ist künftig ein Fremdwort.“¹⁶²

So begründete die ehemalige Bundesvorstandssprecherin (das grüne Pendant zur Parteivorsitzenden) Jutta Ditzfurth in einer Rede auf der Bundesversammlung 1991 ihren Austritt aus der Partei. Sie sah das basisdemokratische Projekt als gescheitert an, die Grünen durch Machtpolitik ebenso korrumpiert, wie die sogenannten etablierten Parteien. Dem gegenüber forderte der spätere Freiburger Oberbürgermeister Dieter Salomon, die Grünen sollten sich endlich aus ihrer Fixierung auf die

¹⁶¹KITSCHOLT, Herbert (1990): New Social Movements and the Decline of Party Organization. In: DALTON, Russell J. / KUECHLER, Manfred (Hg.): Challenging the political order – New social and political movements in western democracies. Cambridge, S. 179–208, 194.

¹⁶²DITZFURTH, Jutta (1991): Es ist vorbei – Die Grünen sind nicht mehr unsere Partei. <http://www.jutta-ditzfurth.de/dl/dl.pdf?download=Ditfurth-Gruene-Austritt-19910428.pdf>, (Zugriff am 24.04.2015).

politische Symbolik befreien und den Erfordernissen des Regierens Rechnung tragen. Der „Strukturkonservatismus“ der Grünen führe nicht zu einer Stärkung, sondern im Gegenteil zu einer Schwächung der Parteibasis. So bemerkt er überspitzt:

„Grüne Kreisverbandsbeschlüsse interessieren niemanden, die Meinung der grünen Gemeinderatsfraktion dagegen schon. Dies ist auf Landes- und Bundesebene nicht anders. Wer kennt schon Mitglieder des grünen Bundesvorstands?“¹⁶³

Diese beiden Zitate zeigen exemplarisch die Intensität, mit der die Debatte über die grüne Basisdemokratie geführt wurde. Diese Intensität dokumentiert aber auch zugleich die immense Bedeutung dieses Themas für das grüne Projekt. Im Grunde bedeutet Basisdemokratie bei den Grünen einen andauernden Prozess der Revision, Neuverhandlung und Uminterpretation basisdemokratischer Vorstellungen, von einem räte-demokratischen Delegationsprinzip hin zu einer latenten Reformbewegung innerhalb des demokratischen Parlamentarismus. Gerade der Stellenwert, den die Debatte über Basisdemokratie bei den Grünen einnimmt, ist ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal der Partei. Wenngleich Basisdemokratie in der Geschichte der Grünen mehrfach uminterpretiert wurde, so ist die permanente Debatte drüber, was eine „Partei neuen Typs“ ausmache bereits das, was die Grünen zu einer „Partei neuen Typs“ macht. Der diskursive Charakter eines neuen Politikstils äußert sich nämlich gerade nicht in der institutionellen Verfasstheit eines politischen Verbandes, sondern eben darin, dass diese Verfasstheit selbst zum Thema des politischen Aushandlungsprozess wird. Die grüne Parteigeschichte ist von dem intensiven Versuch geprägt, im Konflikt zwischen Repräsentation und Partizipation eine Positionierung zu finden, die sowohl das Praktizieren eines alternativen Politikstils ermöglicht und gleichzeitig praktikabel und mehrheitsfähig ist. Dies lässt sich noch verdeutlichen, betrachtet man die fünf Säulen grüner Basisdemokratie. Im Folgenden soll daher untersucht werden, auf welcher demokratietheoretischen Grundlage sie basieren, wie sie sich im Zuge innerparteilicher Konflikte entwickelt haben und welchen Einfluss sie heute auf das grüne Konzept von Parteipolitik haben.

2.4.2 Trennung von Amt und Mandat

Es gehört zu den Grundprinzipien des modernen Verfassungsstaates, politische Macht zu teilen und unterschiedliche Kompetenzen in die Hände in sich verschiedener Institutionen zu legen. Dazu gehört jedoch auch, dass die unterschiedlichen

¹⁶³SALOMON, Dieter (1994): Politische Ziele oder Bekenntnisse mit Demonstrationscharakter, S. 61.

Machtpositionen von unterschiedlichen Personen besetzt werden müssen, um eine Zentralisierung der Macht auf einen engen Personenkreis zu vermeiden. So verbindet bereits Montesquieu sein Modell der horizontalen Gewaltenteilung mit dem strikten Gebot der personellen Inkompatibilität. In seiner Abhandlung „vom Geist der Gesetze“ schreibt er: „Alles wäre verloren, wenn derselbe Mensch oder dieselbe Körperschaft der Großen, des Adels oder des Volkes diese drei Gewalten ausüben würden: Die Macht, Gesetze zu geben, die öffentlichen Beschlüsse zu vollstrecken und die Verbrechen oder die Streitsachen der Einzelnen zu richten.“¹⁶⁴ Wenngleich alle demokratischen Verfassungen heute nach dem grundsätzlichen Prinzip der Gewaltenteilung funktionieren, so ist das Verhältnis zwischen exekutiver und legislativer Gewalt in verschiedenen demokratischen Regierungssystemen unterschiedlich geregelt. In präsidentiellen Regierungssystemen ist das von Montesquieu geforderte Verbot einer Verbindung von Legislativmandat und Exekutivamt verfassungsrechtlich festgeschrieben. Keine Person darf dem Parlament und der Regierung zugleich angehören. In parlamentarischen Regierungssystemen, so auch in Deutschland, ist diese strikte Trennung jedoch zumeist nicht vorgesehen.¹⁶⁵ Nicht nur besitzen die meisten Regierungsmitglieder auch ein Bundestagsmandat, mit der Fraktionsdisziplin und der Vertrauensfrage kontrolliert der/die BundeskanzlerIn auch die eigene Mehrheitsfraktion im Bundestag. Dazu kommt in der Parteiendemokratie noch eine weitere wichtige Funktion. In den meisten Fällen füllt der/die BundeskanzlerIn als Vorsitzende/r zugleich auch eine Machtposition innerhalb der eigenen Partei aus. Mit Ausnahme von Helmut Schmidt waren alle deutschen BundeskanzlerInnen während ihrer Amtszeit auch Parteivorsitzende. Bis zu einem bestimmten Grad begünstigt das parlamentarische System Deutschlands daher Machtakкумуляtion und Ämterhäufung. Ein dreistufiger Prozess der Machtausübung innerhalb der Regierung, der Fraktion und der Partei sichert die machtpolitische Grundlage erfolgreichen Regierens.

Die Grünen jedoch sahen in dieser Konstellation eine „Verfälschung“¹⁶⁶ demokratischer Strukturen. Ihr basisdemokratisches Modell zielte daher auf die rigorose personelle Trennung aller politischen Machtpositionen. Das Prinzip der „Trennung von Amt und Mandat“ umfasste sowohl das Verhältnis zwischen Regierung und Parlament, wie auch das zwischen Parlament und Partei. So sollten TrägerInnen eines parlamentarischen Mandats, gleich ob auf Bundes- oder

¹⁶⁴MONTESQUIEU, Charles (1951): Vom Geist der Gesetze – In neuer Übertragung, eingeleitet und herausgegeben von Ernst Forstthoff, Erstes Buch. Tübingen, S. 215.

¹⁶⁵Vgl.: STEFFANI, Winfried (1979): Parlamentarische und präsidentielle Demokratie – Strukturelle Aspekte westlicher Demokratien. Opladen, S. 45ff.

¹⁶⁶Die Grünen (1980): Das Bundesprogramm, S. 24.

Landesebene, weder ein Regierungsamt (MinisterIn, StaatssekretärIn, etc.), noch ein Parteiamt bekleiden. Dem Prinzip der horizontalen Gewaltentrennung zwischen Exekutive und Legislative fügten die Grünen damit noch ein weiteres hinzu: Das Prinzip der vertikalen Gewaltenteilung innerhalb der Legislative zwischen Fraktion und Partei. Ziel dieser Regelung war es vor allem, die Parteibasis vor Disziplinierungsversuchen durch MandatsträgerInnen oder etwaige Regierungsmitglieder zu schützen. Die Funktionslogik parlamentarischer Arbeit, die Kompromissbereitschaft und Flexibilität erfordert, sollte nicht auf die Arbeit der Basispartei übergreifen. Diese sollte auf jeden Fall ihre programmatische Eigenständigkeit behalten. Nicht die Partei sollte dem Kurs der Regierung oder der Fraktion folgen, sondern umgekehrt.

Kaum ein Thema hat den inneren Konflikt der Grünen dermaßen angefacht wie die Frage nach der Trennung von Amt und Mandat. Es war von Beginn an der Kristallisationspunkt der „Fundi-Realo-Kontroverse“. VertreterInnen einer pragmatischen, machtbewussten Position sahen in dieser Trennung ein Hindernis für effektive Parteipolitik. Die parlamentarische Partielite stand im Fokus der Öffentlichkeit und musste die Entschlüsse der grünen Basis darstellen und gegebenenfalls für sie gerade stehen. Gleichzeitig fehlte ihnen aber die Möglichkeit, den Diskurs der Partei zu beeinflussen. Sie besaßen in der Anfangszeit der Grünen bei Parteiveranstaltungen nicht einmal ein eigenes Rederecht.¹⁶⁷ Ein effektives Agenda-Setting war damit fast unmöglich. Ebenso schwächte diese Regelung die Kampagnenfähigkeit der Partei, da jede inhaltliche Festlegung prinzipiell bereits bei der nächsten Bundesdelegiertenkonferenz wieder in Frage gestellt werden konnte. Für grüne ParlamentarierInnen ergab sich eine Doppelbelastung. Sie mussten ihre politischen Spielräume doppelt ausloten: Einmal in der parlamentarischen- einmal in der parteipolitischen Arena. Das verschaffte grünen SpitzenpolitikerInnen einen entscheidenden Nachteil gegenüber PolitikerInnen der anderen Parteien, die bei ihrer parlamentarischen Arbeit zumindest eine auf einen bestimmten Kurs eingeschworene Parteibasis hinter sich wussten. Auf der anderen Seite standen jene, die sich den basisdemokratischen Grundsätzen verpflichtet fühlten und den „Graswurzel-Charakter“ der Partei erhalten wollten. Sie sahen in den Kontrollversuchen der eigenen Partielite einen Akt der Kartellbildung und Anpassung an den elitären Politikbetrieb.

Besonders während der Ära Joschka Fischers wurde vehement um diese Regelung gestritten. Neben der Diskussion um den Militäreinsatz der Bundeswehr im Kosovo war die Frage nach der Aufhebung der Trennung von Amt und Mandat der

¹⁶⁷Vgl.: VOLMER, Ludger (2009): Die Grünen – Von der Protestbewegung zur etablierten Partei, S. 139.

wesentliche Streitpunkt im Konflikt zwischen Joschka Fischer und seiner eigenen Partei. Nachdem zunächst auf der Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) in Neumünster 1991 ein Antrag zur Abschaffung der Regelung erfolglos blieb, flammte der Streit 1998 nach der Regierungsübernahme der Grünen erneut auf. Die drei grünen BundesministerInnen Joschka Fischer, Andrea Fischer und Jürgen Trittin traten entgegen der ursprünglichen Regelung nicht von ihrem Abgeordnetenmandat zurück. Die Partei billigte dieses Verhalten zunächst nachträglich, revidierte diese Entscheidung jedoch 2001 wieder.¹⁶⁸ Fischer und Trittin behielten aber auch während des zweiten Kabinetts Schröders ihr Mandat. Auch die beiden Bundesvorsitzenden Fritz Kuhn und Claudia Roth kandidierten während ihrer Amtszeit für ein Bundestagsmandat, das beide auch erhielten. Auf der anschließenden BDK in Bremen legten sie selbst einen Antrag vor, der es ihnen erlauben sollte, entgegen der gültigen Regelung Amt und Mandat zu behalten. Der Antrag wurde von den Delegierten abgelehnt und beide gaben ihr Parteiamt auf.¹⁶⁹ Insgesamt mussten die Delegierten der Grünen auf acht Parteitag über die Abschaffung bzw. Lockerung der Amt-Mandats-Regel debattieren.¹⁷⁰ Trotz massiven Drucks der Parteispitze kam eine nötige Zwei-Drittel-Mehrheit für eine Satzungsänderung nicht zustande. Die Debatte entwickelte sich für die Grünen zu einer Konfessionsfrage. Mit allen Mitteln versuchte die grüne Parteiführung, allen voran Joschka Fischer, die Regelung zu Fall zu bringen: Mit persönlicher Überzeugungskraft,

¹⁶⁸Auf der BDK 1998 in Bonn wurde beschlossen, dass grüne MinisterInnen ihr Bundestagsmandat behalten durften. Auf der BDK 2001 in Stuttgart wurde hingegen ein Beschluss gefasst, dass im Falle einer erneuten Regierungsbeteiligung die grünen MinisterInnen ihr Mandat aufgeben sollten. Dem wurde nicht entsprochen. Rechtlich betrachtet kann kein/e Abgeordnete/r dazu gezwungen werden, ein rechtmäßig erworbenes Mandat aufzugeben. Der Stuttgarter Beschluss hatte daher für die grünen MinisterInnen keine rechtsbindende Wirkung.

Zur Chronologie der Beschlüsse grüner Bundesdelegiertenkonferenzen siehe: Heinrich-Böll-Stiftung/Archiv Grünes Gedächtnis: Bündnis 90/Die Grünen 1993–2014 – 1.bis 38. ordentliche Bundesversammlung, fünf außerordentliche Bundesversammlungen. http://www.boell.de/sites/default/files/uploads/2008/08/bdk_1993_bis_heute_buendnis_90_die_gruenen.pdf, (Zugriff am 14.06.2015).

¹⁶⁹Vgl.: FALTER, Jürgen W. / KLEIN, Markus (2003): Der lange Weg der Grünen, S. 97.

¹⁷⁰Neumünster 1991, Köln 1994, Mainz 1996, Bonn 1998, Leipzig 1998, Erfurt 1999, Karlsruhe 2000, Bremen 2002, siehe: Heinrich-Böll-Stiftung / Archiv Grünes Gedächtnis: Bündnis 90/Die Grünen 1993–2014 – 1.bis 38. ordentliche Bundesversammlung, fünf außerordentliche Bundesversammlungen. http://www.boell.de/sites/default/files/uploads/2008/08/bdk_1993_bis_heute_buendnis_90_die_gruenen.pdf, (Zugriff am 14.06.2015).

Prominenten-Bonus oder schlicht der Schaffung von Tatsachen wurde an der Regelung gerüttelt. Die Partei-Linke stemmte sich dagegen. Das Festhalten an der Amt- Mandat-Regelung entwickelte sich zum gemeinsamen Rückzugspunkt der Partei-Linken und „Fundis“, die nicht bereit waren, die basisdemokratischen Grundsätze der Bewegungspartei der Effizienz des Regierens zu opfern. Schließlich konnte in einer Urabstimmung 2003 zumindest eine Lockerung der Amt-Mandat-Regel durchgesetzt werden. Künftig dürfen zwei Drittel des Vorstandes (also z. B. die beiden Vorstandsvorsitzenden) MandatsträgerInnen sein. Damit haben die grünen Parteieliten ihr wichtiges Ziel erreicht, die Parteiführung aus den Reihen der Fraktion besetzen zu können, auch wenn die Kombination aus Fraktionsvorsitz, MinisterInnenposten und Parteiamt weiterhin ausgeschlossen bleibt.

Die Zerrissenheit der Grünen, die sich in nicht unerheblichem Maße am Streit um Amt und Mandat zeigte, hat lange Zeit die Fremdwahrnehmung der Partei bestimmt. Ihr Bild als basisdemokratische Institution ist dadurch äußerst ambivalent. Zum einen ist der andauernde Widerstand gegen die Disziplinierungsversuche der eigenen Parteielite und die permanente Debatte über die eigenen Grundsätze durchaus ein Alleinstellungsmerkmal der Grünen im deutschen Parteiensystem. Hier wird deutlich, dass sich die Grünen hinsichtlich ihres Diskussionsstils deutlich von den anderen Parteien unterscheiden. Auf der anderen Seite zeigt das machtbewusste, pragmatische Handeln der Parteieliten und deren Hartnäckigkeit, mit der sie die Inkompatibilitätsregelung schließlich zu Fall brachten, dass auch die Grünen sich auf Dauer nicht gegen die Funktionslogik der deutschen Parteiendemokratie behaupten konnten. Heute haben wir es mit einem „grünen Dualismus“¹⁷¹ zu tun. Im Widerstand der Basis gegen die eigenen FunktionsträgerInnen, in der grundsätzlichen Skepsis gegenüber Macht und Herrschaft – selbst in den eigenen Reihen – spiegelt sich immer noch das Bild der „Partei neuen Typs“ wieder. Im Handeln ihrer SpitzenpolitikerInnen, die ihren Fokus auf Machterwerb, Machterhalt und Regierungs- und Kompromissfähigkeit legen, verfestigt sich jedoch das Bild der Grünen als eine „Partei wie andere auch“.¹⁷² Da die Parteielite sich im Gegensatz zur Basis professionell und kampagnenfähig öffentlich inszenieren kann, dominiert sie die Fremdwahrnehmung der Partei in erheblichem Maße. Vom Konflikt um Amt und Mandat drang vor allem die Sicht der SpitzenpolitikerInnen nach außen. Daher wird der permanent schwelende Konflikt zwischen Parteibasis und Parteiführung bei den Grünen in der Fremdwahrnehmung kaum als diskursive Stärke, sondern

¹⁷¹SALOMON, Dieter (1994): Politische Ziele oder Bekenntnisse mit Demonstrationscharakter, S. 50.

¹⁷²Vgl.: AL-WAZIR, Tarek / (u.a.) (1999): Bündnis 90/ DIE GRÜNEN HABEN eine zweite Chance verdient, S. 1.

eher als organisatorische Schwäche gedeutet. So hat der Streit um Amt und Mandat, obwohl er ein deutliches Alleinstellungsmerkmal der Grünen im Konflikt um Repräsentation und Partizipation darstellt, den Grünen in der Gunst der WählerInnen eher geschadet als genutzt.¹⁷³

2.4.3 Abführung von Diäten

„Überall, wo sie besteht, ist die unmittelbar demokratische Verwaltung labil. Entsteht ökonomische Differenzierung, so zugleich die Chance: daß die Besitzenden als solche die Verwaltungsfunktion in die Hände bekommen. [...] Je unabkömmlicher der in der Erwerbsarbeit Stehende wird, desto mehr hat bei sozialer Differenzierung die unmittelbar demokratische Verwaltung die Tendenz, in eine Herrschaft der ‚Honoratioren‘ hinüberzugleiten.“¹⁷⁴

Bereits Max Weber formulierte die These, dass sich direkte Demokratie nicht praktizieren lasse, wenn ökonomische Ressourcen zu ungleich zwischen den Mitgliedern eines politischen Verbandes verteilt sind.¹⁷⁵ Mit dem Begriff der „Honoratioren“ meint Weber wohlhabende Bürger, die für die Politik leben, ohne von ihr leben zu müssen, da sie über Einkommen aus Grundbesitz, etc. verfügen.¹⁷⁶ Der moderne verfassungsmäßige Staat hat indes die Politik selbst zum Beruf gemacht. Gewählte MandatsträgerInnen erhalten Diäten, die es ihnen ermöglichen, sich in vollem Umfang und hauptamtlich mit politischen Aufgaben zu befassen. Somit steht die politische Laufbahn auch nicht wohlhabenden Menschen offen, sofern es ihnen gelingt, ein vergütetes Mandat zu erlangen. Damit ist jedoch der strukturelle Unterschied zwischen hauptberuflicher Politik und Politik als Ehrenamt nicht überwunden. Politik benötigt nach wie vor Zeit und Muße. Wer von der Politik lebt, das heißt, sein Einkommen aus der politischen Tätigkeit bezieht, hat einen Vorteil gegenüber jenem, der Politik nur ehrenamtlich

¹⁷³Vgl.: FALTER, Jürgen W. / KLEIN, Markus (2003): Der lange Weg der Grünen, S. 96.

¹⁷⁴WEBER, Max (2005): Wirtschaft und Gesellschaft – Die Wirtschaft und die gesellschaftlichen Ordnungen und Mächte, Nachlass, In: Gesamtausgabe Max Weber/ Band 22; 4, J. C. B. Mohr. Tübingen, S. 141.

¹⁷⁵Vgl.: TITUNIK, Regina (2005): Democracy, Domination and Legitimacy in Max Weber's Political Thought. In: CAMIC, Charles / GORSKI, Philip S. / TRUBEK, David M. (Hg.): Max Weber's Economy and society – A critical companion. Stanford/Calif, S. 143–163, 146 f.

KITSCHOLT, Herbert (1990): New Social Movements and the Decline of Party Organization, S. 193f.

¹⁷⁶Vgl.: WEBER, Max (2005): Wirtschaft und Gesellschaft, S. 141.

und parallel zum Erwerbsleben betreibt. Uwe Jun sieht in diesem Gegensatz ein grundsätzliches Strukturmerkmal demokratischer Parteien: „Im Zuge der Professionalisierung und Medialisierung von Politik kam es zu einer Auseinanderentwicklung [...], zu einer partiellen, kognitiven und affektiven Entfremdung zwischen dem professionalisierten, hauptamtlichen Teil der Partei und der von Freiwilligkeit geprägten, oft nur gelegentlich aktiven Mitgliederbasis.“¹⁷⁷

Das basisdemokratische Konzept der Grünen wollte dieser Ausdifferenzierung entgegenwirken. Ökonomische Ungleichheiten zwischen MandatsträgerInnen und Basis sollten ausgeglichen werden. Die Rhetorik war dabei in der Frühphase stark marxistisch geprägt. Kein/e Abgeordnete/r sollte mehr verdienen als ein/e ArbeiterIn. Das Mandat sollte ökonomisch uninteressant, Berufspolitikertum im Keim erstickt werden.¹⁷⁸ Nach einer eigens entwickelten, parteiinternen Diätenordnung mussten die MandatsträgerInnen einen Großteil ihrer Diäten, aber auch einen Teil ihrer Zuwendungen für Personal als Parteispende abführen. Die Gelder flossen in einen „Ökofonds“, der eine Vielzahl basisdemokratischer Projekte und Initiativen finanzierte. Die staatlichen Diäten, die eigentlich die Unabhängigkeit der ParlamentarierInnen sichern sollten, wurden umgewidmet.¹⁷⁹ Nicht die Autonomie der Abgeordneten, sondern der basisdemokratische Input sollte damit gefördert werden. Der Lebensstil der PolitikerInnen sollte sich nicht von dem der Mitglieder an der Basis unterscheiden. So wurde beispielsweise auch darüber diskutiert, inwieweit Abgeordnete Sachleistungen und Privilegien nutzen dürfen, die ihnen im Rahmen ihres Mandats zur Verfügung gestellt werden, wie zum Beispiel den Fahrdienst des Bundestages, kostenlose Inlandsflüge in den Wahlkreis und das Bahnfahren erster Klasse.¹⁸⁰

Mit der fortschreitenden Professionalisierung grüner Fraktionsarbeit und der schrittweisen Annäherung an die anderen Parteien verliert das Prinzip einer egalitaristischen Lebensweise bei den Grünen an Schärfe. Dennoch wird Grünen-PolitikerInnen auch heute noch besonders auf die Finger geschaut, wenn es darum geht, wie sie ihre parlamentarischen Privilegien nutzen. Cem Özdemir legte beispielsweise 2002 sein neu errungenes Bundestagsmandat nieder, als bekannt

¹⁷⁷JUN, Uwe (2011): Die Repräsentationslücke der Volksparteien – Erklärungsansätze für den Bedeutungsverlust und Gegenmaßnahmen. In: LINDEN, Markus / THAA, Winfried (Hg.): Krise und Reform politischer Repräsentation. Baden-Baden, S. 95–123, 100.

¹⁷⁸Einen Überblick über die Debatte und die Umsetzung liefert: VOLMER, Ludger (2009): Die Grünen – Von der Protestbewegung zur etablierten Partei, S. 144–147.

¹⁷⁹Vgl: HEINRICH, Gudrun (1993): Basisdemokratie – Regelungen und Revision, S. 505ff.

¹⁸⁰Vgl.: VOLMER, Ludger (2009): Die Grünen – Von der Protestbewegung zur etablierten Partei, S. 128.

geworden war, dass er dienstlich gesammelte „Bonusmeilen“ der Lufthansa für private Flüge verwendet hatte. Obwohl gegen Abgeordnete aller Parteien ermittelt wurde, war der Grünen-Abgeordnete der einzige, der diese Konsequenz zog.¹⁸¹ Während ein solcher vergleichsweise kleiner Verstoß bei den anderen Parteien als Bagatelle abgetan werden kann, reicht es bei den Grünen für ein (zwischenzeitliches) Ende der parlamentarischen Karriere. Von Rechtswegen sind Regelungen, die Abgeordnete dazu zwingen, ihre Diäten an Dritte abzuführen, nicht zulässig. Die Abgabe erfolgte daher offiziell auf freiwilliger Basis, wenngleich die Diätenkommission, die für das Einziehen der Umlage zuständig war, starken moralischen Druck auf die Abgeordneten ausübte. Im dem Maße, in dem sich die Grünen mit dem Berufspolitikertum aussöhnten und ihren Abgeordneten mehr Autonomie zugestanden, schwand dieser Druck. Dennoch lassen sich Auswirkungen der Diätenabführung auch heute noch bei den Grünen beobachten. Dies schlägt sich vor allem in der Finanzierung der Partei wieder. Zu etwa einem Drittel finanzieren sich die Bundestagsparteien aus staatlichen Zuwendungen, die restlichen zwei Drittel bringen sie selbst auf.

Tabelle 2.1 zeigt die Anteile der verschiedenen Einkommensarten. Dabei wird deutlich, dass sich die Zusammenstellung der Einkünfte zwischen den Parteien deutlich unterscheidet. CSU und FDP finanzieren sich hauptsächlich aus Spenden, die großen Mitgliederparteien CDU und SPD aus Beiträgen. Bei den Grünen machen jedoch nach wie vor die Spenden von MandatsträgerInnen den größten Einnahmeposten aus. Die Tradition der Diätenabführung ermöglicht es den Grünen, auch als mitgliedsschwache Partei, einen Großteil der Gelder eigenständig aufzubringen und nicht von Spenden von Privatpersonen und Unternehmen abhängig zu sein. Das schützt die Autonomie und die politische Bewegungsfreiheit der Partei, die sich kaum externen Geldgebern verpflichtet sieht und damit auch für Lobbyismus-Vorwürfe weniger Angriffsfläche bietet. Unter den kleinen Parteien bringt einzig die Linke einen ähnlichen Eigenanteil auf. Sie muss jedoch bei vergleichbarer Mandats- und Mitgliederstärke mit gut einem Drittel weniger Budget auskommen als die Grünen. Das grüne Modell der Parteifinanzierung stellt somit immer noch ein latentes Alleinstellungsmerkmal dar und basiert zumindest noch zu einem gewissen Teil auf dem basisdemokratischen Grundsatz ökonomischer Umverteilung innerhalb des eigenen politischen Verbandes.

¹⁸¹Mit Ausnahme von Gregor Gysi, der als Berliner Wirtschaftssenator zurück trat. Siehe: Der Spiegel (2002): Miles and More and More. In: Der Spiegel, Nr. 54 (Jahreschronik)/2002, S. 198.

Tabelle 2.1 Einkommensarten der Parteien

Anteil der staatsunabhängigen Einkommensarten der Parteien 2013 [%]						
	B90/Grüne	CDU	CSU	SPD	Linke	FDP
Mitgliedsbeiträge	34,8	37,6	28,1	42,5	55,7	28,8
Mandatsträgerbeiträge	35,8	17,0	8,9	20,2	21,8	12,3
Spenden nat. Personen	17,1	19,5	24,0	10,3	15,1	31,6
Spenden jur. Personen	2,8	10,4	17,1	2,5	0,5	16,2
Sonstige	9,6	15,5	21,8	24,4	6,9	11,2

Quelle: Bundestagspräsident: Rechenschaftsbericht der Parteien 2013, eigene Darstellung

2.4.4 Rotationsverfahren

Auch eine zu lange Verweildauer der immer gleichen PolitikerInnen in Ämtern und in Parlamenten fördert die Herausbildung informeller Herrschaftsstrukturen. Bereits die Autoren der „Federalist Papers“ schlugen vor, der Herausbildung oligarchischer Strukturen mit einer schnelleren Rotation der Verantwortungsträger zu begegnen.¹⁸² Der Wahlmodus des US-Senats, bei dem alle zwei Jahre ein Drittel des Hauses neu gewählt wird, ist ein Beispiel dafür, wie das Rotationsprinzip auch institutionell umgesetzt wird.

Der Ansatz der grünen Basisdemokratie, durch rasche Rotation der eigenen Abgeordneten für frischen Wind und frische Ideen in der Fraktion zu sorgen, steht daher ideengeschichtlich auf solidem Fundament. Die Grünen gingen jedoch dabei weit über alle bis dato in der parlamentarischen Praxis gebräuchlichen Regelungen hinaus: Die Abgeordneten sollten nach zwei Jahren, also der Hälfte der Legislaturperiode, NachrückerInnen von den Landeslisten Platz machen. Parlamentarische Routine sollte sich gar nicht erst einstellen. Da jede erzwungene Verkürzung der Mandatszeit gesetzeswidrig gewesen wäre, erfolgte auch die Rotation, ebenso wie die Diätenabführung, auf freiwilliger Basis. Dabei waren Konflikte vorprogrammiert. Von Anfang an zeigte das Konzept seine Schwachstellen. Bereits nach der Hälfte der 10. Legislaturperiode des Bundestages weigerten sich zwei Abgeordnete, Petra Kelly und Gert Bastian, entgegen den Beschlüssen der Partei, zu rotieren. Bastian schied deshalb aus der

¹⁸²Vgl.: HAMILTON, Alexander / MADISON, James / JAY, John (2007): Die Federalist Papers – herausgegeben von Barbara Zehnppennig. München, S. 360, 370, 382f.

Bundestagsfraktion aus und wurde fraktionsloser Abgeordneter. Otto Schily schied wegen seiner herausgehobenen Stellung in verschiedenen Ausschüssen erst im März 1986 aus seinem Mandat, ebenso Hubert Kleinert, der wegen seiner wichtigen Rolle bei der Vorbereitung einer Verfassungsklage gegen den Ausschluss der Grünen von der Geheimdienstüberwachung ebenfalls erst 1986 rotierte.¹⁸³ Wie Ludger Volmer bemerkt, „war eben nicht jeder zu jeder Zeit ersetzbar.“¹⁸⁴ Die Entstehung eines Berufspolitikertums bei den Grünen konnte die Rotationsregel ohnehin nicht verhindern. Nach einem Prinzip, das als „Querrotation“ bekannt wurde, rotierten grüne PolitikerInnen zwischen Bundestag, Landtagen, Europaparlament und Parteiämtern hin und her, so dass sich trotzdem ein innerer Führungskreis bildete, dem die immer gleichen Gesichter in lediglich wechselnder Funktion angehörten.¹⁸⁵ Die Rotationsregelung wurde in der Folge sukzessive gelockert. Ab 1986 sollte eine Wahlperiode Standard werden, mit der Option auf Verlängerung in begründeten Ausnahmefällen. In einigen Landesverbänden hatte sich das „Amerikanischer Präsident“ – Modell durchgesetzt: Zwei Amtszeiten, eine Wiederwahl. 1991 wurde die Rotation gänzlich abgeschafft.¹⁸⁶ Die Auswirkungen des Rotationsprinzips sind heute nicht mehr zu spüren. Im 18. Deutschen Bundestag liegt das durchschnittliche Dienstalster der grünen Fraktion bei 2,6 Legislaturperioden und damit im Durchschnitt.¹⁸⁷

2.4.5 Imperatives Mandat und „Basis-Disziplin“

Das imperative Mandat stellt die weitestgehende Maßnahme basisdemokratischer Umgestaltung bei den Grünen dar. Abgeordnete sollten abweichend von Art. 38 des Grundgesetzes nicht ihrem Gewissen, sondern den konkreten Entscheidungen der Parteibasis verantwortlich sein. Politische Entscheidungen sollten in den

¹⁸³Vgl.: VOLMER, Ludger (2009): Die Grünen – Von der Protestbewegung zur etablierten Partei, S. 142ff.

¹⁸⁴Ebda.: S. 143.

¹⁸⁵Vgl.: VEEN, Hans-Joachim / HOFFMANN, Jürgen (1992): Die Grünen zu Beginn der neunziger Jahre, S. 35.

¹⁸⁶Vgl.: FALTER, Jürgen W. / KLEIN, Markus (2003): Der lange Weg der Grünen, S. 94ff.

¹⁸⁷Durchschnittliche Anzahl der Legislaturperioden der Abgeordneten der 18. Wahlperiode: B90/Grüne: 2,6, CDU/CSU: 2,9, SPD: 2,6, Linke: 2,4, Quelle: Bundestag.de, Abgeordnete in Zahlen: http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete18/mbd_zahlen/mitgl_wp/260142, (Zugriff am 14.06.2014), eigene Berechnung.

einzelnen Ortsgruppen gefällt, über die Parteiorgane delegiert und schließlich von den Abgeordneten ins Parlament getragen werden. Diese Regelung stand stark in der Tradition rätessozialistischer Vorstellung.¹⁸⁸ Ludger Volmer nennt das imperative Mandat einen „Widerspruch in sich“.¹⁸⁹ In der Tat handelt es sich dabei weniger um ein Prinzip der Mandatierung, wonach Abgeordnete Entscheidungsgewalt erhalten, die sie *im Sinne* ihrer WählerInnen ausüben sollen, sondern eher um ein Prinzip der Delegation, bei dem mit der Entsendung von Abgeordneten zugleich eine explizite Handlungsanweisung verbunden ist. Grüne PolitikerInnen sollten in erster Linie Delegierte sein und keine RepräsentantInnen. Nicht von ungefähr halten die Grünen bis heute keine Parteitage, sondern „Bundes-Delegierten-Konferenzen“ ab.

Demokratiethoretisch stehen sich das freie und das imperative Mandat diametral gegenüber, bilden sie doch die grundsätzlichen Vertretungsprinzipien zweier konkurrierender demokratischer Systeme: Parlamentarische- und Räte-demokratie. In der politischen Praxis stehen sich beide Konzepte jedoch weit weniger unversöhnlich gegenüber als es den Anschein hat. Zum einen ist das imperative Mandat auch im politischen System Deutschlands durchaus verbreitet. So besteht der Bundesrat nicht aus frei handelnden Abgeordneten, sondern aus Delegierten der Landesregierungen, die bei Abstimmungen an konkrete Weisungen gebunden sind.¹⁹⁰ Auch in einer Vielzahl anderer Gremien – vom Städtetag bis zu den Vereinten Nationen – gilt das Delegations- und nicht das Repräsentationsprinzip. Entscheidender ist jedoch, dass auch in der politischen Praxis des Bundestages das freie Mandat in der Regel der Fraktionsdisziplin unterliegt. Diese besitzt zwar keine rechtliche Grundlage, hat sich aber aus der Systemlogik des parlamentarischen Regierungssystems entwickelt und als informelle Verfahrensregel etabliert. Abgeordnete, die gegen ihre Fraktion stimmen, riskieren zwar keine juristischen Konsequenzen, wohl aber ihre Wiederwahl und ihr soziales Ansehen innerhalb der Partei. Außerdem kann der/die BundeskanzlerIn nach Art. 81 GG eine Sachabstimmung im Bundestag mit der Vertrauensfrage verbinden

¹⁸⁸Vgl.: VEEN, Hans-Joachim / HOFFMANN, Jürgen (1992): Die Grünen zu Beginn der neunziger Jahre, S. 26.

¹⁸⁹VOLMER, Ludger (2009): Die Grünen – Von der Protestbewegung zur etablierten Partei, S. 137.

¹⁹⁰Vgl.: EITH, Ulrich / SIEWERT, Markus (2010): Das „unechte“ Unikat – Der Deutsche Bundesrat. In: HAAS, Christoph M. / RIESCHER, Gisela / RUSS, Sabine (Hg.): Zweite Kammern. München², S. 97–125, 104f.

und besitzt damit in Extremfällen ein wirkmächtiges Instrument zur Herstellung der Fraktionsdisziplin. Mit seiner Vertrauensfrage 2001 zwang Gerhard Schröder etliche Abgeordnete der SPD, aber auch der Grünen dazu, für einen Militäreinsatz in Afghanistan zu stimmen, den sie ihrem Gewissen nach ablehnten. Da eine Mehrheit auch mit Hilfe der Oppositionsparteien, die den Einsatz ebenfalls befürworteten, gegeben gewesen wäre, handelte es sich bei der Vertrauensfrage Schröders um eine reine Disziplinierungsmaßnahme.

Insgesamt steht das freie Mandat in einem Spannungsverhältnis zur Vormachtstellung der Parteien im parlamentarischen System. Der Staatsrechtler Christoph Müller bemerkt dazu: „Wenn wir uns einmal auf den Standpunkt der liberalen Repräsentationslehre stellen, müssen wir das Argument gelten lassen, dass die Entwicklung der modernen Parteien dem freien Mandat widerspreche und die Verfassungswirklichkeit in einen unversöhnlichen Gegensatz zum Verfassungsrecht bringe.“¹⁹¹ Die Bindung der Abgeordneten an die Parteien und damit die Einschränkung des freien Mandats ist jedoch, wie auch Manfred G. Schmidt betont, für das Funktionieren des Gesetzgebungsprozesses notwendig: „[D]ie Wirklichkeit eines parlamentarischen Regierungssystems mit komplexen Gesetzgebungsaufgaben einerseits und Kampf zwischen Regierung und Opposition um Machterwerb und Machterhalt andererseits lässt keine grundlegende Alternative zur Parteibindung und Fraktionsdisziplin der Abgeordneten offen. Ohne dies droht, die Geschichte der Vierten Republik Frankreichs (1946–1958) lehrt es, fortwährende politische Instabilität.“¹⁹²

Wenn nun aber eine Einschränkung des freien Mandats und Parteibindung im Abstimmungsverhalten bis zu einem bestimmten Maß als notwendig und legitim angesehen werden, so kann auch das imperative Mandat der Grünen in der parlamentarischen Tradition Deutschlands nicht so sehr als Fremdkörper betrachtet werde, wie es auf den ersten Blick erscheint. Auch die Grünen konnten in ihrer Parteisatzung keine formale Regelungen schaffen, die der Gewissensfreiheit der Abgeordneten (Art. 38 Grundgesetzes) widersprachen. Das imperative Mandat war daher, ähnlich wie die Fraktionsdisziplin, eine informelle Regelung, die nicht durch juristische, sondern durch soziale Kontrolle verwirklicht wurde. Der entscheidende Unterschied bestand aber darin, an welche Instanz der Partei die Abgeordneten gebunden waren. Müller stellt fest, dass eine Beeinflussung auf

¹⁹¹MÜLLER, Christoph (1966): Das imperative und freie Mandat – Überlegungen zur Lehre von der Repräsentation des Volkes. Leiden, S. 28.

¹⁹²SCHMIDT, Manfred G. (2011): Das politische System Deutschlands, S. 143.

zwei Stufen stattfindet: Einmal auf der Ebene der Partei und ein weiteres Mal auf der Ebene der Fraktion.¹⁹³ Während sich bei den anderen Parteien des Bundestags die Disziplinierung der Abgeordneten auf der Ebene der Fraktion vollzieht, orientieren sich die Abgeordneten der Grünen in stärkerem Maße an der Partei selbst. Die Grundlinien ihres Abstimmungsverhaltens werden nicht im Parlament, sondern in den Parteiorganen, in letzter Instanz durch die Entscheidungen der Bundesdelegiertenkonferenz, festgelegt. Man könnte analog zur Fraktionsdisziplin auch von einer Partei- oder Basisdisziplin sprechen.

Wenn auch der Begriff des imperativen Mandats in seiner rätedemokratischen Konnotation längst aus dem Wortschatz der Grünen verschwunden ist, ist eine gewisse Basisdisziplin immer noch spürbar. Die Parteibasis der Grünen ist sehr viel aktiver als die der anderen Parteien, wenn es darum geht, ihre Parteielite zur Ordnung zu rufen, zu sanktionieren oder sie auf bestimmte politischer Grundsatzentscheidungen zu verpflichten. Als Beispiel dafür führen Ulrich Alemann und Tim Spier den „Fünf-DM-Beschluss“ der Bundesdelegiertenkonferenz in Magdeburg 1998 an.¹⁹⁴ Kurz vor der Bundestagswahl, in einer Phase starker Umfrageergebnisse, die zum ersten Mal eine grüne Regierungsbeteiligung in Aussicht stellten, beschlossen die Delegierten der Grünen, die geplante ökologische Steuerreform durch eine massive Erhöhung der Mineralölsteuer zu finanzieren und fassten den Beschluss, der Benzinpreis solle schrittweise auf fünf DM pro Liter angehoben werden.

Im Selbstverständnis grüner Ökologie stellte dies keine besonders extreme Forderung dar, entsprach das Vorhaben doch dem Prinzip, die Kosten ökologischer Reformen gemäß des Verursacherprinzips umzulegen. Mit dieser Demonstration ihrer Prinzipientreue bewies die grüne Basis jedoch schlechtes Timing. Sich als designierte Regierungspartei im Wahlkampf mit den deutschen AutofahrerInnen anzulegen, war taktisch äußerst unklug. Die SpitzenkandidatInnen der Grünen verbrachten einen Großteil des Wahlkampfes mit Schadensbegrenzung und damit, sich für den „Fünf-DM-Beschluss“ ihrer Partei zu rechtfertigen und die Empörung darüber zu dämpfen. Schließlich mussten sich die Grünen

¹⁹³Vgl.: MÜLLER, Christoph (1966): Das imperative und freie Mandat, S. 12.

¹⁹⁴Vgl.: ALEMANN, Ulrich von / SPIER, Tim (2009): Die deutschen Parteien unter veränderten Rahmenbedingungen. In: ANDERSEN, Uwe (Hg.): Parteien in Deutschland – Krise oder Wandel? Schwalbach, Ts, S. 39–61, 54f.

mit einem – gemessen an den Prognosen – schwachen Wahlergebnis zufrieden geben.¹⁹⁵ Bereits ein halbes Jahr zuvor hatte Joschka Fischer öffentlich gewarnt, die Grünen könnten mit ihrem geplanten Wahlprogramm bei den Bundestagswahlen einen „Absturz“ erleben.¹⁹⁶ Die Grünen gingen offenen Auges in ihr Wahlkampfdebakel.

Was Jürgen Falter schlicht als „Unprofessionalität“¹⁹⁷ abtut, ist aber auch ein Hinweis auf die Basistreue der Grünen, die ihre WahlkämpferInnen zwangen, einen ideologisch motivierten Entschluss jedem wahltaktischen Kalkül voranzustellen. Auch die aktuelle grüne Parteisatzung schreibt der Basis entscheidende inhaltliche Kompetenzen zu: „Über alle Fragen der Politik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, insbesondere auch der Programme, des Grundkonsenses und der Satzung, kann urabgestimmt werden.“¹⁹⁸ Für die Initiierung einer Urabstimmung sind dabei nur sehr unerschwellige Quoren zu überwinden.¹⁹⁹ Zwar sind auch bei anderen Parteien Mitgliederentscheide möglich, doch bereits die offene Formulierung („alle Fragen der Politik“) hebt den grundsätzlichen Stellenwert der Basisentscheidung heraus. Als bisher einzige Partei Deutschlands ließen die Grünen ihre SpitzenkandidatInnen für die Bundestagswahl 2013 in einer Urabstimmung wählen. Bemerkenswert war dabei, dass sowohl Claudia Roth als amtierende Bundesvorsitzende, als auch Renate Künast als amtierende Fraktionsvorsitzende unterlagen. Bei allen anderen Parteien, auch der Linken, wäre es undenkbar, dass die Parteimitglieder ihren AmtsträgerInnen vor einer Wahl in dieser Weise das Misstrauen aussprechen. Auf Parteitag der SPD gelten weniger als 95 Prozent Zustimmung für einen Kanzlerkandidaten als schlechtes Ergebnis. Dort heißt es vor allem, geschlossen hinter den gemeinsamen KandidatInnen zu stehen.

¹⁹⁵Eine umfassende Untersuchung des „Fünf-DM-Beschlusses“ und seiner Folgen für den Wahlausgang 1998 bietet: ARZHEIMER, Kai / KLEIN, Markus (1999): Die Grünen und der Benzinpreis – Die Wählerschaft von BÜNDNIS 90/ Die Grünen im Vorfeld der Bundestagswahl 1998. In: ZA-Information / Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung, Nr. 45/1999, S. 20–43.

¹⁹⁶Zitiert nach: Ebda.: S. 25.

¹⁹⁷FALTER, Jürgen W. / KLEIN, Markus (2003): Der lange Weg der Grünen, S. 128.

¹⁹⁸Bündnis 90/Die Grünen (2014): Grüne Regeln – Satzung des Bundesverbandes. Berlin, S. 59f.

¹⁹⁹„Die Urabstimmung findet statt auf Antrag 1. von fünf von hundert der Mitglieder oder 2. von einem Zehntel der Kreisverbände oder 3. von drei Landesverbänden oder 4. des Länderrates oder 5. der Bundesversammlung oder 6. des Frauenrates oder 7. des Bundesvorstands und des Parteirats gemeinsam mit jeweiliger 2/3-Mehrheit statt.“, siehe ebda.: S. 60.

Bei den Grünen jedoch gelten (zumindest noch zum Teil) abweichende Spielregeln. Wenn dort der Parteiführung die Kandidatur verwehrt wird, oder Anträge des Bundesvorstands abgelehnt werden, wird dies von Medien und WählerInnen weniger als Zeichen für Führungsschwäche oder Krise der Partei interpretiert, sondern bietet eher Anlass dafür, die eigene Andersartigkeit und das Funktionieren basisdemokratischer Entscheidungsfindung zu loben. Somit ist zwar das imperative Mandat als solches Vergangenheit, ein alternativer Politikstil, der politische Entscheidungen in stärkerem Maße als bei den anderen Parteien an die Beschlüsse der Basis rückkoppelt, kann jedoch auch heute als ein latentes Alleinstellungsmerkmal der Grünen im deutschen Parteiensystem angesehen werden.

2.4.6 Quotierung und Gruppenrepräsentation

Die Grünen-Abgeordnete Waltraud Schoppe hielt am 5. Mai 1983 ihre Antrittsrede im deutschen Bundestag. Sie thematisierte den Abtreibungsparagraphen 218, Gewalt in der Ehe und die systematische Benachteiligung von Frauen in der Gesellschaft. Nachdem ihre Rede immer wieder durch Zwischenrufe gestört wurde, forderte Schoppe die Abgeordneten auf, den „alltäglichen Sexismus im Parlament“ einzustellen. Das Protokoll vermerkt daraufhin „anhaltendes Lachen“ im Plenarsaal.²⁰⁰ Die Presse sprach anderentags von einem „johlenden, grölenden Männermob im Bundestag“²⁰¹ Das Verhalten der Abgeordneten der 10. Wahlperiode, darunter 90 Prozent Männer, demonstriert eindringlich, wie isoliert die Grünen mit ihrer Forderung nach Geschlechtergerechtigkeit in der politischen Debatte der frühen achtziger Jahre standen. Dabei waren feministische Forderungen zu dieser Zeit alles andere als unbekannt. Vor allem in den USA, aber auch in Deutschland war der akademische Feminismus längst als wissenschaftliche Disziplin etabliert und auch in der „neuen sozialen Bewegung“ war feministisches Denken weit verbreitet. Die Grünen waren in Deutschland die erste und lange Zeit auch einzige Partei, die die Forderungen nach Gleichberechtigung in die Parlamente trug. Im Rahmen ihrer basisdemokratischen Prinzipien betrieben die Grünen als erste die Quotierung nach Geschlechtern. Parteiämter und Wahllisten wurden paritätisch besetzt. Dabei etablierten die Grünen mit dem

²⁰⁰Deutscher Bundestag: Plenarprotokoll 10/5 – Stenographischer Bericht. <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/10/10005.pdf>, (Zugriff am 14.06.2015), S. 248–250.

²⁰¹LAU, Mariam (2013): Orgasmus im Bundestag. In: Die Zeit / 27.03.2013.

„Reißverschlussprinzip“ ein Konzept, das bis heute im Wesentlichen unverändert praktiziert wird.²⁰² Im „Frauenstatut“ innerhalb der Parteisatzung wird festgelegt, dass Wahllisten immer abwechselnd von Männern und Frauen zu besetzen sind, wobei alle ungeraden Plätze (also auch Platz eins) Frauen vorbehalten sind.²⁰³

Dass sich der Frauenanteil im Bundestag seit den achtziger Jahren von einem Zehntel auf ein Drittel erhöht hat, ist zu einem nicht geringen Teil den Grünen zuzuschreiben. Die Praxis einer konsequenten Quotierung, die sowohl gegen parteiinternen Widerstand als auch antifeministische Strömungen in der Gesellschaft durchgesetzt wurde, hat entscheidend dazu beigetragen, geschlechtsspezifische Diskriminierung in der Politik zu thematisieren und Forderungen nach geschlechtssensiblen Regelungen im öffentlichen Raum zu einer gesellschaftlichen Norm zu erheben. Andere Parteien haben mittlerweile zumindest in Sachen Frauenquote nachgezogen. Julia Chojecka und Helga Lukoschat haben die geschlechtsspezifischen Regelungen der einzelnen Parteien im Hinblick auf die Aufstellung von Wahllisten miteinander verglichen: Mit Ausnahme der FDP, die keinerlei Regelungen vorsieht, praktizieren alle großen Parteien in Deutschland eine Quotierung. Die SPD verfolgt auf allen Organisationsebenen eine interne Frauenquote von 40 Prozent und verfährt wie die Grünen nach dem „Reißverschlussprinzip.“ Das CDU-interne Frauen-Quorum beträgt ein Drittel. Dass beide Parteien ihr formuliertes Ziel nicht erreichen, liegt vor allem daran, dass es für die DirektkandidatInnen keine Quotenregelungen gibt und über die Erststimme überwiegend Männer ins Parlament einziehen. Die Linke praktiziert ein mit dem grünen identisches Modell. Damit sind Grüne und Linke die beiden einzigen Parteien, die sowohl einen Frauenanteil von über 50 Prozent auf ihren Wahllisten als auch die parteiinterne Vorgabe erreichen.²⁰⁴ Wenn auch der Frauenanteil bei den anderen Parteien immer noch zu wünschen übrig lässt, so sind die Grünen doch in Sachen Frauenquote auch Opfer ihres eigenen Erfolgs. Das einstige Alleinstellungsmerkmal, Geschlechterthemen exklusiv zu beanspruchen, hat sich abgeschwächt. Mit Rita Süsmuth und Angela Merkel waren es vor allem zwei Politikerinnen der CDU, die das Bild von Frauen in politischen Machtpositionen

²⁰²Vgl.: VOLMER, Ludger (2009): Die Grünen – Von der Protestbewegung zur etablierten Partei, S. 147–152.

²⁰³Bündnis 90/Die Grünen (2014): Grüne Regeln – Satzung des Bundesverbandes, S. 62.

²⁰⁴Vgl.: CHOJECKA, Julia / LUKOSCHAT, Helga (2013): Deutschlandreport – Eine Analyse der Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten für die Bundestagswahl 2013 unter Gleichstellungsaspekten. http://frauen-macht-politik.de/fileadmin/eaf/Dokumente/EAF_Deutschlandreport.pdf, (Zugriff am 26.04.2015).

in Deutschland prägten. Dennoch sind die Grünen unverkennbar die Partei in Deutschland, bei der die Gleichstellung der Geschlechter den höchsten Stellenwert einnimmt. Wie im Verlauf dieser Arbeit noch gezeigt werden wird, spiegelt sich die progressive Geschlechterpolitik der Grünen vor allem in ihrer Wählerschaft wider.²⁰⁵

Allerdings war das Geschlecht nicht der einzige Faktor, nach dem bei den Grünen quotiert wurde. Die meisten Landesverbände versuchten bei der Besetzung von Wahllisten auch andere Merkmale zu berücksichtigen, so zum Beispiel: Religion, Alter, sexuelle Orientierung und Angehörige unterschiedlicher Parteiflügel.²⁰⁶ Das Konzept der Multi-Quotierung brachte, wie Ludger Volmer darlegt, in der Praxis Probleme mit sich. Zum einen war die grüne Parteibasis nicht groß genug, um stets den „multiquotalen Kandidaten“ für eine Position zu finden, zum anderen machte die Quotierung den eigentlichen Wahlakt oft überflüssig, wenn es nur eine passende Kandidatin oder einen passenden Kandidaten gab. Dies lud zum politischen Taktieren mit der Quote ein.²⁰⁷ Die Regelungen wurden daher sukzessive gelockert. Der grundsätzliche Anspruch nach möglichst großer Diversität ist jedoch geblieben. So werden alle wichtigen Positionen (Bundesvorsitz, Fraktionsvorsitz, SpitzenkandidatInnen, etc.) bei den Grünen als gleichberechtigtes Tandem besetzt. Dabei wird neben dem Geschlecht auch darauf geachtet, dass beide unterschiedlichen Strömungen der Partei angehören.²⁰⁸

2.4.7 Anspruch und Wirklichkeit – Was bleibt vom grünen Basismodell?

Bemerkenswert ist jedoch, dass die Forderung nach umfassender Quotierung im Gegensatz zu den anderen basisdemokratischen Maßnahmen wie Rotation, Diäten-Abführung und imperativem Mandat nicht aus dem Repertoire räte-demokratischer Prinzipien stammt. In einem System reiner Delegation ist eine Quotierung

²⁰⁵Vgl. Kap. 3.1.6.

²⁰⁶Vgl.: VOLMER, Ludger (2009): Die Grünen – Von der Protestbewegung zur etablierten Partei: eine Bilanz, S. 150.

²⁰⁷Ebda.

²⁰⁸Im Fraktionsvorstand gilt beispielsweise Anton Hofreiter als Vertreter der Partei-Linken, Katrin Göring-Eckardt als Vertreterin der konservativen Strömung. Im Bundesvorstand gilt Cem Özdemir als Konservativer, Simone Peter als Vertreterin linker Strömungen.

überflüssig und daher nicht vorgesehen, da die EntscheidungsträgerInnen ohnehin weisungsgebunden agieren. Im Gegenteil knüpfen die Grünen mit der Forderung nach umfassender Quotierung an den Kern der proportionalen Repräsentationstheorie an. Hanna Pitkin beschreibt Repräsentation als eine „Darstellung“ des Gesamten im Kleinen. Demnach müsse ein Repräsentativorgan eine „Verdichtung“ (condensation) und „Verkleinerung“ (miniature) des Elektorats darstellen.²⁰⁹ Eine eben solche spiegelbildliche Repräsentation des Ganzen streben die Grünen mit ihren Quotenregelungen an. Im Verbund mit der geforderten Basisdisziplin spricht das basisdemokratische Konzept der Grünen jedoch auch einen weiteren wichtigen Punkt der Repräsentationstheorie Pitkins an: Die Repräsentation als „substantiellen“ Akt der Vertretung. Dabei spielt die Responsivität zwischen Repräsentiertem und Repräsentierendem eine große Rolle. Dazu heißt es: „The representative must act in such a way that there is no conflict, or if it occurs an explanation is called for.“²¹⁰ Mit ihrer Forderung nach einerseits verstärkter Gruppenrepräsentation und andererseits aktiver Responsivität zwischen einzelnen Gruppen und ihren Repräsentanten implementierten die Grünen eben jene Verfahrensregeln, die auch im Zusammenhang mit einer „partizipatorischen Neubewertung politischer Repräsentation“²¹¹ immer wieder angesprochen werden: So sieht auch Iris Young in einer aktiven Quotierung nach Geschlecht und anderen Merkmalen wie ethnischer oder sozialer Herkunft ein entscheidendes Mittel zur Integration verschiedener Perspektiven und Interessen in der Parteipolitik.²¹² Im Verbund mit institutionellen Mechanismen der Rechenschaftspflicht (accountability) sieht sie darin die Chance einer demokratischen Erneuerung der parlamentarischen Repräsentation.²¹³ Nach dieser Interpretation muss basisdemokratische Initiative nicht als anti-parlamentarisch verstanden werden, sondern als substantieller Bestandteil eines reformierten Repräsentationsbegriffs. Nadia Urbinati beschreibt die Rückbindung der Repräsentierenden an soziale Foren, Bewegungen, Bürgerverbände, Medien und öffentliche Proteste als „essential ingredient of

²⁰⁹PITKIN, Hanna Fenichel (1967): *The Concept of Representation*. Berkeley, Los Angeles, S. 73.

²¹⁰Ebda.: S. 209.

²¹¹THAA, Winfried (2008): Kritik und Neubewertung politischer Repräsentation – Vom Hindernis zur Möglichkeitsbildung politischer Freiheit. In: *Politische Vierteljahresschrift*, Nr. 4/2008, S. 618–640, hier S. 628–637.

²¹²Vgl.: YOUNG, Iris Marion (2000): *Inclusion and democracy*. Oxford, New York, S. 150.

²¹³Vgl.: Ebda.: S. 132.

representation's democratic performance.“²¹⁴ Auch die grüne Parteisatzung wird nicht müde, die exponierte Position solcher Basisinstitutionen zu erwähnen, so heißt es beispielsweise: „Die Meinungs- und Willensbildung von Initiativen und Vereinen, der Arbeits- und Basisgruppen wird auf allen Ebenen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einbezogen.“²¹⁵

Gerade der hohe Stellenwert, den Gruppenrepräsentation und Quotierung im politischen Konzept der Grünen einnehmen, macht deutlich, dass das basisdemokratische Projekt der Grünen im Konflikt zwischen Repräsentation und Partizipation durchaus differenziert zu betrachten ist. Es handelt sich nicht lediglich um den Nachhall räte-romantischer Vorstellungen ehemaliger K-Gruppen-Mitglieder. Auch ist es mit dem Hinweis Dieter Salomons, Basisdemokratie sei lediglich das „einigende, symbolische Band“²¹⁶ nicht getan. Sowohl in ihrer Krisendiagnose des etablierten parlamentarischen Systems, als auch in den geforderten Einzelmaßnahmen basiert die grüne Basisdemokratie auf zentralen Erkenntnissen und Forderungen der modernen Demokratie- und Repräsentationstheorie. Der Versuch einer partizipatorischen Erneuerung der Repräsentation, die sich jedoch nicht in der identitären Volksdemokratie verliert, sondern diese mit einem System responsiver Gruppenrepräsentation und parteipolitischer Organisation verbindet, trifft den Kern dessen, was auch aus demokratietheoretischer Sicht immer wieder für notwendig erachtet wird, um den demokratischen Charakter der Repräsentation zu stärken. Durch die chaotischen Zustände, die bei den Grünen herrschten und bis heute herrschen, wird häufig die Tatsache verdeckt, dass es sich im Kern um eine Partei Intellektueller handelt und ihr konzeptioneller Entwurf das Produkt jahrzehntelanger Diskurse und Erfahrungen in Sachen außerparlamentarischer Opposition, Organisation und politischer Argumentation ist. Was gemeinhin gerne als verträumte, sozialromantische Utopie dargestellt wird, ist vielmehr das ambitionierteste demokratische Reformprojekt der Nachkriegszeit.

Es lässt sich auf der anderen Seite jedoch auch keinesfalls leugnen, dass sich die grüne Basisdemokratie zunehmend zerreißt. Gerade die Zeit der rot-grünen Regierung hat gezeigt, dass sich Basisdemokratie und ein alternativer Politikstil in der Opposition leichter praktizieren lassen, als in der Regierung, wo vor allem schnelle Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit gefragt ist und weder

²¹⁴URBINATI, Nadia (2006): Representative democracy – Principles and genealogy. Chicago, S. 28f.

²¹⁵Bündnis 90/Die Grünen (2014): Grüne Regeln – Satzung des Bundesverbandes, S. 29.

²¹⁶SALOMON, Dieter (1994): Politische Ziele oder Bekenntnisse mit Demonstrationscharakter, S. 53.

der Koalitionspartner noch die Öffentlichkeit die Geduld für grüne Basisdebatten aufbringen. Auch das autoritäre Interregnum Joschka Fischers und die mediale Zuspitzung auf eine einzelne Persönlichkeit („Zweitstimme ist Joschka-Stimme“²¹⁷) erscheint wie ein Kontrapunkt zum eigentlichen grünen Anspruch, Elitenherrschaft im politischen System einzudämmen. Immerhin zeigt der offene Konflikt zwischen Fischer und der Parteibasis, der schließlich auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Bielefeld 1999 eskalierte, dass die Grünen noch nicht gänzlich bereit waren, sich dem Führungsanspruch Einzelner zu beugen. Letztlich haben die Grünen Joschka Fischer, auch entgegen der Befürchtung Jürgen Falters, politisch überlebt, wohingegen der Politiker Joschka Fischer die Grünen politisch nicht überlebt hat.²¹⁸

Doch es zeigt sich auch weiterhin, dass die Grünen, dort wo sie regieren, sei es in den Rathäusern von Universitätsstädten wie Stuttgart, Freiburg, Konstanz oder Tübingen oder in der Stuttgarter Staatskanzlei, ebenso machtbewusst und pragmatisch handeln, wie ihre VorgängerInnen aus den „etablierten“ Parteien. Einen gänzlich neuen, basisdemokratischen Politikstil sucht man oft vergebens. Es klafft bei den Grünen eine deutliche Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen grünen Normen und grünem Handeln. Im Selbstverständnis der Partei ist die Basisdemokratie immer noch verankert. Es existiert nach wie vor ein Grundverständnis von Andersartigkeit in Sachen Entscheidungsfindung, Inklusion und Mitgestaltung und der Anspruch, politische Entscheidungen gemäß der selbst auferlegten normativen Regeln anzugehen. Woran liegt es also, dass grüne Regierungspolitik so selten das Ideal der Basisdemokratie widerspiegelt?

Das Problem liegt nicht in der Architektur der grünen Basisdemokratie, also in den formellen und informellen Regeln und Verfahren, sondern in der Basis selbst. Der Begriff der Basis bleibt in der Rhetorik der Grünen eine unbekannte Größe. Es muss daher die Frage gestellt werden, welche Gruppe von Menschen die grüne Basis überhaupt umschließt. So kritisieren Hans-Joachim Veen und Jürgen Hoffmann bereits Anfang der neunziger Jahre, dass die Grünen niemals klargestellt hätten, welcher Basis die Abgeordneten denn nun konkret verpflichtet sei: Der Mitgliederbasis, der Wählerbasis, der Basis der sozialen Bewegung oder ganz allgemein allen Menschen, die einen alternativen Politik- und Lebensstil pflegen, der von den anderen Parteien nicht vertreten wird?²¹⁹ Der Basisbegriff der

²¹⁷Vgl.: FALTER, Jürgen W. / KLEIN, Markus (2003): Der lange Weg der Grünen, S. 177.

²¹⁸Ebda.: S. 221.

²¹⁹Vgl.: VEEN, Hans-Joachim / HOFFMANN, Jürgen (1992): Die Grünen zu Beginn der neunziger Jahre, S. 36.

Grünen stammt aus der „neuen sozialen Bewegung“ und bezeichnet weniger eine Institution oder konstitutionelles Organ als vielmehr den allgemeinen begrifflichen Gegensatz von „Elite“. Joachim Raschke führt aus: „Basis‘ symbolisiert ein breites ideologisches Feld. Es verweist noch einmal auf Bewegung, verlagert die Erwartung auf die Graswurzel, nachdem Führung und Bürokratie versagt haben, signalisiert das Fundamentale des anstehenden Wandels, der mit Basisdemokratie gleich beginnen kann.“²²⁰

Die semantische Überhöhung der Basis ist die eigentliche Schwachstelle grüner Basisdemokratie. Während sie als Legitimationswerkzeug vortrefflich ihren Dienst tat, wurde versäumt, klarzustellen, in welcher Form Basis als Grundlage eines politischen Entscheidungssystems dienen kann. Da grüne Basisdemokratie ja gerade kein System abstrakter Repräsentation ist, sondern nach aktiver Partizipation und konkreten Entscheidungen verlangt, kommt als Basis eigentlich nur der aktive Teil der Mitglieder in Frage oder zumindest der Teil der grünen oder alternativen Bewegung, der bereit ist, regelmäßigen politischen Input zu leisten. Während andere Parteien, die – im Selbstverständnis reiner Repräsentanten – ihre Legitimität daraus ziehen, *für* eine bestimmte Gruppe von Klienten zu sprechen (für die Arbeiter, für die Katholiken, etc.), oder im Fall von Volksparteien sogar für die gesamte Bevölkerung, muss das grüne Basismodell *durch* seine Mitglieder sprechen. Genau an diesem Punkt zeigt sich das Grundproblem der Grünen: Ihr basisdemokratisches Konzept ist aus dem Selbstverständnis einer Bewegungspartei heraus formuliert, eine solche Bewegungspartei sind die Grünen aber nicht (mehr). Mit rund 60.000 Mitgliedern sind sie unter den Bundestagsparteien diejenige mit den wenigsten Mitgliedern.²²¹ Abbildung 2.10 zeigt den Organisationsgrad der Parteien, definiert als der prozentuale Anteil der Parteimitglieder an den WählerInnen der Partei seit 1983.

Daraus ist abzulesen, dass die Grünen schon immer, also auch während ihrer Frühphase, die Partei mit dem niedrigsten Organisationsgrad in Deutschland waren. Selbst die FDP, die den klassischen Typus einer Klientelpartei darstellt, hat im Vergleich zu ihren Wählerstimmen stets mehr Mitglieder gehabt. Quantitativ betrachtet, entspricht am ehesten die CSU dem Typus der Basis-Partei. Rund fünf Prozent ihrer WählerInnen sind auch in der Partei organisiert.

²²⁰RASCHKE, Joachim / HEINRICH, Gudrun (Hg.) (1993): Die Grünen – Wie sie wurden, was sie sind. Köln, S. 34.

²²¹Vgl.: NIEDERMAYER, Oskar (2015): Parteimitglieder in Deutschland – Version 2015. <http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsocz/schriften/Arbeitshefte/AH-OSZ25.docx>, (Zugriff am 02.05.2015), S 2.

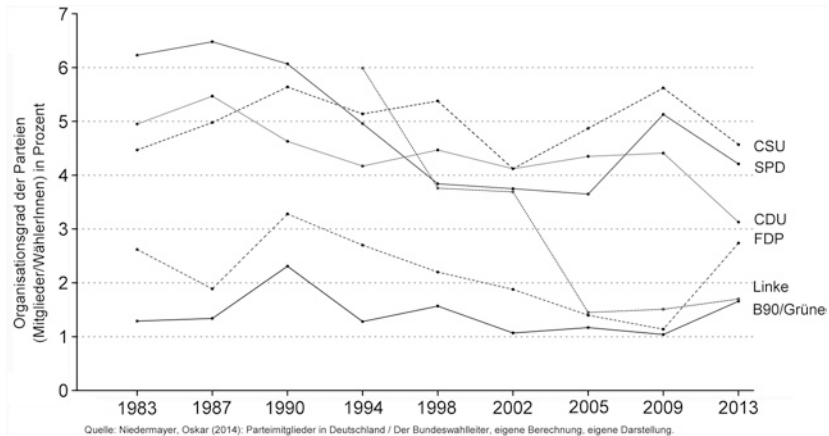


Abbildung 2.10 Organisationsgrad der Parteien (1983–2013)

Bei den Grünen sind es ein bis zwei Prozent. Ein Entscheidungssystem, das auf kontinuierlichen Input der Basis angewiesen ist, steht damit auf schwachen Füßen, zumal nur ein Bruchteil der rund 60.000 Mitglieder auch regelmäßig politisch aktiv ist.

Auch bei den Grünen – darin sind sich mehrere AutorInnen einig – ist der Partizipationsgrad der Mitglieder nicht wesentlich höher als bei den anderen Parteien.²²² Auch Alan Ware kommt in seiner Studie über die Organisationsstruktur von Parteien zu dem Ergebnis, dass mangelnder Input von Seiten der Parteibasis die Achillesferse direktdemokratischer Strukturen sei. Dabei führt er die Grünen explizit als Beispiel an:

„The example of the [german] greens does not show that internal party democracy is impossible. But it does show, that it would be difficult to practice unless there were a relatively large and stable membership most of whom were regularly involved in thinking about the issues facing them and who attend party meetings regularly. In the absence of these conditions the alternative to formal organization may not be democracy but chaos.“²²³

²²²Vgl.: POGUNTKE, Thomas (1993): Der Stand der Forschung zu den Grünen, S. 39.

²²³WARE, Alan (2009): Political parties and party systems. Oxford, New York, S. 110.

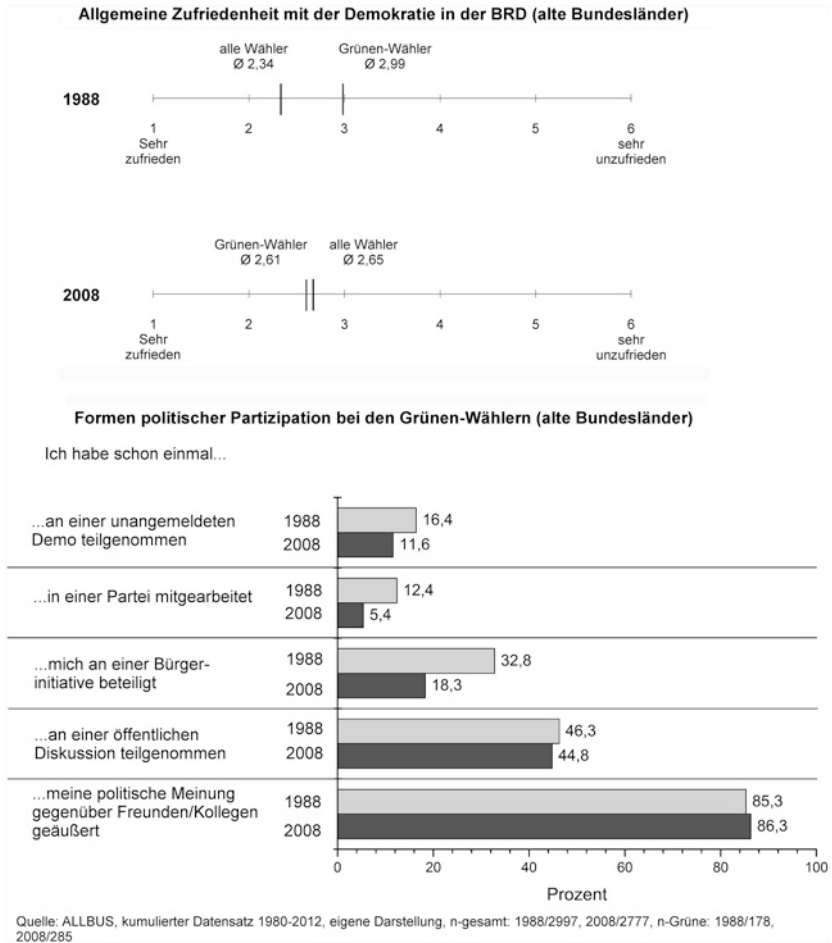


Abbildung 2.11 Einstellung der Grünen-WählerInnen zu Demokratie und politischer Partizipation

Dass sich die Chancen der Umsetzung des basisdemokratischen Projekts verschlechtern, zeigt auch ein Zeitvergleich der Grünen-WählerInnen hinsichtlich deren Einstellung zum politischen System und zu verschiedenen Partizipationsformen. Abbildung 2.11 zeigt, dass die WählerInnen der Grünen 1988 deutlich

unzufriedener mit dem politischen System in Deutschland waren als der Durchschnitt der WählerInnen. Der Anreiz, an alternativen Vertretungsformen zu partizipieren war daher groß. 2008 hat sich das Verhältnis jedoch umgekehrt und die Grünen-WählerInnen sind mit der Demokratie in Deutschland überdurchschnittlich zufrieden. Auch was die bevorzugten Formen politischer Partizipation angeht, haben sich die WählerInnen der Grünen verändert. Sie zeigen ungebrochenes Interesse an politischen Diskursen, fast alle vertreten öffentlich ihre politische Meinung. Ein überaus starker Politisierungsgrad ist also durchaus spürbar. Die Bereitschaft zu konkreter, organisierter politischer Partizipation ist jedoch gesunken. Im Vergleich zu 1988 hat sich der Anteil derer, die bereits einmal in einer Partei oder einer Bürgerinitiative mitgearbeitet haben, halbiert. Damit wird klar, dass das Basisdemokratie-Modell in seiner ursprünglichen partizipatorisch-rätedemokratischen Prägung immer weniger gefragt ist. Die WählerInnen der Grünen streben nach wie vor nach politischer Beteiligung, jedoch immer weniger im Rahmen des „Graswurzel-Prinzips“, in spontaner, selbstorganisierter Initiative, durch Partei- und Gremienarbeit. Stattdessen sind die Grünen als Partei zunehmend als Informationsvermittler und Moderator gefragt. Nicht mehr direkte politische Aktionen wie Demonstrationen, Besetzungen, studentische Selbstverwaltung, Wohnprojekte etc. bestimmen das Bild grüner Beteiligungspolitik, sondern Bürgerentscheide, Informationsveranstaltungen, runde Tische, Schlichtungs- und Moderationsverfahren. Ein prominentes Beispiel ist der Schlichtungsprozess zum Bahnprojekt „Stuttgart 21“ unter Vorsitz Heiner Geißlers, an dem die Grünen-Politiker Palmer und Kretschmann stellvertretend für die GegnerInnen des Projekts teilnahmen. So waren es vor allem die Grünen, die versuchten, die größte Protestbewegung der letzten Jahrzehnte von der Straße in ein formales, organisiertes Schlichtungsverfahren zu überführen und die Frage schließlich in einer Volksabstimmung zu klären. Wenngleich die Grünen damit den Bahnneubau nicht verhindern konnten, sicherte ihr Verhalten als Moderator der Krise ihnen Zustimmung für die kommende Landtagswahl.

Das Alleinstellungsmerkmal der Grünen, Vertreter eines grundlegend anderen Politikkonzepts zu sein und damit ihre exponierte Position im Konflikt um Repräsentation und Partizipation, hat sich über die Jahre merklich abgeschwächt. Zugleich wird grüne Beteiligungsdemokratie dadurch aber auch massenkompatibler. Mit marxistisch-rätedemokratischer Fundamentalopposition sind in Deutschland im 21. Jahrhundert keine Wahlen zu gewinnen, wohl aber mit dem Image eines modernen, selbstreflektierenden Politikstils, der zwar den Geist der Bewegungsgeschichte atmet, sich aber gleichzeitig an machtpolitischem Pragmatismus orientiert. Urbinati sieht ein ideales demokratisches Repräsentationsorgan

als „Janus-köpfige“ Institution, die stets ein Gesicht dem Staat, das andere der Gesellschaft zugewandt habe.²²⁴ Diese Ambivalenz spiegelt sich im zwiespältigen Charakter der grünen Partei, einerseits als Organ der parlamentarischen Parteien-demokratie, andererseits als historischen Fortsatz einer sozialen Bewegung wider. Wenn auch die Grünen in der politischen Praxis diesem Idealtypus immer weniger entsprechen, weil der Janus-Kopf – um in Bild Urbinatis zu bleiben – auf Seiten der Gesellschaft zu oft ins Leere blickt, so kommen sie ihm nichtsdestotrotz näher, als alle anderen im Parlament vertretenen Parteien.

2.5 Zwischen gewaltlosem Staat und Staatsgewalt – Die Grünen und der pazifistische Konflikt

Die politische Forderung des Pazifismus ist in der Geschichte der Bundesrepublik so eng mit der Geschichte der grünen Partei verbunden, dass es nicht sinnvoll wäre einen Konflikt zu beschreiben, ohne nicht zumindest einige frühe Grundstatements der Partei vorwegzunehmen. Pazifismus verstanden die Grünen als universalistisches Konzept, das sich nicht nur auf den militärischen Bereich der Außenpolitik erstreckt, sondern die Frage nach staatlicher und gesellschaftlicher Gewalt allgemein stellt. Dabei wird der Begriff der Gewalt über den der klassischen Staatslehre ausgedehnt. Nicht nur physische Gewalt, auch latente Gewalt im Sinne von gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Zwang innerhalb und zwischen gesellschaftlichen Gruppen wird zum Thema. Im Gründungsprogramm ist zu lesen: „Gewaltfreiheit gilt uneingeschränkt und ohne Ausnahme zwischen allen Menschen, also ebenso innerhalb sozialer Gruppen und der Gesellschaft als Ganzem als auch zwischen Volksgruppen und Völkern.“²²⁵ Ludger Volmer bemerkt hierzu: „Gewaltfreiheit war nicht nur eine der vier Grundsäulen und die wichtigste Leitidee für die grüne Friedenspolitik. Gewaltfreiheit umriss – im Verbund mit dem engagierten Einsatz für ‚radikale Demokratie‘ und Bürgerrechte – auch die Grundlinien der Innenpolitik. Sie betraf das eigene Verhalten wie die Mittel, die der Staat einsetzte.“²²⁶

Der Konflikt, der in der Forderung nach Gewaltfreiheit zu Ausdruck kommt, ist nicht einfach zu fassen. Er hat sich im Verlauf der letzten 30 Jahre so stark

²²⁴URBINATI, Nadia (2006): Representative democracy, S. 29.

²²⁵Die Grünen (1980): Das Bundesprogramm, S. 6.

²²⁶VOLMER, Ludger (2009): Die Grünen – Von der Protestbewegung zur etablierten Partei, S. 204.

gewandelt, dass man im Grunde von zwei verschiedenen Konflikten sprechen kann. Der erste, der für die Gründungsphase der Grünen besonders prägend ist, setzt ein universelles aber abstraktes Konzept von Pazifismus dem von kurzfristigem Eigeninteresse des Staates motivierten Handeln entgegen. Das grüne Gründungsprogramm macht dies deutlich: „Wir verurteilen die Anmaßung der Industrieländer, aufgrund wirtschaftlicher Interessen ihre technisch-materialistische Einheitszivilisation allen Menschen aufdrängen zu wollen.“²²⁷ Im durch den NATO-Doppelbeschluss aufgeheizten politischen Klima interpretierten die Grünen die Stationierung von Massenvernichtungswaffen in Westeuropa als Akt imperialistischer Aggression und forderten die sofortige Auflösung der NATO.²²⁸ Im Innern verstand sich Pazifismus als Gegenentwurf zur Willkür staatlicher Herrschaft. In der Innenpolitik der „etablierten Parteien“ sahen die jungen Grünen „starke Tendenzen zu einem autoritären Maßnahmen- und Überwachungsstaat.“²²⁹

Dennoch wird früh deutlich, dass der abstrakte Begriff des Pazifismus selbst konfliktbeladen ist. Er beschreibt zwar das Ziel der Gewaltlosigkeit, nicht aber die Mittel, mit der diese zu erreichen ist. Daran entzündet sich der zweite Konflikt, der die aktuelle Diskussion vorwiegend dominiert. Es geht um Positionierungen innerhalb eines normativen Dilemmas: Auch wenn die Abwesenheit von Gewalt von allen Seiten als wünschenswerter Zustand angesehen wird, stellt sich die Frage, in welcher Weise der Staat sein Gewaltmonopol gebrauchen und wie er auf potentielle Gefahren der Sicherheit, sei es im Innern oder im Äußeren, reagieren soll. Muss ein Staat seine Gewaltmittel präventiv einsetzen, um größere Ausbrüche von Gewalt zu verhindern oder ist jede Art der Gewaltanwendung zur Beherrschung von Konflikten kontraproduktiv und daher abzulehnen? Dahinter verbirgt sich der unter anderem von Max Weber angesprochene Konflikt zwischen „Gesinnungsethik“ und „Verantwortungsethik“. Während sich der Gesinnungsethiker dafür verantwortlich fühlt, „dass die Flamme der Gesinnung [...] gegen die Ungerechtigkeit der sozialen Ordnung nicht erlischt“, sieht der Verantwortungsethiker die „Folgen des eigenen Tuns“ als entscheidend an.²³⁰ Man könnte also, der Typologisierung Webers folgend,

²²⁷Die Grünen (1980): Das Bundesprogramm, S. 16.

²²⁸Vgl.: Ebda.: S. 17.

²²⁹Ebda.: S. 23.

²³⁰WEBER, Max / MOMMSEN, Wolfgang J. / SCHLUCHTER, Wolfgang / MORGENBROD, Birgitt (1994): Wissenschaft als Beruf 1917/1919, Politik als Beruf 1919. Tübingen, S. 79–80.

im normativen Konflikt um pazifistisches Handeln von Gesinnungs- und VerantwortungspazifistInnen sprechen. Christian Otto bemerkt jedoch zurecht, dass eine solche Sprachregelung eine illegitime Diskreditierung der GesinnungspazifistInnen darstellen würde, da Weber bereits eine eindeutige Wertung zugunsten der Verantwortungsethik unternimmt. Stattdessen soll die von ihm vorgeschlagene Einteilung

► **Mittelpazifismus vs. Zweckpazifismus**²³¹

übernommen werden, als zutreffendste Umschreibung jenes Konflikts um das Verständnis von Pazifismus, der momentan parteipolitische Wirksamkeit entfaltet. Im zwischenstaatlichen Bereich kristallisiert sich der Konflikt derzeit vorrangig in der Frage, ob die Bundeswehr sich an humanitären Interventionen im Ausland beteiligen sollte oder ob gar eine moralische Pflicht besteht, bei sich anbahnender Gewalt militärisch einzugreifen. Während die eine Konfliktpartei im militärischen Eingreifen ein Einlösen demokratischer und menschenrechtlicher Werte sieht, wittert die andere eine verdeckte Politik eigener Wirtschaftsinteressen in Gestalt einer neo-imperialistischen Kanonenboot-Politik. Im Fokus der innenpolitischen Diskussion steht die Frage nach dem Umgang mit Terrorismus und politischem- und religiösem Extremismus, der das innerstaatliche Gewaltmonopol missachtet. Im Zusammenhang mit der Eskalation rechtsextremer Gewalt zu Beginn der neunziger Jahre formuliert Wilhelm Heitmeyer die These, dass die staatliche Reaktion vor allem in „flüchtigen, kurzzeitigen oder oberflächlichen Aktionen“²³² bestehe. Es gehe um „„Lösungsdeutungen“, die die Probleme mit Hilfe von strafrechtlichen Kategorien (z. B. Verbote), ordnungspolitischen Mitteln (z. B. Polizei) oder technischer Aufrüstung (z. B. des Verfassungsschutzes) als lösbar erscheinen lassen.“²³³ Worin der Eine einen legitimen Akt des Schutzes sieht, entdeckt der Andere eine illegitime Ausdehnung von Herrschaft und den Beginn eines autoritären Überwachungsstaats. Jeder demokratische Rechtsstaat hat daher zwischen Sicherheit und Freiheit eine Güterabwägung zu treffen und ist in der Pflicht, seine BürgerInnen unter einen doppelten Schutz zu stellen: Einerseits den Schutz vor Gefahren, die aus der Missachtung des staatlichen Gewaltmonopols entstehen, andererseits vor Gefahren, die durch staatliche Gewalt selbst entstehen können. Diese Frage nach der

²³¹Vgl.: Otto, Christian (2011): Die Grünen und der Pazifismus. Marburg, S. 71f.

²³²HEITMEYER, Wilhelm (1994): Einleitung – Ein Blick auf die "Mitte" der Gesellschaft. In: Ders.: Das Gewalt-Dilemma – Gesellschaftliche Reaktionen auf fremdenfeindliche Gewalt und Rechtsextremismus. Frankfurt/Main, S. 11–26, 11.

²³³Ebda.: S. 12.

Vereinbarkeit von Sicherheit und Freiheit ist seit der Zeit der Entstehung der Nationalstaaten eine der dringlichsten, die innerhalb der politischen Theorie diskutiert werden.²³⁴

Der Konflikt um die Ausübung staatlicher Gewalt lässt sich nicht an die vier von Lipset und Rokkan vorgetragenen Grundkonflikte anknüpfen. Zwar spielt staatliche Gewalt in ihrer Theorie eine entscheidende Rolle: Neben dem Prozess der Industrialisierung sehen beide im Kampf um die Zentralisierung staatlicher Gewalt eine entscheidende Triebfeder für das Entstehen moderner Parteiensysteme.²³⁵ Jedoch geht es in ihrer Theorie um einen Konflikt *um* Gewalt, nicht um einen Konflikt *über* Gewalt; also darum, *wer* Gewalt in die Hände bekommt (Kirche oder Staat; verwaltungspolitisches Zentrum oder periphere Eliten), nicht *wie* Gewalt ausgeführt oder begrenzt werden soll.

Als gesellschaftlich wirksame Kraft etablierte sich die europäische Friedensbewegung erst zögerlich als Oppositionsbewegung zur militärischen Expansionspolitik imperialistischer Nationalstaaten im späten 19. Jahrhundert. Die Geschichte des organisierten Pazifismus in Deutschland reicht bis in die Zeit des Kaiserreichs zurück. Vor allem inspiriert von der Friedensphilosophie Immanuel Kants entstanden Zusammenschlüsse, die völkischem Konkurrenzdenken und militaristischer Gebärde die Vision eines internationalen Völkerrechts und einer multilateralen Weltordnung entgegen setzten.²³⁶ Die „Deutsche Friedensgesellschaft“ (DFG), die in der deutschen Friedensbewegung der achtziger Jahre eine herausragende Rolle spielt, gründete sich bereits 1892. Auch angesichts zweier Weltkriege und Phasen intensiver gesellschaftlicher Militarisierung in Deutschland ist es nicht verwunderlich, dass Fragen über Krieg und Frieden sich auch strukturierend auf das Parteiensystem auswirkten. So ist die Spaltung der SPD und die Gründung der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ (USPD) 1917 im Wesentlichen aus dem Streit um die Billigung von Kriegskrediten resultiert.²³⁷

Allerdings war die historische Friedensbewegung noch stark macht-affirmativ eingestellt. Sie stellte grundsätzliche gesellschaftliche Gewaltstrukturen nicht in Frage und orientierte sich außenpolitisch wie innenpolitisch am Status quo.²³⁸

²³⁴Vgl.: RIESCHER, Gisela (2014): Freiheit und Sicherheit. In: Dies.: Spannungsfelder der politischen Theorie. Stuttgart, S. 20–29.

²³⁵Vgl.: LIPSET, Seymour / ROKKAN, Stein (1967): An Introduction, S. 13–23.

²³⁶Vgl.: RIESENBERGER, Dieter (1985): Geschichte der Friedensbewegung in Deutschland – Von den Anfängen bis 1933. Göttingen, S. 16f, sowie S. 37–41.

²³⁷Vgl.: LÖSCHE, Peter (1993): Kleine Geschichte der deutschen Parteien. Stuttgart, S. 63.

²³⁸Vgl.: HOLL, Karl (1988): Pazifismus in Deutschland. Frankfurt/Main, S. 81ff.

Der heutige Konflikt um die Begrenzung staatlicher Gewalt als solche, um die grundsätzliche Frage nach der Rolle von Gewalt im Zusammenleben von Menschen, konnte sich erst im Rahmen eines postmaterialistischen Wertewandels innerhalb moderner postindustrieller Gesellschaften in einem politisch relevanten Ausmaß institutionalisieren.²³⁹ Der radikale Pazifismus, der grundsätzliche Gewaltlosigkeit als Paradigma sozialen Handelns definierte, stellte im Verbund mit antikapitalistischer Gesellschaftskritik und dem ökologischen Gedanken die ideologische Grundlage der „neuen sozialen Bewegung“ dar. Pazifistische Grundmotive fanden ihren Ausdruck in einer Vielzahl von Institutionen und Gruppen. Mit den „Ostermärschen“ etablierten sich regelmäßige Massenveranstaltungen, die sich gegen die atomare Nachrüstung der NATO wandten. Sie fanden ihren Höhepunkt in einer Demonstration mit 300.000 TeilnehmerInnen gegen die NATO-Doppelbeschlüsse 1981 in Bonn. Methodischer Pazifismus durchdrang die Gesellschaft, nicht nur als politische Forderung, sondern auch als persönliches Handlungsmotiv. Die Anzahl der Kriegsdienstverweigerungen stieg rasant. Das sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr selbst beschrieb in einer Publikation die Entwicklung der Kriegsdienstverweigerung von einer „sozialtypischen Ausnahmeerscheinung“ zu einem „Massenphänomen sozialer Normalität.“²⁴⁰ Die Verweigerer organisierten sich im „Verband der Kriegsdienstverweigerer“ (VK), der 1974 mit der „Deutschen Friedensgesellschaft“ (DFG) fusionierte und schufen damit ein institutionelles Gegengewicht zu den staatlichen Behörden, das stark genug war, um den zivilen Ersatzdienst nach und nach als Wahlmöglichkeit zu etablieren. Im Inneren wandten sich die Mitglieder der Bewegung gegen die Ausdehnung der Staatsgewalt und die Einschränkung von Bürgerrechten durch sicherheitspolitische Maßnahmen wie staatliche Überwachung, Hausdurchsuchungen, die Einführung des „Terrorismusparagrafen“ 129a von 1976, den „Radikalenerlass“ von 1972 und die damit verbundenen Berufsverbote im öffentlichen Dienst und das Verbot der verfassten Studierendenschaft in Bayern und Baden-Württemberg (1973, bzw. 1977).

Mit dem Einzug der Grünen in den Bundestag überschritt der Pazifismuskonflikt erstmals die Schwelle der parlamentarischen Repräsentation. Zum ersten Mal befand sich eine Partei im Parlament, die ein grundsätzliches Gebot der

²³⁹Vgl dazu ausführlich Kap. 3.2.1.

²⁴⁰RÄDER, Hans-Georg (1994): Kriegsdienstverweigerung im neuen Deutschland – Eine empirische Bestandsaufnahme, Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, SOWI Arbeitspapier Nr. 92. München.

Gewaltlosigkeit explizit im Programm trug. Allerdings zeigte sich bald, dass ein abstrakter Pazifismusbegriff, der dem staatlichen Gewaltmonopol einen grundsätzlichen Begriff der Gewaltlosigkeit entgegensetzt, zu einem Dilemma führt: Nämlich dann, wenn die GegnerInnen von Gewalt das staatliche Gewaltmonopol in die Hände bekommen und über die Mittel des Staates, Behörden, Polizei, Militär, etc. verfügen müssen. Bereits Max Weber definiert den Staat als eine Gemeinschaft mit dem „legitimen Monopol physischer Gewaltsamkeit“²⁴¹. Jede Partei, die – ihrem Wesen nach – nach Mehrheit und Regierung strebt, strebt damit automatisch nach der Ausübung von Gewalt. Das entscheidende Wort in Webers Definition ist Legitimität. Auch der demokratische Staat funktioniert nur dann, wenn die Ausübung von Gewalt durch gewählte VertreterInnen als legitim erachtet wird. Was aber, wenn die mit der Ausübung der Gewalt Beauftragten die Gewaltausübung selbst als illegitim betrachten? Dann wird staatliches Regieren unmöglich. Die vollständige Ablehnung von Gewalt als Herrschaftsmittel war in der außerparlamentarischen, nicht-staatlichen, sozialen Bewegung möglich. Problematisch wurde diese Haltung, als die Grünen begannen in die Parlamente einzuziehen, da sie nun an der Festlegung rechtlicher Regelungen zur Ausübung von Gewalt mitwirkten. Gänzlich unmöglich wurde sie, als die Grünen zunächst in den Ländern, dann im Bund begannen, Regierungsverantwortung zu übernehmen, da sie nun direkt mit der Ausübung der Gewalt betraut wurden. Eine gänzlich pazifistische Regierung kann es nicht geben, auch wenn sie aus noch so überzeugten PazifistInnen besteht, da die staatliche Exekutive von ihrer Definition her ein Organ der Gewaltausübung ist.

Ein herausragendes Beispiel dafür liefert Jürgen Trittin. Nachdem die Grünen jahrelang den Transport von Atommüll auf öffentlichen Verkehrswegen mitsamt polizeilicher Eskorte als Akt der Gewalt gegenüber der Natur und der Gesundheit der Menschen betrachtet und traditionell zum Protest dagegen aufgerufen hatten, sah Trittin sich im Jahr 2000 in der Situation, als amtierender Minister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit die Castor Transporte genehmigen zu müssen, da die Gesetzeslage die Transporte erlaubte und die Bundesrepublik an rechtsgültige Verträge mit der Atomindustrie gebunden war. Dies und der Aufruf grüner SpitzenpolitikerInnen, sich während einer grünen Regierung nicht mehr an den Protesten zu beteiligen, haben dazu geführt, dass die Grünen in Teilen

²⁴¹WEBER, MAX (1992): Politik als Beruf, S. 6.

Die Vorstellung, dass physische Gewalt, bzw. deren Monopolisierung für den Staat an sich konstitutiv ist, findet sich schon bei den Vertragstheoretikern wie Hobbes oder Locke.

der deutschen Anti-Atomkraft-Bewegung stark an Vertrauen eingebüßt haben.²⁴² Dieses Beispiel zeigt das Dilemma, dem der radikale Pazifismus anheimfällt, wenn seine VertreterInnen in der Sphäre der Staatlichkeit agieren. Gewalt ist hier nicht nur affektiver Akt, sondern strukturelles Merkmal staatlicher Ordnung. Der ursprüngliche Standpunkt der Grünen: „Gewaltfreiheit gilt uneingeschränkt und ohne Ausnahme zwischen allen Menschen“ ist als normative Grundlage einer politischen Partei ebenso unglaublich wie unpraktikabel. Die grüne Partei musste ihren Pazifismus daher neu definieren. Anstelle der kategorischen Ablehnung von Gewalt musste es um die Frage gehen, zu welchem Zweck, in welchem Ausmaß und in welcher Weise das staatliche Gewaltmonopol zu gebrauchen sei. Dabei mussten sich die Grünen, wie die anderen Parteien auch, im Konflikt zwischen „Mittel- und Zweckpazifismus“ positionieren. Wie dies gelang, welches pazifistische Konzept die Grünen heute vertreten und ob dieses ihnen ein relevantes Alleinstellungsmerkmal im Parteienwettbewerb verschafft, soll im Folgenden anhand der drei Politikfelder Außenpolitik, militärische Interventionspolitik und Innenpolitik analysiert werden.

2.5.1 Wandel grüner Außenpolitik

In politischen Parteien spiegeln sich die historischen Rahmenbedingungen ihrer Entstehungszeit wieder. Wenn die Sozialdemokratie ein Kind der industriellen Revolution ist, so sind die Grünen ein Kind des Kalten Kriegs. Die machtpolitische Zweiteilung der Welt stellt die Prämisse der frühen grünen Außenpolitik dar. Die Grünen stießen in Deutschland in ein parteipolitisches Vakuum, das die außenpolitische Kehrtwende der SPD unter der Kanzlerschaft Schmidts hinterlassen hatte. Nach einer Phase der Entspannung, mitgetragen durch die Annäherungspolitik Brandts, mündete der Ost-West-Konflikt anfangs der achtziger Jahre in ein Stadium erneuter direkter Konfrontation. Die SPD, als Führerin der sozial-liberalen Koalition, demonstrierte trotz parteiinterner Konflikte Bündnistreue. Verstärkte West-Integration und atomare Nachrüstung ersetzten die Entspannungspolitik der siebziger Jahre. Als außenpolitisches Paradigma etablierte sich der Neo-Realismus, der auf gegenseitige atomare Abschreckung, Machtbalance

²⁴²Vgl.: DITFURTH, Jutta (2011): Krieg, Atom, Armut – Was sie reden, was sie tun: Die Grünen. Berlin, S. 7–25.

und bipolare Stabilität setzte.²⁴³ Dies ließ den Grünen Raum, sich als grundlegende ordnungspolitische Alternative zu inszenieren. Sie forderten das sofortige Ende der Militärbündnisse und die einseitige militärische Abrüstung.²⁴⁴ Dem internationalen Realismus setzten sie die Vorstellung globaler Interdependenz und Institutionalismus entgegen. Anstelle beschränkter Bündnisse betonten sie die Rolle der Vereinten Nationen als „erste Institution für alle Nationen“²⁴⁵ für die Herstellung einer friedlichen und gerechten Weltordnung. Als einzige Vertreterin eines grundsätzlichen „Mittelpazifismus“ in den internationalen Beziehungen unter den deutschen Parteien konnten die Grünen das Wählerpotential der Friedensbewegung fast exklusiv auf sich vereinen.²⁴⁶

Die Welle der Friedensbewegung trug die Grünen in die deutschen Parlamente, hielt sie dort für einige Jahre und verebbte dann abrupt. Gemeinsam mit dem Ostblock zerbrach auch der Bezugsrahmen grüner Außenpolitik. Der Kalte Krieg war zu Ende, Deutschland innerhalb kürzester Zeit wiedervereint und die Grünen scheiterten 1990 an der Fünf-Prozent Hürde. Die Abrüstung und außenpolitische Neuausrichtung begann – zunächst ohne die Grünen. Diese mussten sich außenpolitisch neu aufstellen. Außenpolitik sollte aber in der grünen Programmatik nie wieder den Stellenwert einnehmen, die sie zu Zeiten des Kalten Krieges innehatte. In den Wahlprogrammen der Grünen ist sie seit 1994 stets an die letzte Stelle verbannt.²⁴⁷ Im Parteiprogramm von 2002 ist die „Gewaltfreiheit“ schließlich in der Aufzählung der vier Grundpfeiler der Grünen verschwunden. Während im alten Programm von 1980 die „Gewaltfreiheit“ noch gleichrangig neben Ökologie, Demokratie und Sozialstaatlichkeit stand, ist nun

²⁴³Vgl.: WALTZ, Kenneth (1970): The Stability of a Bipolar World. In: EDWARDS, David V. (Hg.): International political analysis: readings. New York, S. 318–342.

Ebenso: WALTZ, Kenneth N. (1979): Theory of international politics. Boston, S. 102–128.

²⁴⁴Die Grünen (1980): Das Bundesprogramm, S. 17.

²⁴⁵Ebda.: S. 16.

²⁴⁶Vgl.: OTTO, Christian (2011): Die Grünen und der Pazifismus, S. 51f.

²⁴⁷Vgl.: Bündnis 90/Die Grünen (1994): Nur mit uns – Programm zur Bundestagswahl 1994. Bonn.

Bündnis 90/Die Grünen (1998): Grün ist der Wechsel – Programm zur Bundestagswahl 1998. Bonn.

Bündnis 90/Die Grünen (2002): Grün wirkt! – Unser Wahlprogramm 2002–2006. Berlin.

Bündnis 90/Die Grünen (2005): Eines für Alle – Das grüne Wahlprogramm 2005.

Bündnis 90/Die Grünen (2009): Der Grüne neue Gesellschaftsvertrag.

Bündnis 90/Die Grünen (2013): Zeit für den Grünen Wandel.

zu lesen: „Unsere Grundposition heißt: Ökologie, Selbstbestimmung, erweiterte Gerechtigkeit und lebendige Demokratie. Mit gleicher Intensität treten wir ein für Gewaltfreiheit und Menschenrechte.“²⁴⁸ Damit steht die Gewaltfreiheit zwar immer noch in der Präambel, jedoch in deutlich veränderter Funktion. Für Gewaltfreiheit und Menschenrechte einzutreten, bezeichnet ein Ziel von Politik, nicht aber ein grundsätzliches Mittel. Es deutet sich also bereits eine deutliche Verschiebung von „mittel- zu zweckpazifistischen“ Einstellungen an. Dies wird in der Darstellung der außenpolitischen Grundsätze noch konkretisiert. Zwar wird „militärisches Dominanzstreben“ stakt verurteilt, Krieg als Mittel der Friedenssicherung aber nicht ausgeschlossen: „Zugleich ist Militär im Rahmen des Völkerrechts ein legitimes Organ staatlicher und globaler Sicherheitspolitik. [...] Die Staatengemeinschaft kann nach Autorisierung durch den UN-Sicherheitsrat mit Zwangsmaßnahmen bis zu kriegesischer Militärgewalt gegen Bedrohungen der internationalen Sicherheit und des Weltfriedens vorgehen“.²⁴⁹ Dabei ist die Rolle der Vereinten Nationen hervorgehoben. Allerdings werden auch andere internationale Verpflichtungen in gleichem Umfang wahrgenommen: „Als Mitglied der Vereinten Nationen, der OSZE, der EU und der Nato ist die Bundesrepublik verpflichtet, ihren angemessenen Beitrag zur kollektiven Sicherheit und zum Erhalt des Weltfriedens zu leisten.“²⁵⁰ Zwar lehnen es die Grünen ab, aus der NATO ein „Instrument globaler Ordnungspolitik in Konkurrenz zu den Aufgaben der Vereinten Nationen“ zu machen, die grundsätzliche Bündnisverpflichtung gegenüber der NATO und ihre Funktion in der Friedenssicherung werden jedoch anerkannt.²⁵¹ Dies ist eine umfassende Kehrtwende gegenüber jener Politik der frühen Grünen, die in der NATO ein Mittel imperialistischer Gewalt sah und ihre sofortige Abschaffung forderte.

Insgesamt stellt die internationale Strukturpolitik der Grünen kein Alleinstellungsmerkmal mehr dar. Das dreistufige Konzept: Zum Ersten das grundsätzliche Bekenntnis zum multilateralen Handeln innerhalb der Vereinten Nationen als vorrangiges Organ globaler Politik, zum Zweiten – als subsidiäre Ergänzung – das Engagement in lokalen Verbänden (NATO, OSZE, G-7, etc.) und zum Dritten der Vorbehalt militärischer Gewalt als „ultima ratio“ sind außenpolitischer Konsens unter den deutschen Parteien. Insgesamt ist dies eine „zweckpazifistische“ Haltung, die sich Friedenssicherung zur Verpflichtung macht, sich die Wahl der

²⁴⁸Bündnis 90/Die Grünen (2002): Die Zukunft ist grün, S. 10.

²⁴⁹Ebda.: S. 161.

²⁵⁰Ebda.

²⁵¹Ebda.: S. 162.

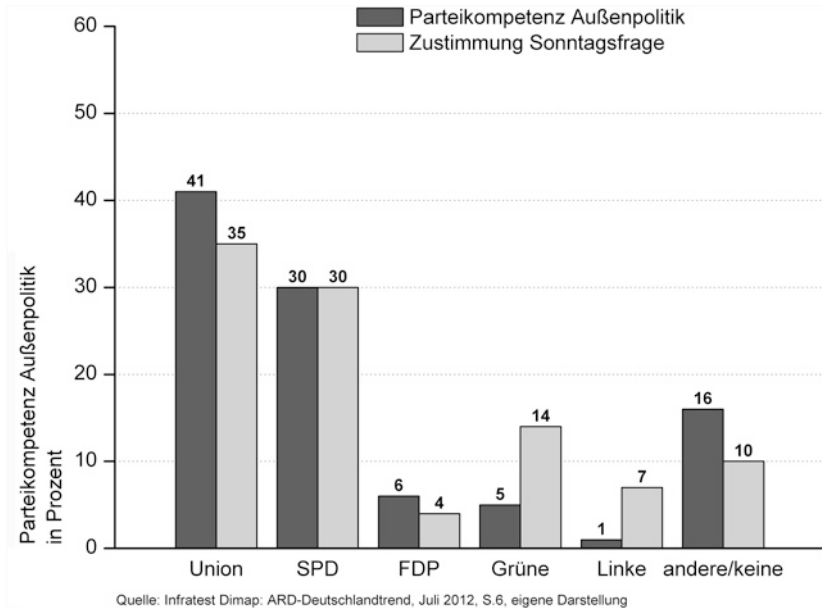


Abbildung 2.12 Parteikompetenz Außenpolitik (Infratest Dimap 2012)

Mittel jedoch bewusst offen lässt und nach den Maßgaben einer Prüfung des Einzelfalls eine Strategie entwickelt, die zwar friedliche Maßnahmen präferiert, Gewalt jedoch nicht ausschließt. Die einzige Partei, die von diesem Kredo derzeit merklich abweicht, ist die Linke: Sie fordert eine „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ der Bundeswehr, den Austritt Deutschlands aus der NATO, die Auflösung der EU-Grenzschutz-Agentur FRONTEX und das sofortige Ende aller militärischen Operationen der Bundeswehr, auch unter UN-Mandat.²⁵² Dies sind im Wesentlichen die ehemaligen Forderungen der Grünen. Im Konflikt um „Mittel- und Zweckpazifismus“ ist die Rolle der Fundamentalopposition von den Grünen auf die Linke übergegangen. Insgesamt – dies zeigen auch die Kompetenzwerte – ist die Außenpolitik nicht das Paradethema der Grünen. Abbildung 2.12 vergleicht die Kompetenzwerte im Bereich Außenpolitik mit der allgemeinen Zustimmung der

²⁵²Vgl.: Die Linke (2011): Programm der Partei Die Linke – Beschluss des Parteitages der Partei DIE LINKE vom 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt, bestätigt durch einen Mitgliederentscheid im Dezember 2011. Berlin, S. 86f.

Parteien. Für die Grünen zeigt sich dabei ein desaströses Bild. Knapp zwei Drittel der Grünen-WählerInnen halten eine andere Partei für kompetenter. Außenpolitik scheint daher nur selten das ausschlaggebende Thema für eine Wahlentscheidung zu Gunsten der Grünen zu sein. Ob dies nur am Verlust des Alleinstellungsmerkmals liegt, ist fraglich. Schließlich schneidet die Linke, die den „Mittelpazifismus“ in der Außenpolitik derzeit exklusiv vertritt, noch schlechter ab als die Grünen, denn auch deren WählerInnen sehen in der außenpolitischen Positionierung ihrer Partei kein Kompetenzmerkmal.

Seit dem Ende des Kalten Krieges und dem Wegfall des bipolaren Ordnungssystems der internationalen Beziehungen sind kategorische Festlegungen in der Außenpolitik in der deutschen Wahlbevölkerung nicht mehr gefragt. Außenpolitik ist komplexer geworden, die Handlungsarenen zahlreicher und die Bedrohungsszenarien vielseitiger. Die Gefahr eines atomaren Weltkriegs in Europa ist gebannt, dafür stehen Fragen der Globalisierung, des Terrorismus, Klimawandels und der Energiesicherheit auf der Agenda. Die außenpolitischen Vorgänge sind verhandlungsintensiv und langwierig. Polarisierung oder gar Polemisierung in außenpolitischen Themen führen in Deutschland nicht zum Erfolg. Auch Josef Janning bemerkt eine gewisse Aversion gegenüber der Außenpolitik in Deutschland: „Außenpolitische Risiken bleiben unbeliebt in einem Land, das sich erst daran gewöhnen muss, Verteidigung als etwas anderes zu sehen, als die Abwehr eines Angriffs auf das eigene Territorium mit Hilfe mächtiger Verbündeter. [...] Mit der Außenpolitik, das wissen Regierung wie Opposition, werden Wahlen nicht gewonnen, sondern allenfalls verloren.“²⁵³ Es ist nicht verwunderlich, dass jene Parteien die höchste außenpolitische Kompetenz zugesprochen bekommen, die über die meiste Erfahrung in der Regierung verfügen. Außenpolitik gilt als Expertentätigkeit, die nach Maßgaben der Staatsräson von der Regierung übernommen wird, nicht als Thema kontroverser Konflikte. Der Begriff der „Kontinuität“ spielt daher eine große Rolle. Auch die Grünen übten sich während ihrer Regierungszeit in außenpolitischer Kontinuität. Hanns Maull bemerkt: „Kaum jemand personifiziert das Gewicht der Kontinuität in der deutschen Außenpolitik besser als ihr erster ‚grüner‘ Außenminister, Joseph (Joschka) Fischer.“²⁵⁴ Was jedoch aus der Außenperspektive als Kontinuität erscheint, ist in der partei-internen Perspektive ein radikaler Bruch. Wie das Thema

²⁵³JANNING, Josef (2002): Lange Wege, kurzer Sinn? – Eine außenpolitische Bilanz von Rot-Grün. In: Internationale Politik, Nr. 9/2002, S. 9–18, 9.

²⁵⁴MAULL, Hanns (2006): Die prekäre Kontinuität – Deutsche Außenpolitik zwischen Pfadabhängigkeit und Anpassungsdruck. In: SCHMIDT, Manfred G. (Hg.): Regieren in der Bundesrepublik Deutschland – Innen- und Aussenpolitik seit 1949. Wiesbaden, S. 421–446, 421.

Außenpolitik die Grünen während ihrer Regierungszeit an den Rand der Spaltung brachte und wie das grüne Trauma des Sonderparteitags in Bielefeld 1999 bis heute nachwirkt, soll im Folgenden beschrieben werden.

2.5.2 Zerreißprobe Kosovo

Wer geglaubt hatte, das Ende des Kalten Krieges würde die Gefahr bewaffneter Konflikte eindämmen, wurde durch die geo-politische Entwicklung der neunziger Jahre widerlegt. Die Staatengemeinschaft musste dabei zusehen, wie nach dem Wegfall der bipolaren Weltordnung vor allem innerstaatliche und ethnische Konflikte aufflammten. Besonders der Genozid in Ruanda 1994 und das Massaker von Srebrenica 1995 zeigten das Unvermögen der Vereinten Nationen, auf die neue Gefahrensituation zu reagieren.²⁵⁵ Beide von der UN als „Völkermord“ klassifizierten Vorfälle fanden unter den Augen von UN-Blauhelmsoldaten statt, die aufgrund eines fehlenden Mandats zur Gewaltausübung und mangelnder Ausrüstung tatenlos zusehen mussten. Dies führte in aller Deutlichkeit den Zielkonflikt vor Augen, vor dem die UN steht; zwischen der Wahrung des Völkerrechts und der Wahrung der Menschenrechte, also zwischen den gleichrangigen Grundprinzipien der staatlichen Souveränität der Mitgliedsstaaten und dem Erhalt des Friedens. Da die UN durch ihr normatives und programmatisches Dilemma in ihrer Handlungsfähigkeit gelähmt war, wurde die Frage diskutiert, ob sich Staaten den Möglichkeiten einer militärischen Intervention auch außerhalb der Strukturen der UN öffnen sollten. Gerade Deutschland, das im geeinten Europa eine Führungsrolle übernommen hatte, wurde dazu aufgefordert, sich sicherheitspolitisch nicht hinter der UN zu verstecken. So formuliert Stefan Oeter: „Die traditionelle deutsche Betonung der Befugnisse des UN-Sicherheitsrats, bis hin zur Zuschreibung eines in Händen der Vereinten Nationen liegenden ‚Gewaltmonopols‘, enthält deutlich überschießende Elemente einer völkerrechtspolitischen Utopie.“²⁵⁶

²⁵⁵Vgl.: MÜNKLER, Herfried / MALOWITZ, Karsten (2008): Humanitäre Intervention – Bedeutung, Entwicklung und Perspektiven eines umstrittenen Konzepts, Ein Überblick. In: Dies.: Humanitäre Intervention – Ein Instrument außenpolitischer Konfliktbearbeitung: Grundlagen und Diskussion. Wiesbaden, S. 7–27, 11–17.

²⁵⁶OETER, Stefan (2008): Humanitäre Intervention und die Grenzen des völkerrechtlichen Gewaltverbots – Wen oder was schützt das Völkerrecht: Staatliche Souveränität, kollektive Selbstbestimmung oder individuelle Autonomie? In: MÜNKLER, Herfried / MALOWITZ, Karsten (Hg.): Humanitäre Intervention – Ein Instrument außenpolitischer Konfliktbearbeitung: Grundlagen und Diskussion. Wiesbaden, S. 29–64, 55.

Die Diskussion um humanitäre Intervention erreicht auch die deutschen Grünen. Schließlich hatten sie ihre Hoffnungen mehr als alle anderen Parteien in die Vereinten Nationen als friedensstiftende, globale Organisation gesetzt. Der Völkermord in Jugoslawien erschütterte nun die pazifistischen Grundüberzeugungen der Partei. Wie sollte man, besonders im Hinblick auf die historische Sonderrolle Deutschlands, damit umgehen, dass fünfzig Jahre nach dem zweiten Weltkrieg völkische Ideologie wieder zu Krieg und Vertreibung in Europa führte? „Antifaschismus und Antimilitarismus bildeten zwei Seiten derselben Identität einer deutschen Protestgeneration, die gegen die Verdrängungen der Elterngeneration auf die schonungslose Diskussion der deutschen Vergangenheit pochte. [...] Der Kampf für Menschenrechte und der Kampf gegen das Militärische als solches waren für die meisten zwei Ausprägungen derselben Politik.“²⁵⁷ Diese normative Symbiose, die im Kontext deutscher Geschichte bei großen Teilen der Bevölkerung lange Zeit auf Zustimmung gestoßen war, offenbarte im Zuge des Jugoslawien-Krieges Widersprüchlichkeiten. Bereits 1993 versuchte Daniel Cohn-Bendit die Partei für die Diskussion um militärische Interventionen zu öffnen, allerdings mit wenig Erfolg. Besonders die Parteilinke hielt an ihrem pazifistischen Konzept fest.²⁵⁸ In der Folgezeit war es vor allem Joschka Fischer, der als designierter Vizekanzler und Außenminister einer rot-grünen Koalition versuchte, die Grünen zu einer Neubewertung ihrer pazifistischen Grundsätze zu bewegen. Rückblickend schreibt er:

„Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg und der westdeutschen Wiederbewaffnung galt es nun, eine höchst konkrete Entscheidung zwischen den beiden Prinzipien ‚Nie wieder Krieg!‘ und ‚Nie wieder Völkermord, nie wieder Auschwitz!‘ zu treffen und zwar zugunsten des zweiten Prinzips. Bis dahin hatte unser Weltbild als deutsche Linke auf diesen beiden Grundsätzen widerspruchsfrei aufgebaut und plötzlich tat sich hier ein nicht mehr zu überbrückender Graben zwischen Pazifismus und humanitärer Interventionspflicht auf.“²⁵⁹

Besonders in der ersten Phase der rot-grünen Koalition drängte Fischer darauf, dass die Grünen ihre Einstellung zur humanitären Intervention in Jugoslawien änderten. Auf dem Spiel stand die Regierungsfähigkeit der Grünen, aber auch die

²⁵⁷VOLMER, Ludger (1998): Die Grünen und die Außenpolitik, ein schwieriges Verhältnis – Eine Ideen-, Programm- und Ereignisgeschichte grüner Außenpolitik. Münster, S. 493f.

²⁵⁸Vgl.: FISCHER, Joschka (2007): Die rot-grünen Jahre – Deutsche Außenpolitik: vom Kosovo bis zum 11. September. Köln, S. 211f.

²⁵⁹Ebda.: S. 212.

Karriere des Staatsmanns Fischer, der sich schon damals gerne als Netzwerker innerhalb der transatlantischen Beziehungen inszenierte. Die „New York Times“ zitierte im Oktober 1998 einen „Offiziellen“ der US-Regierung mit der Frage: „Can he deliver the Greens? That is what we need to know.“²⁶⁰ Fischer verfolgte einen außenpolitischen Kurs, der von der eigenen Parteibasis bis dahin nicht gedeckt war – ein Zustand, der gemäß der basisdemokratischen Grundsätze der Grünen eigentlich untragbar war. Seine politische Zukunft hing davon ab, ob es ihm gelang, die grüne Basis in dieser essentiellen Frage hinter sich zu bringen. Fischer trug dabei in erheblichem Ausmaß zur Emotionalisierung der Debatte bei, indem er Analogien zwischen der jugoslawischen Regierung und dem Nationalsozialismus herstellte. In einem Interview mit der amerikanischen Zeitschrift „Newsweek“ verglich er den serbischen Präsidenten Slobodan Milošević mit Hitler und Stalin und sprach von einer Rückkehr der dreißiger Jahre.²⁶¹ Während einer Bundestagsdebatte im April 1999 entgegnete er dem Abgeordneten der PDS, Gregor Gysi, der die Beteiligung der Bundesregierung am NATO-Einsatz im Kosovo kritisiert hatte:

„Heute machen Sie sich hier zum Weißwäscher der Politik eines neuen Faschismus, der auf Vertreibung und ethnische Reinheit für eine großserbische Politik setzt. Mit linker Politik und Friedenslogik hat das nichts zu tun.“²⁶²

Diese Spitze richtete sich sicherlich nicht nur gegen die PDS, sondern auch gegen den linken Flügel der eigenen Partei, der nicht bereit war, eine humanitäre Interventionspflicht anzuerkennen und am Mittelpazifismus festhielt. Während im Länderrat und in der Bundestagsfraktion ein Umdenken in Sachen Intervention eingesetzt hatte,²⁶³ blieb die Parteibasis mehrheitlich dem klassischen grünen Pazifismus verpflichtet. Die Wahlprogramme von 1994 und 1998 orientierten sich an den Formulierungen des vergangenen Jahrzehnts.²⁶⁴ So heißt es noch 1998: „Bündnis 90/Die Grünen tragen militärische Friedenserzwingung und Kampfeinsätze nicht

²⁶⁰COHEN, Roger (1998): German Green Evolves From Revolutionary to Pragmatist. In: New York Times / 08.10.1998.

²⁶¹Vgl.: FISCHER, Joschka (1999): We Have To Win This – Interview. In: *Newsweek*/18.04.1999.

²⁶²Deutscher Bundestag: Plenarprotokoll 14/32 – Stenographischer Bericht. <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/14/14032.pdf>, (Zugriff am 14.06.2015), S. 2639.

²⁶³Vgl.: OTTO, Christian (2011): Die Grünen und der Pazifismus, S. 54–62, 65–77.

²⁶⁴Vgl. Ebda.: S. 62–64, 81–83.

mit.²⁶⁵ Doch nur 19 Tage nach der Bundestagswahl stimmte die grüne Bundestagsfraktion mehrheitlich für die Beteiligung der Bundeswehr an einem von der UN nicht mandatierten Kampfeinsatz in Jugoslawien. Die Abstimmung fand im Zeitfenster zwischen der Bundestagswahl und der konstituierenden Sitzung des neuen Bundestages statt. Die bereits abgewählte aber noch im Amt befindliche Regierung aus Union und FDP bezog daher die potentielle Nachfolgeregierung in ihre Entscheidung mit ein.²⁶⁶ Indem Joschka Fischer mit der alten Regierung in informeller Runde und explizit gegen die Beschlüsse der Magdeburger BDK vom März 1998²⁶⁷ eine Beteiligung an Militäreinsätzen zusagte, schaffte er Tatsachen, die die weitere Entscheidungsfindung der Grünen zu großen Teilen vorweg nahm.

Der Konflikt zwischen Fischer und der Parteibasis bedurfte dringender Klärung. Die Grünen trafen sich deshalb am 13. Mai 1999 zu einer außerordentlichen Bundes-Delegierten-Konferenz in Bielefeld. Dieses Treffen stellt in vielerlei Hinsicht eine Zäsur in der Geschichte der Grünen dar: Zum einen stimmten die Delegierten mehrheitlich für einen Antrag, der die Beteiligung der Bundeswehr an einem von der UN nicht mandatierten Militäreinsatz beinhaltete – etwas, was noch wenige Jahre zuvor undenkbar gewesen wäre, zum anderen legitimierte die Parteibasis nachträglich die Handlungen ihres Spitzenpolitikers Fischer, der zuvor einen gültigen Parteitagsschluss in einem für die Grünen zentralen Thema missachtet hatte – etwas, was im klassischen Verständnis grüner Basisdemokratie als unverzeihlich gelten musste. Fischer vollzog, wie er selbst konstatiert, eine „Operation am offenen Herzen der Grünen“.²⁶⁸ Auch optisch unterschied sich die Bielefelder BDK vom gängigen Bild grüner Versammlungen. Die KriegsgegnerInnen

²⁶⁵Bündnis 90/Die Grünen (1998): Grün ist der Wechsel, S. 148.

²⁶⁶Vgl.: OTTO, Christian (2011): Die Grünen und der Pazifismus, S. 85–89.

²⁶⁷Im Vorfeld der BDK war zwischen dem „rechten“ Parteiflügel unter Fischer und dem „linken“ Parteiflügel unter Trittin ein Kompromiss ausgehandelt worden, wonach die „Rechte“ dem Beschluss zur Benzinpreiserhöhung (vgl. Kap. 2.4.5) zustimmen sollte und die „Linke“ im Gegenzug auf einen kategorischen Ausschluss einer humanitären Intervention verzichten sollte, was den designierten grünen MandatsträgerInnen und Regierungsmitgliedern die Möglichkeit gegeben hätte, angesichts bereits erfolgter informeller Absprachen mit den NATO-Partnern ihr Gesicht zu wahren (ein militärisches Engagement im Rahmen des SFOR-Mandats). Die Delegierten des linken Spektrums fühlten sich an diese Absprache jedoch nicht gebunden und so wurde entgegen vorheriger Absprachen die Nicht-Beteiligung der Grünen an einer militärischen Intervention in das in Magdeburg verabschiedete Wahlprogramm der Grünen aufgenommen.

Vgl.: ARZHEIMER, Kai / KLEIN, Markus (1999): Die Grünen und der Benzinpreis, S. 25f.

²⁶⁸FISCHER, Joschka (2007): Die rot-grünen Jahre, S. 216.

standen dieses Mal vor der Halle, ein Aufgebot der Polizei musste die Delegierten vor ihnen schützen. Auf dem Podium sitzend traf Fischer ein Farbbeutel am Ohr. Ob es das Bild des mit Farbe verschmierten Außenministers, die Emotionalität seiner Rede, die Überzeugungskraft seiner Argumente oder doch seine Rücktrittsandrohung war, die die Delegierten letztlich überzeugten, für den Antrag des Vorstands zu stimmen, bleibt schwer zu bestimmen. Am Ende kam die nötige Mehrheit zustande, Fischer blieb grüner Außenminister, die Koalition wurde fortgesetzt und die Grünen entsandten 19 Jahre nach ihrer Gründung die deutsche Luftwaffe in einen Kriegseinsatz.²⁶⁹

So einschneidend diese Episode für die Entwicklung der Partei war, so sehr sie auch die Fremdwahrnehmung der Partei veränderte, wurde die Frage nach der grundsätzlichen Gestalt des grünen Pazifismus durch den Kosovo-Krieg nicht hinreichend geklärt. Fischer selbst bekräftigt, dass es sich bei der Abstimmung über den deutschen Militäreinsatz um eine „Vertrauensabstimmung“ über seine eigene Person gehandelt habe.²⁷⁰ „Ich werde das nicht umsetzen, wenn ihr das [die Einstellung der Luftangriffe] beschließt – damit das klar ist,“²⁷¹ hatte Fischer den Delegierten in Bielefeld gedroht. Damit ist in dem Votum nicht unbedingt ein grundsätzlicher Wandel von mittel- zu zweckpazifistischen Einstellungen in Sachen militärischer Intervention dokumentiert. Eine Vertrauensfrage ist etwas anderes als eine Sachentscheidung. Den NATO-Einsatz im Kosovo, der bereits in vollem Gange war, hätten die grünen Delegierten ohnehin nicht aufhalten können, noch nicht einmal die deutsche Beteiligung. Sie hätten lediglich ihrem Außenminister das Misstrauen aussprechen und damit die rot-grüne Koalition beenden können. Für die Grünen hätte das nach nicht einmal einem Jahr das Ende ihrer Regierungsbeteiligung bedeutet. In den Umfragen befanden sich die Grünen im Mai 1999 bei sechs Prozent.²⁷² Bei eventuellen Neuwahlen hätte die Partei entsprechend um

²⁶⁹Die Ereignisse der BDK in Bielefeld sind von verschiedener Seite ausführlich beschrieben worden;

von Beteiligten: FISCHER, Joschka (2007): Die rot-grünen Jahre, S. 221–228,

VOLMER, Ludger (2009): Die Grünen – Von der Protestbewegung zur etablierten Partei, S. 397–399,

aus zeitgeschichtlicher Perspektive: WOLFRUM, Edgar (2013): Rot-Grün an der Macht – Deutschland 1998–2005, S. 76–82.

²⁷⁰FISCHER, Joschka (2007): Die rot-grünen Jahre, S. 221.

²⁷¹Ebda.: S. 227.

²⁷²Infratest Dimap (1999): ARD-Deutschlandtrend – Mai 1999. <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/1999/mai/>, (Zugriff am 15.06.2015)

den Wiedereinzug in den Bundestag bangen müssen. So entschieden viele Delegierte auch über ihre eigene politische und berufliche Zukunft. Es handelt sich also nicht um einen klärenden Präzedenzfall. Das gleiche gilt für die Zustimmung zum Afghanistan-Einsatz 2001, bei dem Bundeskanzler Schröder die Vertrauensfrage gestellt hatte. Die Entscheidung zu einem nicht UN-mandatierten Kriegseinsatz steht damals wie heute im Konflikt mit den formulierten Grundlinien grüner Außenpolitik.

Eine Anpassung der grünen Programme an den faktischen Beschluss von Bielefeld hat niemals stattgefunden. Auch im Wahlprogramm von 2013 steht explizit: „Wir können ein gewaltsames militärisches Eingreifen im Einzelfall nur dann mittragen, wenn es auf Grundlage eines völkerrechtlich klaren Mandates der VN sowie eines Bundestagsmandats erfolgt.“²⁷³ Damit wäre auch heute ein Vorgehen wie 1999 ausdrücklich ausgeschlossen. Wie die Grünen sich entscheiden würden, wenn sie noch einmal als Regierungspartei mit der Frage nach militärischer Intervention bei gleichzeitiger Blockade der UN konfrontiert würden, ist ungewiss. Programmatik und Erfahrung widersprechen sich hier. Wer die Grünen wählt, erhält keine Erwartungssicherheit in diesem Punkt.

Die Versuche der Grünen zur Bewältigung des Kosovo-Traumas sind eher zaghaft zu nennen. 2002 stieß Ludger Volmer, damals Staatsminister im Auswärtigen Amt, die Debatte erneut an. In einem Zeitungsartikel versuchte er, ein grundlegendes Konzept grüner Außenpolitik zu entwickeln. Dem alten „abstrakt-gesinnungsethischen Pazifismus“ stellt er den „politischen Pazifismus“ entgegen: „Politischer Pazifismus heute heißt: Einsatz für das Primat der Politik und die Unterordnung militärischer Schritte unter politische Strategien, für die zentrale Rolle der Vereinten Nationen [...] für global governance und eine internationale Strukturpolitik, die auf globale Gerechtigkeit zielt.“²⁷⁴ Bis auf die Unterscheidung zwischen politischen und nicht-politischen Formen des Pazifismus enthält dies jedoch wenig Neues. Der Politikwissenschaftler Jochen Hippler entgegnet, das von Volmer entwickelte Konzept des politischen Pazifismus verlange „nicht mehr, als jeder seriöse Kriegsplaner ohnehin beherzigen wird: den Krieg nicht voreilig einzusetzen, sondern nur dann, wenn die anderen Politikmöglichkeiten

²⁷³Bündnis 90/Die Grünen (2013): Zeit für den Grünen Wandel, S. 308.

²⁷⁴VOLMER, Ludger (2002): Was bleibt vom Pazifismus – Die alten Feindbilder der Kriegsgegner haben ausgedient. <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Pazifismus/volmer.html>, (Zugriff am 16.06.2015).

sich erschöpfen; und die Tatsache, daß Krieg einer politischen Strategie dienen muß, um nicht sinnlos zu sein.“²⁷⁵

Auch der grüne Sicherheitsexperte Winfried Nachtwei setzte sich 2006 für den Begriff des „politischen Pazifismus“ ein. Er schreibt: „Soll eine Politik der Gewaltfreiheit wirksam sein, muss sie nicht nur multilateral, sondern auch multidimensional angelegt sein. Statt irgendwelcher Alleinvertretungsansprüche einzelner Akteure muss es gelingen, dass zivilgesellschaftliche und politische, staatliche- und nichtstaatliche Akteure mit ihren unterschiedlichen Rollen im Sinne des gemeinsamen Ziels zusammenwirken, sich kritisieren, gegebenenfalls konstruktiv stören und damit produktiv ergänzen.“²⁷⁶ Auch er umgeht das normative Dilemma zwischen Mittel- und Zweckpazifismus mit einer Flucht in einen komplexen Konstruktivismus. Der Rückzug hinter den Begriff des Politischen ist auch nicht hilfreicher, als der Rückzug hinter den unbedingten Anti-Militarismus der alten Friedensbewegung. Ein Primat politischer- gegenüber militärischer Lösungen und die Multidimensionalität internationaler Strukturen können heute selbst von Hardlinern des internationalen Realismus nicht ernsthaft bestritten werden. So sinnvoll diese Appelle zur politischen Besonnenheit auch sind, sie enthalten keinen moralischen Imperativ in Sachen Pazifismus, sondern die Aufforderung zu einer situationsabhängigen Abwägung im Einzelfall. Es bleibt eine tiefe Unsicherheit darüber, wie sich die Grünen in einer Ernstsituation im Konflikt zwischen Mittel- und Zweckpazifismus positionieren würden.

2.5.3 Der grüne Leviathan – zwischen Freiheit und Sicherheit

Während der Gestaltwandel des grünen Pazifismus am Beispiel der Außenpolitik ein entsprechendes mediales Echo erzeugte, hat die grüne Innenpolitik bislang kaum Beachtung gefunden. Dies ist verwunderlich, stellte der innerstaatliche Pazifismus, also die Kritik an der Ausdehnung des staatlichen Gewaltmonopols gegenüber den

²⁷⁵HIPPLER, Jochen (2002): Viel Rauch, aber wenig Feuer – Was der Pazifismus-Kritiker Ludger Volmer (Grüne) mit der Enttabuisierung des Kriege anrichtet.

<http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Pazifismus/Debatte/hippler.html>, (Zugriff am 16.06.2015).

²⁷⁶NACHTWEI, Winfried (2006): Pazifismus zwischen Ideal und politischer Realität. In: BLEISCH, Barbara / STRUB, Jean-Daniel (Hg.): Pazifismus – Ideengeschichte, Theorie und Praxis. Bern, S. 303–317, 315.

eigenen BürgerInnen, doch ein mindestens ebenso wichtiges Standbein grüner Ideologie dar, wie die Frage nach Krieg und Rüstung. Der Kampf gegen den vermeintlichen „Maßnahmen- und Überwachungsstaat“²⁷⁷ war eine Triebfeder der sozialen Bewegung und bildete das Scharnier zwischen einem grundsätzlich staats-skeptischen Pazifismus und dem Eintreten für demokratische Bürgerrechte.

Der Konflikt um Sicherheit und Freiheit lässt sich zurückführen auf den Konflikt um den Zweck des Staats an sich. Thomas Hobbes sieht in der Furcht der Einzelnen vor einem gewaltsamen Tod durch andere Menschen das legitimierende Moment einer Staatsgründung, in der Sicherheit und die Abwesenheit von Bürgerkrieg den Zweck des Staates bilden.²⁷⁸ John Locke hingegen sieht im Staat eine Verlängerung natürlicher Freiheitsrechte des Einzelnen.²⁷⁹ Der Zweck seines Staates ist der Schutz dieser Freiheit. Die demokratische Staatstheorie baut auf beiden Grundsätzen gleichermaßen auf. So formuliert Gisela Riescher: „[...] Es gilt heute mehr denn je, in der politischen Theorie einen Ansatz zu finden, der Moral und Effizienz in liberalen Demokratien nicht gegeneinander ausspielt und dem es gelingt, Freiheit und Sicherheit miteinander zu versöhnen.“²⁸⁰ Während der Genese des demokratischen und liberalen Staates spielte traditionell die Perspektive politischer Freiheit, verstanden als emanzipatorische Reform autoritärer Herrschaft, die größere Rolle. Wolfgang Kersting bemerkt:

„Die Geschichte des modernen Staates ist die Geschichte der Zähmung des Leviathans – durch Menschenrechte und Vernunftrecht, durch Gesetzesstaatlichkeit, Rechtsstaatlichkeit und Verfassungsstaatlichkeit, durch Gewaltenteilung und Demokratie.“²⁸¹

Erst im Zuge der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus wurde die Perspektive der Sicherheit wieder stärker in die Diskussion miteinbezogen.²⁸² Insbesondere im Angesicht realer Bedrohungsszenarien ist es die Aufgabe einer

²⁷⁷Die Grünen (1980): Das Bundesprogramm, S. 23.

²⁷⁸Vgl.: HOBBS, Thomas / FETSCHER, Iring (1984): Leviathan, oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates, S. 131–171.

²⁷⁹Vgl.: Locke, John (1992): Zwei Abhandlungen über die Regierung, S. 278–301.

²⁸⁰RIESCHER, Gisela (2010): Demokratische Freiheit und die Sicherheit des Leviathan. In: Dies.: Sicherheit und Freiheit statt Terror und Angst - Perspektiven einer demokratischen Sicherheit. Baden-Baden, S. 11–24, 12.

²⁸¹KERSTING, Wolfgang (2008): Thomas Hobbes – Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines bürgerlichen und kirchlichen Staates. Berlin², S. 23.

²⁸²Vgl.: RIESCHER, Gisela (2010): Demokratische Freiheit und die Sicherheit des Leviathan, S. 11f.

Regierung, eine sinnvolle Balance zwischen Sicherheit und Freiheit zu finden: Soviel Freiheit wie möglich, soviel Sicherheit wie notwendig. Dies kann im demokratischen Verfassungsstaat als Grundkonsens gelten. Dabei geht es um das Erkennen und Bewerten von Sicherheitsrisiken und die Entwicklung von ordnungspolitischen Strategien zu deren Beherrschung, aber auch um das Erkennen und Bewerten von Akten staatlicher Repression und Bevormundung und die Offenlegung staatlichen Handelns gegenüber dem Einzelnen. Aufgabe demokratischer Parteien ist es, eben jene Abwägungen zwischen Freiheit und Sicherheit zu treffen und den WählerInnen unterschiedliche Interpretationen und unterschiedliche Strategien zur Wahl zu stellen. Parteipolitisch wirksam wird der Konflikt immer dann, wenn neue Formen von Bedrohungen auftreten, in deren Kontext eine Anpassung der Balance zwischen Sicherheit und Freiheit diskutiert wird. In der Bundesrepublik gab es zwei entscheidende Phasen sicherheitspolitischer Neuorientierung: Zum einen Ende der siebziger Jahre im Zuge mehrerer Terroranschläge der „Roten Armee Fraktion“ (RAF) und der „Revolutionären Zellen“ (RZ), zum anderen nach den islamistischen Terroranschlägen vom 11. September 2001 in New York, sowie den Anschlägen in Madrid (2004) und London (2005).

Als eine Partei, die aus ihrem pazifistischen Selbstverständnis heraus skeptisch gegenüber jeder Ausweitung von Staatsgewalt eingestellt ist, treten die Grünen traditionell für ein Primat der Bürgerrechte gegenüber staatlicher Präventionspolitik ein: Freizügigkeit, informationelle Selbstbestimmung, Freiheit von staatlicher Überwachung, Gesinnungs- und Bekenntnisfreiheit sind grundlegende Bestandteile der politischen DNA der Grünen. Dazu kommt, dass sich der ostdeutsche Teil der Grünen, BÜNDNIS 90, explizit als Bürgerrechtsbewegung versteht und bewegungsgeschichtlich aus der strikten Opposition zum Überwachungsstaat der DDR hervorgeht. Der Vorrang, den bürgerliche Freiheiten und Transparenz staatlichen Handelns gegenüber der Bereitstellung von Sicherheit genießen, spiegelt den generellen „postmaterialistischen“ Wertewandel in Teilen der Gesellschaft wider, dem bei der Entstehung der Grünen entscheidende Bedeutung zukommt.²⁸³ Programmatisch hat sich an dieser Einstellung der Grünen bis heute nichts verändert. Auch im Wahlprogramm von 2013 ist die Gewichtung zwischen Freiheit und Sicherheit eindeutig: „Niemand kann absolute Sicherheit gewährleisten – auch nicht auf Kosten oder unter Aufgabe der Freiheit. [...] Sicherheit steht im Dienst der Freiheit und nicht umgekehrt.“²⁸⁴ Diesem Grund-Statement folgt eine scharfe

²⁸³Siehe dazu ausführlich Kap. 3.2.1.

²⁸⁴Bündnis 90/Die Grünen (2013): Zeit für den Grünen Wandel, S. 219.

Kritik etlicher Maßnahmen staatlicher Präventionspolitik, die die Rechte der BürgerInnen einschränken.

Allerdings besteht ein eklatanter Widerspruch zwischen den politischen Forderungen der Grünen und ihrer eigenen Regierungspolitik von 1998 bis 2005. So verurteilen die Grünen in ihrem Wahlprogramm auch eine Reihe von Maßnahmen, die sie als Mitglied der rot-grünen Regierung im Zuge der Terrorismusbekämpfung nach dem 11. September 2001 selbst eingeführt hatten. Beispielsweise ist zu lesen: „Wir wollen Terrorismus und Kriminalität bekämpfen, ohne die Freiheitsrechte aufzuheben. Doch stattdessen werden bei einer Anti-Nazi-Demo in Dresden eine Million Handydaten völlig unbeteiligter BürgerInnen abgefragt und auch sonst informieren sich staatliche Stellen über uns – bei Banken, Internetunternehmen und Telekommunikationsanbietern.“²⁸⁵ Der angesprochene Fall ereignete sich im Februar 2011. Allerdings wurde die rechtliche Grundlage zum Abruf von Telekommunikationsdaten von den Grünen selbst eingeführt.²⁸⁶ Ebenso die Zulassung des in Dresden mutmaßlich verwendeten IMSI-Catchers, einem mobilen Gerät zum Ausspähen von Mobiltelefonen.²⁸⁷ Auch gehört die Auskunftspflicht von Banken gegenüber Ermittlungsbehörden zu den sicherheitspolitischen Maßnahmen der rot-grünen Regierung.²⁸⁸ Des Weiteren stimmten die Grünen für die akustische Wohnungsüberwachung („großer Lausangriff“)²⁸⁹ und für die Erweiterung des „Terrorismusparagraphen“ 129a²⁹⁰, dessen Abschaffung sie noch 1984 im Bundestag beantragt hatten.²⁹¹

²⁸⁵Ebda.: S. 218.

²⁸⁶Telekommunikationsgesetz (TKG) vom 02.06.2004 (BGBl I S. 1190).

²⁸⁷Gesetz zur Änderung der Strafprozessordnung (StPO) vom 06.07. 2002 (BGBl I S. 3018).

Siehe dazu: Kleine Anfrage von Hans-Christian Ströbele (MdB), (u.a.) zum Einsatz der IMSI-Technologie durch Sicherheitsbehörden: BT Drucksache 17/7652.

²⁸⁸Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung der Geldwäsche und der Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus (Geldwäschebekämpfungsgesetz) vom 08.08.2002 (BGBl I S. 3105), Gesetz zur weiteren Fortentwicklung des Finanzplatzes Deutschland (Viertes Finanzmarktförderungsgesetz) vom 21.06.2002 (BGBl I S. 2010), Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit vom 23.12.2003 (BGBl. I S. 2928).

²⁸⁹Gesetz zur Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 3. März 2004 (akustische Wohnraumüberwachung) vom 24.06.2005 (BGBl I S. 1841).

²⁹⁰Vierunddreißigstes Strafrechtsänderungsgesetz – §129b StGB (34. StrÄndG) vom 22.08.2002 (BGBl I S. 3390).

²⁹¹Gesetzesentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN, Entwurf eines Zweiundzwanzigsten Strafrechtsänderungsgesetz (22. StrÄndG) vom 19.11.1984, BT Drucksache 10/2396.

Den massivsten Bruch mit der eigenen Programmatik stellt jedoch die Zustimmung zum „Terrorismusbekämpfungsgesetz“ von 2001 dar. Ausgerechnet mit Otto Schily, ihrem ehemaligen Fraktionsvorsitzenden im Bundestag – mittlerweile in der SPD und Bundesinnenminister – mussten die Grünen ein Gesetzespaket aushandeln, das die Terrorismusbekämpfung nach den Anschlägen auf das World Trade Center verbessern sollte. Das Paket enthielt zahlreiche präventive Maßnahmen staatlicher Sicherheitspolitik, die im absoluten Widerspruch mit den eigentlichen Forderungen der Partei stehen, darunter die Speicherung biometrischer Daten, eine massive Ausdehnung der Kompetenzen von Polizei- und Verfassungsschutzbehörden, erweiterter Informationsaustausch zwischen den einzelnen Behörden, verschärfte Grenzkontrollen, Verschärfung des Ausländer- und Asylrechts und die Rasterfahndung.²⁹² Der Staatsrechtler Erhard Denninger hat das Gesetz als „die konsequente Frucht eines Sicherheitsdenkens im Präventionsstaat“ bezeichnet.²⁹³

Besonders zwei Maßnahmen sind besonders hervorzuheben, weil sie für die Grünen besonders heikle Themen ansprechen: Zum einen die Rasterfahndung – zu Zeiten der Studentenbewegung noch eine der meistkritisierten staatlichen Maßnahmen. Sie verkehrt das Prinzip der Unschuldsvermutung staatlicher Behörden gegenüber einzelnen BürgerInnen ins Gegenteil.²⁹⁴ Dabei wird ohne konkretes Verdachtsmoment ermittelt. Sie ist daher ein „Verdachtsgewinnungseingriff“.²⁹⁵ „Die Rasterfahndung unterscheidet sich von der herkömmlichen Fahndung dadurch, dass nicht nach einer konkreten Person gezielt gefahndet wird. Es wird nach einem Typ von Mensch gesucht, der bestimmte Kriterien erfüllt und dadurch in ein vorgegebenes Raster passt.“²⁹⁶ In ihrer Frühphase entsprachen

²⁹²Eine Zusammenstellung der Maßnahmen und ihre staatsrechtliche Erörterung bietet: DENNINGER, Erhard (2002): Freiheit durch Sicherheit? – Anmerkungen zum Terrorismusbekämpfungsgesetz. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr.10–11/2002, S. 22–30.

Eine politik-theoretische Erörterung findet sich bei: GÖTTLER, Felix (2010): Angst, Staat und Terrorismus – Der Bürger zwischen zwei Bedrohungen. In: RIESCHER, Gisela (Hg.): *Sicherheit und Freiheit statt Terror und Angst – Perspektiven einer demokratischen Sicherheit*. Baden-Baden, S. 47–68,

im selben Band: PIETSCHMANN, Nina (2010): *Der Rechtsstaat im Wandel – Zum Spannungsverhältnis von Freiheit und Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland*, S. 127–153.

²⁹³DENNINGER, Erhard (2002): *Freiheit durch Sicherheit?* S. 22.

²⁹⁴Vgl.: GÖTTLER, Felix (2010): *Angst, Staat und Terrorismus – Der Bürger zwischen zwei Bedrohungen*, S. 60–66.

²⁹⁵Ebda.: S. 62.

²⁹⁶Ebda.: S. 62f.

viele Mitglieder der Grünen selbst diesem Raster. Sie litten unter der pauschalen Verurteilung ihrer sozialen Bewegung als Unterstützerfeld des linken Terrors. Die Regierung Kohl änderte 1984 eigens die Geschäftsordnung des Bundestages, um die grüne Fraktion von der parlamentarischen Kontrolle der Geheimdienste auszuschließen.²⁹⁷ In einer hitzigen Debatte im Bundestag hatte der Abgeordnete der CDU Adolf Roth den Grünen entgegnet: „Ich muss schon sagen, wenn ich mir Sie anschau: Sie zum Kontrolleur unserer Verfassungsschutzdienste zu machen, das würde von mir verlangen, den Bock zum Gärtner zu machen.“²⁹⁸ Auch eine Verfassungsklage der Grünen gegen diese Regelung hatte keinen Erfolg. Das Prinzip einer präventiven Verdächtigung von Menschen aufgrund von sozialen Eigenschaften, Vorlieben, Meinungsäußerungen oder Lebensführung widerspricht nicht nur dem individualistischen Kerngedanken grüner Ideologie, sondern die Grünen haben es am eigenen Leibe miterlebt, dass ihnen aufgrund eines Gesinnungsverdachts parlamentarische Rechte vorenthalten wurden. Umso gewichtiger ist die Tatsache, dass die Grünen 2001 für die Rasterfahndung zur Terrorismusprävention stimmten. Auch wenn diese Entscheidung nicht annähernd so öffentlichkeitswirksam war wie die über die Beteiligung am Kosovo-Krieg, stellt sie eine kaum geringere Zäsur grünen Pazifismus dar.

Die zweite hervorzuhebende Maßnahme ist die Ausdehnung der Kompetenzen der Verfassungsschutzbehörden und die informelle Vernetzung zwischen Geheimdiensten und Polizeibehörden.²⁹⁹ Mit dem „Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum“ (GTAZ) wurde eigens eine institutionalisierte Kooperationsplattform zur Vernetzung von 40 deutschen Sicherheitsbehörden geschaffen. Ihm gehören die beiden Auslandsgeheimdienste Bundesnachrichtendienst (BND), Militärischer Abschirmdienst (MAD), das Bundes- und die Landesämter für Verfassungsschutz (BfV, LfV), die Bundes- und Landeskriminalämter (BKA, LKA) und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) an. Bemerkenswert ist dabei zunächst, dass das BAMF, vor allem zuständig für die Durchführung von Asylverfahren – einem menschen- und datenschutzrechtlich sehr sensiblen Bereich –

²⁹⁷Vgl.: LANDFRIED, Christine (1990): Rechtspolitik. In: BEYME, Klaus von / SCHMIDT, Manfred G. (Hg.): Politik in der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden, S. 76–98, 93f.

²⁹⁸Deutscher Bundestag: Plenarprotokoll 10/44 – Stenographischer Bericht. <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/10/10044.pdf>, (Zugriff am 28.06.2015), S. 3246.

²⁹⁹Die neu geregelten Befugnisse umfassen: Überwachung von Geld- Transport- und Reisebewegungen, des Postverkehrs, der Telekommunikations- und Teledienstnutzungsdaten. Vgl.: DENNINGER, Erhard (2002): Freiheit durch Sicherheit? S. 25.

als zivile Verwaltungsbehörde in den Informationsaustausch mit Geheimdiensten und Polizeibehörden eingebunden ist. Vor allem aber schwächt diese Kooperation das Trennungsgebot von Verfassungsschutz- und Polizeibehörden.³⁰⁰ Erhard Denninger schreibt: „Es ist nicht übertrieben, nunmehr von einem funktionalen präventiven Fahndungsverbund zwischen den Nachrichtendiensten und der Polizei auf dem Feld der Terrorismusbekämpfung zu sprechen. [...]“³⁰¹ Damit ist ein weiterer, für die Grünen zentraler Punkt angesprochen: Die institutionelle Gewaltenteilung. Ruft man sich noch einmal die zuvor untersuchten Prinzipien grüner Basisdemokratie vor Augen, wird klar, dass die strikte Trennung von Kompetenzen ein zentraler Pfeiler eines grünen Staatsverständnisses ist. Die Verschmelzung sicherheitspolitischer Aufgaben der verschiedenen Behörden widerspricht dem so oft eingeforderten Grundsatz, dass Macht ausübende Organe voneinander personell, institutionell und räumlich abzugrenzen, ihre Arbeitsweise und Befugnisse transparent offenzulegen sind und ihr Handeln größtmöglicher Kontrolle zu unterliegen hat.

Es muss jedoch auch festgehalten werden, dass das massive Abweichen der Grünen vom eigenen Programm in Fragen der inneren Sicherheit auf die eigene Regierungszeit begrenzt bleibt. Zudem ließ der Wandel der öffentlichen Meinung nach 2001 und der Ruf nach staatlichen Maßnahmen zur Terrorismusabwehr kaum Zeit für eine inhaltliche Debatte um Sicherheit und Freiheit. Maßnahmen zur Ausdehnung staatlicher Sicherheitspolitik standen zunächst nicht auf der Regierungsagenda. Erst nach dem 11. September 2001 begann die Regierung mit der Ausarbeitung ihres Sicherheitspakets. Die Anti-Terror-Gesetzgebung der rot-grünen Regierung ist auch als affektive Handlung infolge eines externen Schocks zu verstehen. Zurück in der Opposition sind die Grünen wieder zu ihrer ursprünglichen Haltung zurückgekehrt. Das liegt zum einen daran, dass der Druck der Regierungsbereitschaft und Koalitionstreue von der Partei abgefallen ist, zum anderen aber auch daran, dass sich das nach 9/11 stark gesteigerte Sicherheitsbewusstsein mittlerweile abgeschwächt hat, auch weil Anschläge auf deutschem Boden bislang ausblieben. Die Grünen als Architekt des „starken Staates“ bleiben zunächst eine einmalige Episode. Spätestens seit dem Ausscheiden der FDP aus dem Bundestag besetzen die Grünen wieder den liberalen, bürgerrechtlichen Pol der deutschen Parteiendemokratie (wie im weiteren Verlauf dieser Arbeit

³⁰⁰Vgl.: NORMANN, Lars (2007): Neueste sicherheitspolitische Reformergebnisse zur Terrorprävention. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 12/2007, S. 11–17, 13–16.

³⁰¹DENNINGER, Erhard (2002): *Freiheit durch Sicherheit?* S. 26.

noch gezeigt werden wird) mit Erfolg.³⁰² Sie bekleiden wie einst die Rolle eines bürgerrechts-liberalen Korrektivs gegenüber der Politik der beiden Volksparteien. In den letzten Jahren hat sich die Partei vor allem als Schützerin digitaler Persönlichkeitsrechte gegenüber dem staatlichen und kommerziellen Sammeln von Daten hervorgetan. Anders als in der Außenpolitik hat es beim Thema Freiheit und innere Sicherheit keine Anpassung der Programme an die faktische Regierungspolitik von Rot-Grün gegeben. Während der Positionswandel im Bereich der humanitären Intervention zumindest teilweise den Beschlüssen während der Regierungszeit Rechnung trägt, wird die sicherheitspolitische Kehrtwende der Grünen von 2001 bis 2005 übergangen. Umso mehr stellt sich jedoch die Frage, welche Innenpolitik von einer erneuten grünen Regierung zu erwarten wäre. Das Alleinstellungsmerkmal der Grünen, das sie als expliziten Vertreter einer grundsätzlich skeptischen Haltung gegenüber Staatsgewalt und Präventionspolitik ausweist, scheint in der Opposition zu funktionieren, nicht aber in der Regierung.

Insgesamt ergeben sich zwischen dem ursprünglichen Pazifismus der Bewegungspartei und dem heute praktizierten Pazifismus der parlamentarischen Partei zwei zentrale Unterschiede: Einen quantitativen und einen qualitativen. Zum einen erlebte der Pazifismus insgesamt einen starken Bedeutungsverlust in der Ideologie der Grünen. War das unbedingte Gebot der Gewaltfreiheit in allen Belangen des menschlichen Zusammenlebens einst einer der vier Grundpfeiler des politischen Selbstverständnisses, tritt der Pazifismus heute hinter andere zentrale Forderungen zurück. Zwar ist er immer noch fester Bestandteil grüner Programme, jedoch fungiert er nicht mehr als Bindemittel einer gesellschaftlichen Utopie. Zum anderen wird Gewaltlosigkeit nicht mehr als Antagonismus zum staatlichen Handeln an sich angesehen, sondern als dessen Ziel. Wie auch Christian Otto in seiner Untersuchung des grünen Pazifismus zusammenfasst, ergibt sich ein Wandel von mittel- zu zweckpazifistischen Einstellungen.³⁰³ Dieser Wandel ist jedoch unvollständig. Während sich die Grünen als Regierungspartei im Angesicht des Jugoslawien-Krieges und des islamistischen Terrors stark am Konzept des Zweckpazifismus orientiert hatten, vollziehen sie in der Opposition eine teilweise Rückkehr zum traditionellen Mittelpazifismus. Dies geht zwar nicht mit dem völligen Verlust, wohl aber mit einer deutlichen Schwächung des einstigen Alleinstellungsmerkmals einher. Zwar werden die Grünen durchaus

³⁰²Siehe ausführlich Kap. 3.2.4.

³⁰³Vgl.: OTTO, Christian (2011): Die Grünen und der Pazifismus, S. 71ff.

noch als liberale, machtskeptische Partei wahrgenommen, jedoch nicht mehr als grundlegende Alternative zur Logik staatlicher Herrschaft.

Das Problem der Grünen mit ihrem eigenen Pazifismus wird am deutlichsten, wenn man ihre Positionierung im Pazifismus-Konflikt mit denen der anderen Bundestagsparteien vergleicht. WählerInnen, die eine pragmatische, zweckpazifistische Politik befürworten, finden in der CDU eine Partei, die in sicherheits- und außenpolitischen Fragen traditionell das Modell des „starken Staats“ vertritt, der sich gegen innere und äußere Gefahren wehrhaft gibt und nicht vor Präventivmaßnahmen zurückschreckt. Auch die SPD ist ein politischer Akteur mit langjähriger Erfahrung in der Außenpolitik und Terrorismusbekämpfung und hat sich in diesen Fragen im Laufe ihrer Geschichte vom NATO-Doppelbeschluss bis zum Afghanistan-Krieg immer wieder an zweckpazifistischen Zielsetzungen orientiert. Wer auf der anderen Seite eine Politik des Mittelpazifismus favorisiert und für strikten Anti-Militarismus oder gar Isolationismus eintritt, der findet in der Linken eine Partei, die den alten Pazifismus der Friedensbewegung fast unverändert vertritt, wenngleich sie ihre staatskritische Haltung stärker aus ihrer Kapitalismuskritik als aus einer unbedingten Gewaltkritik herleitet. Die Grünen könnten in diesem Konflikt durchaus eine Mittelposition besetzen, allerdings ist ihre Haltung, wie gezeigt werden konnte, weniger ein Kompromiss aus beiden Prinzipien, sondern eher ein Oszillieren im Spannungsfeld von sozialer Bewegungskultur und Regierungsbeteiligung. Die Grünen haben im Konflikt um Mittel- und Zweckpazifismus als Resultat ihrer spezifischen Entwicklungsgeschichte keine eindeutige Positionierung.

2.6 Die Bedeutung der vier Konflikte für die Wahlentscheidung

Wie zu Beginn dieses Kapitels begründet, bedarf es neben den beiden von Hurlmann definierten Bedingungen (spezifisches Alleinstellungsmerkmal und Themenkompetenz) einer dritten Bedingung für eine erfolgreiche Etablierung einer Partei im Parteienwettbewerb: Die von einer Partei angesprochenen gesellschaftlichen Konflikte müssen von den WählerInnen als so relevant eingestuft werden, dass sie in der Lage sind, die Wahlentscheidung zu beeinflussen. Um zu ergründen, wie groß der Einfluss der vier hier vorgetragenen Konflikte auf die Wahlentscheidung der BürgerInnen ist, wird auf der Datenbasis des „Politbarometers“ der „Forschungsgruppe Wahlen“ eine empirische Auswertung durchgeführt. Darin wurden die Befragten gebeten, das für sie derzeit wichtigste Problem in der BRD zu benennen. Die Antworten erfolgten ohne Vorgaben und wurden gemäß des

Umfragedesigns gebündelt. So ergeben sich für die einzelnen Erhebungsjahre ca. 40 verschiedene Themen. Erhoben wird die Frage im „Politbarometer“ seit 1987. Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich daher von 1987 bis 2013, wobei die Auswertung jeweils für die Jahre durchgeführt wird, in denen eine Bundestagswahl stattfand. Ein gesellschaftlicher Konflikt, so wird postuliert, stellt ein Konglomerat verschiedener Sachfragen dar, die thematisch miteinander verwandt sind und im Rahmen einer grundlegenden, normativen Orientierung immer gleich oder ähnlich entscheiden werden. So soll für dieses Modell angenommen werden, dass ein Mensch, der beispielsweise Umweltschutz als wichtigstes Problem benennt, sich bei der Wahl einer Partei in erster Linie am Konflikt um Nachhaltigkeit und wirtschaftliches Wachstum orientieren wird. Dabei ist es nicht entscheidend, wie Befragte sich innerhalb des Konfliktes positionieren, sondern nur, welchen Konflikt sie mit der Nennung eines Themas ansprechen. So deuten zwar Sorgen um die soziale Ungleichheit und die allgemeine Wirtschaftslage auf eine gegensätzliche parteipolitische Positionierung hin, beide Probleme sprechen aber den Konflikt um Sozialstaatlichkeit und marktwirtschaftliche Orientierung an.

Auf dieser Grundlage werden die genannten Probleme (soweit möglich) einem der vier definierten Konflikte zugeordnet. Natürlich kann die Nennung eines Themas auch auf die Wirksamkeit mehrerer Konflikte hindeuten. In dem Fall wird die Einordnung anhand der größten thematischen Überschneidung vorgenommen. Dem Konflikt um Marktliberalismus und Sozialstaatlichkeit werden daher alle Themen zugeordnet, die auf die Größe und die Verteilung des nationalen Wirtschaftsprodukts abzielen, wie Wirtschaftslage, Arbeitslosigkeit, Sozialpolitik, Rente, etc. Unter dem Konflikt zwischen Nachhaltigkeit und Wachstum werden alle Nennungen zusammengefasst, die sich auf Umweltschutz, Energiepolitik, Reaktorsicherheit, Verkehr, Infrastruktur, etc. beziehen. Probleme, die die Rolle von Parlament und Parteien ansprechen, sowie solche, die auf eine allgemeine Politikverdrossenheit oder Unzufriedenheit mit der demokratischen Performance hindeuten, wie Politikerstreit, politische Moral, Bestechlichkeit, Bürokratie, demokratische Defizite der EU, etc. werden dem Konflikt zwischen Repräsentation und Partizipation zugerechnet. Der Konflikt zwischen Mittel- und Zweckpazifismus umfasst zum einen Nennungen bestimmter Kriege oder Krisenherde, Rüstung und Ost-West-Konflikt, zum anderen Sorgen um die innere Sicherheit, Terrorismus, Rechtsextremismus etc. Probleme, die sich keinem einzelnen Konflikt zuordnen lassen, wie z. B. die deutsche Wiedervereinigung, oder Nennungen singulärer Ereignisse, wie Elbhochwasser oder BSE werden unter der Kategorie „Sonstige“ zusammengefasst. Die Auswertung erfolgt für die Gesamtheit der Befragten, sowie für die WählerInnen der Grünen im Speziellen.

Betrachtet man zunächst die wichtigsten Probleme aller Befragten (Abbildung 2.13, linke Seite) fällt auf, dass die mit Abstand meisten Nennungen dem Konflikt um sozial- oder marktwirtschaftliche Orientierung zuzuordnen sind. Insbesondere Sorgen um hohe Arbeitslosigkeit und die wirtschaftliche Gesamtsituation werden von allen Themen am häufigsten genannt. Eine Ausnahme bildet das Jahr 1990, das von der Frage der deutschen Wiedervereinigung (unter „sonstige“ aufgeführt) bestimmt wird. Während sich die Befragten noch 1987 etwa zur Hälfte an anderen Konflikten orientierten, wird der ökonomische Konflikt ab der deutschen Wiedervereinigung stark dominierend.³⁰⁴ Zwar ist der Trend seit 2005 leicht rückläufig, dennoch sind es im 21. Jahrhundert durchgängig 75 bis 85 Prozent der Befragten, die wirtschaftliche oder soziale Probleme an erster Stelle nennen. Diesem klassischen Konflikt, der bereits als Geburtshelfer des deutschen Parteiensystems fungierte, kommt auch aktuell die größte Bedeutung zu. Der Konflikt um Nachhaltigkeit und wirtschaftliches Wachstum, auf den 1987 noch die zweitmeisten Nennungen entfielen, verliert bis 2005 stark an Bedeutung, legt aber ab 2009 im Zuge der Diskussion um Klimawandel und Energiewende leicht zu. Es sind jedoch nur etwa fünf Prozent der Befragten, die darin das dringlichste Problem des Landes sehen. Der Konflikt um Mittel- und Zweckpazifismus spielt bis 1994 eine größere Rolle, zunächst noch im Rahmen des Ost-West-Konflikts, dann im Kontext des Jugoslawien-Krieges, der Eskalation rechter Gewalt und der Diskussion um den Asylkompromiss von 1993. Mit der Jahrtausendwende verliert er jedoch an Bedeutung, und das trotz deutscher Kriegsbeteiligungen, Terroranschlägen im Ausland und einer Vielzahl militärischer Konflikte in den letzten Jahren. Fragen nach der Verwendung staatlicher Gewalt im In- und Ausland scheinen nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Ende der Friedens- und Protestbewegung ihre Dringlichkeit verloren zu haben. Der Konflikt um Repräsentation und Partizipation spielt bei der Wahlentscheidung durchweg keine große Rolle. Erst in den letzten Jahren kann er ein wenig zulegen. Das liegt daran, dass vor allem Demokratiedefizite und Bürokratie der EU-Institutionen bei gleichzeitigem Verlust nationaler Handlungsspielräume von den Befragten problematisiert werden.

Damit ergibt sich bei Betrachtung der hier vorgestellten Ergebnisse ein höchst problematisches Bild für die Grünen. In dem Konflikt, der die Wahrnehmung der Befragten überdeutlich dominiert – dem Konflikt zwischen sozial- und marktwirtschaftlicher Orientierung – sind kaum inhaltliche Alleinstellungsmerkmale

³⁰⁴Auch der „Postmaterialismus-Index“ Inglearts weist ab der deutschen Wiedervereinigung eine Rückkehr „materialistischer“ Einstellungen auf. Siehe dazu ausführlich Kap. 3.2.1.

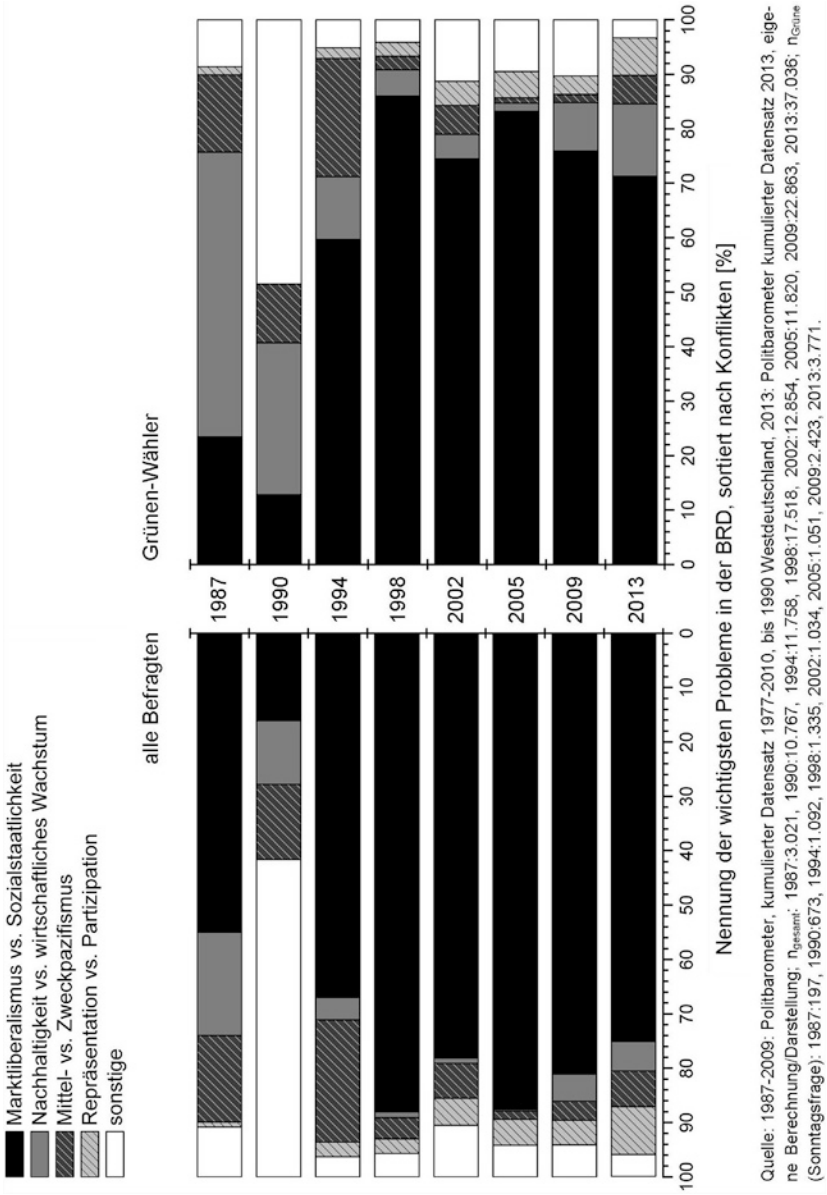


Abbildung 2.13 Bedeutung der vier Konflikte für die Wahlentscheidung (quantitative Auswertung)

vorhanden, die die Partei deutlich von den anderen abheben würden. Zudem wird die Kompetenz der Grünen in den Themenbereichen Arbeitsmarktpolitik, Wirtschaftspolitik, Steuerpolitik und Sozialpolitik von den deutschen WählerInnen als sehr schwach eingeschätzt.³⁰⁵ Gemäß der Theorie des rationalen Wahlverhaltens dürfte eine Wahl der Grünen für die rund 80 Prozent der WählerInnen, die sich zu allererst an wirtschaftlichen oder sozialen Fragen orientieren, daher nur bedingt in Frage kommen. Das gleiche gilt für diejenigen, die sich in der Wahlentscheidung am Konflikt um Pazifismus orientieren. Auch in der Außenpolitik besitzen die Grünen kaum Kompetenzzuschreibungen.³⁰⁶ Zudem ist ihr Verhältnis zum Pazifismus, wie gezeigt werden konnte, von Widersprüchen und geringer Erwartungssicherheit geprägt.

Als potentielles Unterstützermfeld der Grünen blieben demnach noch die rund 10 bis 15 Prozent der WählerInnen, die sich mit der Nennung ihrer Probleme an den Konflikten zwischen Nachhaltigkeit und wirtschaftlichem Wachstum und zwischen Repräsentation und Partizipation orientieren. Innerhalb dieser Konflikte, so konnte gezeigt werden, sind durchaus Alleinstellungsmerkmale der Grünen im politischen Diskurs vorhanden. Zwar gelten die Grünen auch hier nicht mehr als grundlegende Alternative zu den übrigen Parteien, doch können sie sich in diesen beiden Konflikten zumindest soweit profilieren, dass eine „spezifisch grüne“ Position von den WählerInnen erkannt wird. Diese Lesart könnte zu der These verleiten, die Stammwählerschaft der Grünen rekrutiere sich aus eben diesen 10 bis 15 Prozent von WählerInnen, die sich abweichend vom Gros der Bevölkerung nicht primär an ökonomischen Belangen, sondern an Fragen der Ökologie und der politischen Beteiligung orientieren. Um dies zu testen, wurde die Auswertung auch für die Gruppe der Grünen-WählerInnen durchgeführt (Abbildung 2.13, rechte Seite). Träfe die These zu, müssten sich die WählerInnen der Grünen in ihrer Mehrzahl an den Konflikten um Nachhaltigkeit und Wachstum und Repräsentation und Partizipation orientieren. Dies trifft zwar für die späten achtziger Jahre zu (1987 orientiert sich die absolute Mehrheit der Grünen-WählerInnen noch am ökologischen Konflikt), nicht aber für die Zeit nach der deutschen Einheit. In ihrer Benennung der wichtigsten politischen Probleme verhalten die WählerInnen der Grünen sich spiegelbildlich zur Gesamtwählerschaft. Auch unter ihnen nennen 70 bis 80 Prozent wirtschaftliche und soziale Probleme an erster Stelle. Zwar ist die Bedeutung des ökologischen Konflikts im Vergleich zur Gesamtwählerschaft leicht erhöht, dennoch besitzt auch er nur für einen

³⁰⁵Siehe Abbildung 2.6–2.9.

³⁰⁶Siehe Abbildung 2.12.

Bruchteil der Grünen-WählerInnen die höchste Priorität. Der Konflikt zwischen Repräsentation und Partizipation spielt dagegen auch vor der Wiedervereinigung kaum eine Rolle. Ab 1990 fallen die Nennungen dieses Konflikts bei den Grünen sogar leicht unterproportional zur Gesamtbevölkerung aus. Das basisdemokratische Projekt mag daher im parteiinternen Diskurs und unter den Mitgliedern von großer Bedeutung sein, nicht aber für die Mehrzahl der WählerInnen.

Im Allgemeinen unterliegt die Konfliktorientierung der Grünen-WählerInnen denselben Schwankungen wie die der Gesamtwählerschaft: So benannten 1990 rund die Hälfte der Befragten die deutsche Wiedervereinigung als dringlichste politische Aufgabe und nur 30 Prozent ökologische Themen. Sicherlich hat auch das Scheitern der Grünen an der Fünf-Prozent-Hürde bei der Bundestagswahl 1990 hiermit zu tun. Mit ihrem Slogan: „Alle reden von Deutschland, wir reden vom Wetter“³⁰⁷ hatten sich die Grünen bewusst dem nationalistisch überformten Diskurs um die deutsche Einheit verweigert³⁰⁸ und sich auf ihr Schwerpunktthema des Umweltschutzes konzentriert, wohl in der Überzeugung, ihre Wählerschaft würde diese inhaltliche Priorisierung teilen und honorieren. Die Grünen hatten dabei die Strapazierfähigkeit ihrer Wählerschaft überschätzt. Sie waren mit ihrem Erfolgsrezept provokanter, kreativer Andersartigkeit erstmals gescheitert. Dieser Schock sollte nicht ohne Folgen bleiben. Die deutsche Wiedervereinigung, das Ende des Ost-West-Konflikts, der Niedergang des Staats-Sozialismus, die Ausdehnung des deutschen Elektorsats auf die neuen Bundesländer, die Fusion der westdeutschen Grünen mit der ostdeutschen Bürgerrechtspartei Bündnis 90, all das führte dazu, dass die Partei sich bei ihrem Wiedereinzug in den Bundestag stark verändert hatte.

Die hier durchgeführte Analyse konnte zeigen, dass die Annäherung der grünen Policy an den politischen Mainstream des deutschen Parteiensystems und das

³⁰⁷Zitiert nach: VOLMER, Ludger (2009): Die Grünen – Von der Protestbewegung zur etablierten Partei, S. 298.

³⁰⁸In ihrem Wahlprogramm von 1990 setzen sich die Grünen aufs Schärfste von der deutsch-deutschen Politik der Kohl Regierung ab: „[Die Bundesregierung hat] nur eines anzubieten: keine gesellschaftliche Utopie, keine humane Solidarität und Hilfe, kein ernsthaftes Bemühen um die Lösung der anstehenden Probleme, sondern einzig die obszöne Überzeugungskraft der D-Mark, mit der sie schamlos und in der Pose des Zuhälters die DDR und die sonstigen Übergangsgesellschaften des einstigen „Ostblocks“ zur Prostitution, d. h. zur Aufgabe, zum Verkauf ihrer selbst treibt. Diese nackte machtpolitische Realität wird dann, je leerer, desto beschwörender, beblümt von der chauvinistischen Phrase des „einig Volk und Vaterland“. Die Grünen (1990): Das Programm zur 1. gesamtdeutschen Wahl 1990. Bonn, S. 5.

schrittweise Abrücken von den Maximalforderungen der Bewegungszeit flankiert wird von einer Veränderung des Problembewusstseins der grünen WählerInnen in Richtung des Durchschnitts der Bevölkerung. Die Phase „realpolitischer Dominanz“³⁰⁹ bei den Grünen, die Neuausrichtung von der Fundamentalopposition zur Regierungs- und Machtperspektive geht einher mit der „Normalisierung“ des grünen Elektorats. Somit stützt auch diese quantitative Auswertung die eingangs formulierte These: Die Grünen müssen heute um ihre eigene Wählerklientel mit den anderen Parteien konkurrieren. Dabei orientiert sich ihre Wählerschaft genauso wie die der anderen Parteien zuallererst an Fragen der wirtschaftlichen Prosperität. Die Zeiten, in denen eine Zweiteilung der Gesellschaft in ein parlamentarisches „Establishment“ und eine außerparlamentarische Bewegung sich in grundsätzlich unterschiedlichen Problemwahrnehmungen und politischen Themensetzungen ausdrückte, sind vorbei. Wenn das an den Anfang dieses Kapitels gestellte Zitat: „Bündnis 90/Die Grünen sind eine Partei wie andere auch“ zutrifft, dann liegt das auch daran, dass sich die Wählerschaft der Partei verändert hat. So könnte man – zumindest was die Themenorientierung angeht – analog dazu formulieren: Grünen-WählerInnen sind WählerInnen wie andere auch

2.7 Krise der Grünen? – Ein Zwischenfazit

Zu Beginn dieser Policy-Analyse wurden drei Bedingungen formuliert, die erfüllt sein müssen, damit die Grünen sich nach ihrem Wandel von der Protestbewegung zur etablierten Partei im kompetitiven Konfliktraum der deutschen Parteiendemokratie behaupten können: Es müssen spezifische inhaltliche Alleinstellungsmerkmale vorhanden sein, die deutlich über das Angebot der anderen Parteien hinaus gehen und als „grüne“ Positionen herausstechen. Zudem muss die wählende Bevölkerung den Grünen in diesen Themen eine Kompetenz zur politischen Problemlösung zusprechen. Und zuletzt müssen die angesprochenen Politikfelder von solcher Relevanz sein, dass sie die Wahlentscheidung eines Menschen beeinflussen können. Das Bild von der Partei in der Krise, das von so vielen Beobachtern immer wieder aufgezeichnet wird, kann auch durch die hier durchgeführte Analyse bestätigt werden. Dafür sprechen insbesondere drei Beobachtungen:

³⁰⁹FALTER, Jürgen W. / KLEIN, Markus (2003): Der lange Weg der Grünen, S. 67.

- Erstens: Mit dem Übergang von einer parlamentarismus- kapitalismus- und staatskritischen Fundamentalopposition zu einer etablierten parlamentarischen Partei sind die meisten Alleinstellungsmerkmale der Grünen verloren gegangen. Das heißt nicht, dass die Grünen zu wichtigen Themen der Politik keine Positionierung hätten, sondern nur, dass diese nicht als „spezifisch grün“ aus dem Angebot der Konkurrenz herausstechen. Die Grünen genießen als „Spätankömmling“ im deutschen Parteiensystem einen Wettbewerbs-Nachteil: Wichtige Positionen innerhalb gesellschaftlicher Konfliktlinien sind bereits durch die alten Parteien besetzt, die diese seit Jahrzehnten für sich beanspruchen und durch ihre parlamentarische Erfahrung bei den WählerInnen einen Kompetenzvorsprung genießen. So ist beispielsweise das ordoliberalen Wirtschaftsmodell der Grünen, das auf Wachstumsanreize und ökologische Modernisierung innerhalb eines staatlichen Ordnungsrahmens setzt, zwar durchaus eine ausformulierte und in sich schlüssige Positionierung, aber deshalb kein Alleinstellungsmerkmal, weil die Union dasselbe Modell mindestens seit Ludwig Erhard mit Erfolg für sich proklamiert. Auch die Politik einer gemäßigten Sozialdemokratie mit einer bedarfsorientierten Grundversorgung als Basis wird im deutschen Parteiensystem bereits durch die SPD vertreten. Ein Nachvollziehen von vorhandenen Positionen alleine kann in einem etablierten System nicht zum Erfolg führen, wenn deren etablierte Akteure für diese Positionen mehr „Originalität“ beanspruchen können.

Die Grünen zogen mit einer ganzen Reihe von Positionierungen in den Bundestag ein, zu einer Zeit, als diese Positionen durch die anderen Parteien vakant gelassen wurden. Ihre vier thematischen Grundpfeiler: Radikale Ökologie, Kapitalismuskritik, Forderung nach Partizipation und Pazifismus wurden im Drei-Parteien-System der achtziger Jahre nur unzureichend vertreten. In der Folge kam es jedoch im Zuge der parlamentarischen Sozialisation der sozialen Bewegung zu einem reziproken Prozess der Annäherung: Zum einen rückten die Grünen von den meisten Maximalforderungen ab, um dadurch als Koalitionspartner für die Volksparteien attraktiv zu werden und um nach dem Ende der sozialen Bewegung um die Wählerklientel der bürgerlichen Mitte konkurrieren zu können. Zum anderen übernahmen die Volksparteien Forderungen der Grünen und setzten diese zum Teil sogar um. So war zum Beispiel die „Anti-Atom-Partei“ letztlich am Ausstieg aus der Kernenergie nur indirekt beteiligt. Früher verfügten die Grünen in allen ihrer vier Grundsäulen über ein spezifisches Alleinstellungsmerkmal, heute sind jedoch fast überall ambivalente Positionierungen zu erkennen, die wenig organisch wirken, da sie alle in einem deutlichen Konflikt zu früheren, weitergehenden Forderungen stehen.

Insgesamt finden sich die Grünen in allen ihren Themen zwischen Historizität und Regierungswille eingeklemmt. Dabei wird jeder Schritt misstrauisch beäugt: Entweder von den Linken als weiterer Verrat an den Maximalforderungen der Bewegungszeit oder von den Rechten als Demonstration mangelnder Regierungsfähigkeit, mangelnden Gestaltungswillens und von Realitätsferne. Die Grünen stehen mit den alten Themen über Kreuz und es fällt ihnen schwer, neue Themen für sich zu entdecken.

- Zweitens: In dem Thema, das die Problemwahrnehmung der Deutschen überdeutlich dominiert, dem Konflikt um Marktliberalismus und Sozialstaatlichkeit, wird den Grünen von den WählerInnen fast gar keine Kompetenz zugebilligt. Das gilt auch für die Grünen-WählerInnen selbst. In allen untersuchten Bereichen: Der Steuerpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik fallen die Kompetenzwerte weit unter der allgemeinen Zustimmung zur Partei innerhalb derselben Umfragen aus. Das bedeutet, dass selbst die eigenen WählerInnen in ihrer Mehrzahl eine andere Partei für kompetenter halten, innerhalb des ökonomischen Konflikts zu agieren. Doch warum schneidet die SPD bei diesen Themen so viel besser ab? Schließlich konnte gezeigt werden, dass sich die Konzepte der beiden Parteien in der Sozial- Steuer- und Arbeitsmarktpolitik kaum unterscheiden. Auch waren beide Parteien gleichermaßen an den liberalen Reformen der rot-grünen Regierung beteiligt und müssten daher in gleicher Weise (je nach Sichtweise) für den Erfolg oder Misserfolg des sozialstaatlichen Umbaus verantwortlich gemacht werden. Die Gründe dafür liegen in der Geschichte des Parteiensystems. SPD und CDU sind der historisch institutionelle Ausdruck des Konflikts um Arbeit und Kapital. Marktorientierung und Sozialstaatlichkeit sind trotz aller programmatischen Weiterentwicklungen ihr Markenkern. Der polarisierende und strukturierende Einfluss des ökonomischen Verteilungskonflikts ist das größte Kontinuum der deutschen Parteiengeschichte. Bereits Juan Linz konnte 1967 die herausragende Bedeutung des ökonomischen Konflikts aufzeigen.³¹⁰ Auch Eith und Mielke bezeichnen ihn 2008 als den „langfristig bedeutsamsten“ politisch ideologischen Konflikt in Deutschland.³¹¹ Die Grünen bleiben hier jedoch

³¹⁰Vgl.: LINZ, Juan J. (1967): Cleavage and Consensus in West German Politics, S. 283–321.

³¹¹EITH, Ulrich / MIELKE, Gerd (2008): Im Versuchslabor – Der Strukturwandel des deutschen Parteiensystems. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 4/2008, S. 94–103, 96.

weitestgehend außen vor. Auch sie besitzen einen historischen Markenkern, der im weiteren Verlauf dieser Arbeit noch genauer zu bestimmen sein wird, aber dieser weist sie nicht als historischen Vertreter einer bestimmten ökonomischen Klasse aus. Auch wenn sich die Grünen ein „sozialdemokratisches“ Programm geben, werden sie damit nicht zu einer sozialdemokratischen Partei; auch wenn die Grünen sich in ihren aktuellen Wahlprogrammen als Interessensvertreter eines neuen, ökologisch orientierten Mittelstands präsentieren, werden sie dadurch nicht zu einer Partei der UnternehmerInnen.

Wenn die WählerInnen das politische Angebot der Grünen innerhalb des Konflikts um Marktliberalismus und Sozialstaatlichkeit ignorieren, handeln sie dabei durchaus rational. Anthony Downs kann in seiner Theorie rationalen Wahlverhaltens aufzeigen, dass WählerInnen ihre Informationskosten senken, indem sie sich anstelle einer inhaltlichen Analyse von Programmen an von den Parteien bereitgestellten „Ideologien“ orientieren.³¹² Diese Ideologien sind ein „sprachliches Bild von der idealen Gesellschaft und der wichtigsten Mittel, die zum Aufbau einer solchen Gesellschaft nötig sind.“³¹³ WählerInnen, die über knappe Ressourcen an Zeit und Muße verfügen, werden daher die „ideologische Abkürzung“ wählen und sich gar nicht erst mit Wahlprogrammen auseinander setzen. Parteien sind aber in der Wahl ihrer Ideologie nicht völlig frei: „In unserem Modell muss die Ideologie jeder Partei in einer konsistenten Beziehung zu den Aktionen der Partei stehen und darf in ihrer Entwicklung die Vergangenheit der Partei nicht verleugnen.“³¹⁴ In ihrer Vergangenheit unterscheiden sich die Grünen aber ganz erheblich von den anderen Parteien. Ihre Chancen, eine wirksame Ideologie vom richtigen Weg zum ökonomischen Gemeinwohl anzubieten, werden immer schlechter sein, als die Chancen jener Parteien, die sich historisch gesehen anhand dieser Frage gegründet haben.

- Drittens: Während der von Downs beschriebene Effekt innerhalb des ökonomischen Konflikts zu Ungunsten der Grünen ausfällt, begünstigt er sie im Konflikt um Nachhaltigkeit und wirtschaftlichem Wachstum. Obwohl in der Analyse grüner Programme aufgezeigt werden konnte, dass in dieser Frage kaum noch grüne Alleinstellungsmerkmale vorhanden sind, die sie von den anderen Parteien abheben, erhalten die Grünen dennoch die besten Kompetenzwerte in der

³¹²Downs, Anthony / WILDENMANN, Rudolf (1968): Ökonomische Theorie der Demokratie. Tübingen, S. 93–110.

³¹³Ebda.: S. 93.

³¹⁴Ebda.: S. 110.

Umwelt- und Energiepolitik. Hier sind es die Grünen, die aufgrund ihrer Vergangenheit als ökologische Bewegung die überzeugendste Ideologie zur Verfügung stellen können. Das Image der „Umwertpartei“ ist ungebrochen wirksam.

Für den Konflikt um Repräsentation und Partizipation sind keine Umfragedaten zur Parteikompetenz vorhanden. Es zeichnet sich aber ab, dass die Grünen auch hier aufgrund ihrer Vergangenheit eine wirksame Ideologie bereitstellen. Wie im folgenden Kapitel noch gezeigt werden wird, spielen abweichende Vorstellungen von gesellschaftlicher Organisation, politischer Partizipation und individueller Selbstbestimmung im Rahmen eines gesellschaftlichen Wertewandels eine große Rolle. Auch das Image von der Partei als modernes Bürgerforum können die Grünen in Abgrenzung zu den monolithischen Altparteien aufrecht halten. Allerdings sind beide Konflikte für die direkte Wahlentscheidung von untergeordneter Bedeutung. Obwohl es sich bei beiden durchaus um langlebige und institutionalisierte Konflikte handelt, erreichen sie nicht annähernd die Bedeutung des ökonomischen Konflikts. Sie besitzen nicht die Qualität eines der von Lipset und Rokkan beschriebenen Cleavages, die in der Lage sind, ganze Parteiensysteme zu strukturieren. Kaum ein/e WählerIn – auch nicht bei den Grünen – bewertet Probleme der Nachhaltigkeit oder der demokratischen Beteiligung höher als ökonomische. Somit ist die dritte der aufgestellten Bedingungen nicht erfüllt. Auch wenn die Grünen in den beiden Konflikten um Nachhaltigkeit und Wachstum und Repräsentation und Partizipation die von Hurrelmann aufgestellten Kriterien zumindest teilweise erfüllen, sind diese Konflikte in der Problemwahrnehmung der WählerInnen zu unbedeutend, als dass sich ihr Wahlerfolg der letzten Jahre durch diese Positionierungen ausreichend erklären ließe.

Führt man diese drei Beobachtungen: Das Fehlen von inhaltlichen Alleinstellungsmerkmalen, die mangelhafte Profilierung im entscheidenden ökonomischen Konflikt und die vergleichsweise geringe Bedeutung „typisch grüner“ Themen für die Wahlentscheidung zusammen und hält man gleichzeitig das Modell eines Stimmenwettbewerbs als Marktsituation mit rational entscheidenden Individuen aufrecht, muss man konstatieren: Unter diesen Bedingungen handelt eine Mehrzahl der Grünen-WählerInnen irrational. Der in diesem Kapitel vorgestellte Ansatz liefert keine ausreichende Erklärung dafür, dass die Grünen im 21. Jahrhundert mehr WählerInnen ansprechen als in der Zeit der sozialen Bewegung. Im Gegenteil: Die Policy-Analyse grüner Politik bestätigt eher die pessimistischen Ansichten, die über die Partei im Umlauf sind. Damit ist das eigentliche Ziel dieser Arbeit, die Erklärungslücke zwischen inhaltlicher Krise und gleichzeitigem politischem Erfolg zu schließen, noch nicht erreicht worden. Allerdings konnte

nachvollzogen werden, warum eine Ansatz, der sich zu allererst an der Policy der Partei orientiert, zu solch negativen Zukunftsprognosen führt.

Die Suche nach dem eigentlichen Alleinstellungsmerkmal der Grünen muss also weitergehen. Dieter Salomon fragte 1994 in seiner mit Winfried Thaa herausgegebenen Studie: „Wurden die Grünen nicht schon immer eher trotz als wegen ihrer Strukturen und ihrer inhaltlichen Aussagen gewählt?“ Diese Einschätzung verweist auf die Richtung, in die sich eine tiefer gehende Analyse bewegen muss, will sie den Kern des grünen Phänomens zu Tage fördern. Sie enthält zwei wichtige Hinweise. Zum einen scheint es eine Art von Partei-Wähler-Bindung zu geben, die sich nicht primär anhand von Inhalten vollzieht. Und zum anderen scheint diese Bindung stark genug zu sein, dass sie die Blindstellen und Widersprüche in der Policy der Grünen überdeckt und in der Lage ist, trotz einer evidenten inhaltlichen Krise ein stabiles Wählermilieu zu generieren. Im folgenden Verlauf dieser Arbeit wird daher die Perspektive des „rationalen Wählers“ innerhalb eines situativen Wettbewerbs um Wählerstimmen zurückgestellt. Stattdessen wird ein stärker soziologisches Modell von Wahlentscheidung im Vordergrund stehen, das Gruppenverhalten, politische Sozialisation und Werteorientierung in den Blick nimmt. In diesem Zusammenhang wird auch die Aussage, die Grünen seien eine „Partei wie andere auch“ aus sozio-kultureller Sicht noch einmal kritisch zu überprüfen sein.

Vom erfolgreichen Scheitern einer Bewegung
Bündnis 90/Die Grünen als politische Partei und
soziokulturelles Phänomen

Stifel, A.

2018, XIII, 317 S. 25 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-19444-4